Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e.G.m.b.H., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22231. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank. Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Krob. Halle

Einzelpreis 10 Pf. | **Halle, Dienstag, 28. Juni 1927** | **7. Jahrgang • Nr. 149**

Wucherer und Kriegstreiber in Front

Steigert den Abwehrkampf in Betrieben und Gewerkschaften!

Der Handel unter den Regierungsparteien über den Anteil der einzelnen Gruppen an der Ausplünderung des deutschen Volkes durch die Zollerhöhungen scheint abgeschlossen zu sein. Wie aus Berlin gemeldet wird, soll neben dem Entwurf des Erwerbslosenversicherungs-Gesetzes auch die Zollvorlage fertiggestellt und in dieser Woche den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet werden. Es heißt, daß auch zwischen den Regierungsparteien eine Verständigung auf der Grundlage der im Reichsrat bereits eingebrachten Vorlagen erzielt worden wäre. Am Donnerstag soll die Zollvorlage im Reichsrat behandelt werden und am Freitag schon auf der Tagesordnung des Reichstages stehen. Die Zollvorlage garantiert den Großagrariern die Ausplünderung der werktätigen Massen bis zum Juli 1929. Das Mieterschutzgesetz, sowie das Sperrgesetz sollen ebenfalls noch vor den Ferien zur Entscheidung gebracht werden.

*

Nach dem großen außenpolitischen „Friedens"-Manöver mit Stresemanns „selbstbewußter" imperialistischer Rede sind die politischen Geschäftsleute der deutschen Republik intensiv mit der Durchpeitschung innerpolitischer Maßnahmen beschäftigt. Im Vordergrunde steht nach wie vor der Kampf um die Zollpolitik.

Da schon in dieser Woche die Zollvorlage vor den Reichstag kommen wird, ist die höchste Aktivität besonders der Betriebe, Gewerkschaften und Genossenschaften notwendig, um der Zollvorlage zu begegnen.

Wenn auch innerhalb der Regierungskoalition starke Meinungsverschiedenheiten über die Notwendigkeit der Agrarzölle vorhanden sind, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß der Vater dieser neuen Auswucherungsgesetze der Deutschnationale Schiele ist.

Hinter ihm steht das ganze Räuberpack der Großagrarier und versucht, dem braven Deutschen klarzumachen, daß der gegebene Ausweg aus den immer noch starken wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands die Erhöhung der Zollschranken sei. Daß das nicht zutrifft, weisen ihm sogar seine eigenen Ministerkollegen, allen voran Dr. Curtius, nach. Daß aber die Erhöhung der Agrarzölle nicht einmal im Interesse der breiten Bauernschaft liegt, sondern nur den Geldbeutel der Großagrarier ganz erheblich füllen würde, spricht sogar die „Deutsche Bauernzeitung", das Organ der landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe, aus. Dort lesen wir zu dieser Frage:

„Unter allen Umständen fällt der Vorteil eines hohen Kartoffelzolles ganz überwiegend an den Großgrundbesitz, der sich einen hohen Kartoffelpreis nicht nur im Speisekartoffelgeschäft, sondern auch in einem erhöhten Uebernahmepreis für den Spiritus aus den Gutsbrennereien, für Kartoffelflocken und Saatgut herausrechnen kann. Wenn zum Ueberfluß der Kartoffelzoll gegen Polen auch noch als notwendig für die ländliche Siedlung hingestellt wird, so ist dies eine völlige Verkennung der Siedlungswirtschaft und der Tatsache, daß der Zoll sich doch auch in gesteigerten Güterpreisen auswirken würde."

Und so ist es in Wirklichkeit! Der bäuerliche Kleinbetrieb muß sich meistenteils noch Kartoffeln kaufen und wird durch die verschiedensten Preissteigerungen ebenfalls betroffen und erheblich belastet. Daß diese neue Belastung in erster Linie auf die Arbeiterschaft fällt, braucht nicht erst bewiesen zu werden.

Es ist als sicher anzunehmen, daß Schiele mit seinen Wucherplänen durchkommt, und zwar auch aus folgenden Gründen: Trotz aller Friedenstreben weiß die deutsche Bourgeoisie genau, daß sie kriegerischen Auseinandersetzungen und Konflikten entgegengeht. Kriege sind eben die notwendige Folge imperialistischen Politik, die seit den Anfängen der relativen Stabilisierung von der deutschen Bourgeoisie betrieben wird. Daß in Kriegen die Ernährung eine ungeheure Rolle spielt und die Länder am längsten „durchhalten" können, die auf keine Einfuhr an Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Produkten angewiesen sind, hat der „Weltkrieg" zur Genüge bewiesen. Darum liegt die Erhöhung der Zölle nicht nur im Interesse der Großagrarier, sondern auch im Interesse der imperialistischen Kriegshetzer. Obwohl diese als Folge der gesteigerten Lebenshaltungskosten Abwehrbewegungen der Arbeiterklasse fürchten und darum sich den Forderungen der Agrarier gegenüber noch etwas „bockbeinig" verhalten, werden sie doch der Erhöhung und damit der Auswucherung der werktätigen Bevölkerung zustimmen, weil sie eben wissen, daß die deutsche Bourgeoisie zur Kriegführung die Unterstützung der Großagrarier braucht und sich möglichst unabhängig vom Auslandsmarkt machen muß. Die scheinbaren Differenzen zwischen den Regierungsparteien sind im wesentlichen also nur Scheingefechte.

Den engen Zusammenhang zwischen der Zollpolitik und der Kriegstreiberei des neudeutschen Imperialismus gilt es zu erkennen. Diese Erkenntnis wird uns dann die Notwendigkeit der Einheitsfront aller Werktätigen in Stadt und Land gegen die Zollwucherer, Kriegstreiber und faschistischen Mordbanden erneut bestätigen.

Nochmals: Am Freitag gelangt die Zollwuchervorlage vor den Reichstag. Darum sofort alles mobilisiert und den Kampf aufgenommen!

Auf dem Boden dieser Tatsachen sind meine Profite sicher

Ein neues Attentat in Moskau

(Tel.-Ag. der Sowjetunion.) Moskau, 27. Juni.

Der Vorsitzende der Moskauer Abteilung des Kriegsgerichts, Orloff, wurde im Gerichtsgebäude durch einen Revolverschuß verwundet. Der Täter, dessen Persönlichkeit und Motive noch nicht feststehen, wurde verhaftet.

Nur ein persönlicher Racheakt

(WTB.) (Tel.-Ag. d. Sowjetunion.) Moskau, 27. Juni.

Das Attentat auf den Vorsitzenden des Moskauer Militärgerichts, Orloff, wurde von dem ehemaligen Beamten des Militärtribunals, Bekendorf, verübt. Dieser erklärte, aus persönlichem Rachegefühl gegenüber Orloff gehandelt zu haben, da er diesen verantwortlich machte für eine 2½jährige Gefängnisstrafe wegen Unterschlagung, die er dieser Tage verbüßt hatte. Am Tage vor dem Attentat war Bekendorf auf Grund einer Selbstbezichtigung, wonach er angeblich Fälschungen verübt haben sollte, verhaftet, sodann aber als unzurechnungsfähig wieder freigelassen worden. Bekendorf wurde nunmehr in eine Irrenanstalt gebracht. Orloffs Verwundung hat sich als ungefährlich herausgestellt.

*

Die deutsche bürgerliche Presse benutzt das neue Attentat, um erneut ihre Liebesdienste für Chamberlain zu beweisen. Die Nachtausgabe der „Vossischen Zeitung" nimmt als erstes Blatt zu dem Attentat Stellung. Zwar muß sie zugeben, daß „wegen der noch fehlenden Einzelheiten Schlüsse auf die Hintergründe des Mordversuches vorläufig nicht möglich sind". Das hindert aber das Blatt nicht, in der Manier des „Vorwärts" die Sowjetunion anzugreifen und eine eventuelle Verteidigung der Sowjetunion als „durch die Lage im Inneren bedingt" zu denunzieren. Das behauptet die „Vossische Zeitung" zur selben Zeit, wo ein anderes Blatt des Ullstein-Verlags, die „B. Z. am Mittag", Mitteilungen aus London veröffentlicht, die die Kriegsvorbereitungen der Torrie-Regierung und die zähe Arbeit der englischen Regierung erkennen lassen, den Aufmarsch der Konterrevolution gegen die Sowjetunion zu beschleunigen. Die Arbeiterschaft wird sich diese Tatsachen merken.

Fester denn je muß die rote Front um die Sowjetunion geschlossen werden. Volle Solidarität mit der chinesischen und russischen Revolution, unerschrockener Kampf gegen die Imperialisten und ihre Helfershelfer!

Die chinesische Revolution

und die Schwankungen der kleinbürgerlichen Schichten

Moskau, Ende Juni.

In dem rasenden Tempo, in dem sich die Ereignisse in China entwickeln, kommt die Tiefe und der Schwung der Revolution am klarsten zum Ausdruck. Kaum anderthalb Jahre trennen uns vom Beginn des Nordfeldzuges, der die nationale Armee aus den Grenzen von Kwantung in das Tal des Jangtse hinausführte. Wieviel geschah in diesen einigen Monaten, welch ungeheure Wandlungen in den Beziehungen der Klassenkräfte, wie sehr ist der Maßstab gewachsen, mit dem wir jetzt an die Abschätzung der Lage herantreten. In dieser Zeit sind Wupeifu, Sunschuanfang und Tschangtschunschan, einer nach dem andern, geschlagen worden. Neue Millionen Massen von Arbeitern und Bauern sind in den revolutionären Kampf eingetreten. Das mächtige Anwachsen der Arbeiter- und Bauernbewegung einerseits, der offene und harte Druck der Imperialisten andererseits, beschleunigten die Differenzierung innerhalb des nationalrevolutionären Lagers. Tschangkaischek hat Verrat geübt, und mit ihm ist die Bourgeoisie, die bislang die führende Rolle spielte, in das Lager der Konterrevolutionäre abgewandert. Die Hegemonie übernimmt immer mehr und offensichtlicher die Arbeiterklasse. Aber gleichzeitig komplizieren sich die Methoden ihres Kampfes. Die Wuhan-Regierung und die Kuomintang stehen jetzt vor der Notwendigkeit, nicht an einer, sondern an zwei Fronten zu kämpfen: gegen Peking und gegen Nanking. Gleichzeitig zieht die revolutionäre Lösung der Agrarfrage, die von unten, von den Bauernverbänden vorgenommen wird, eine weitere Spaltung in den Reihen von Wuhan nach sich.

Dieser stürmische Wechsel der Ereignisse und Situationen vollzieht sich auf einem außerordentlich bunten Hintergrund, in einem Lande, wo gleichzeitig mit den neuen, modernen Methoden der kapitalistischen Ausbeutung noch die Ueberreste des wildesten Feudalismus bestehen, wo in einem außerordentlich komplizierten System die verschiedensten Verhältnisse nebeneinander vorhanden sind. Zwischen Schanghai und irgendeinem Sitschuan liegt nicht nur 1000 Kilometer Entfernung, sondern auch Jahrhunderte ökonomischer Entwicklung. Diese ungeheure Buntheit der vorhandenen Gesellschaftsformen, diese große Ungleichheit in der Entwicklung der verschiedenen Provinzen und Gegenden, der ungeheure Unterschied in dem Maße der Abhängigkeit von den Imperialisten, von dem Außenhandel, vom Markte überhaupt, alles das bringt auch eine große Vielfältigkeit der Interessen, eine große Anzahl von Zwischengruppen und Schichten mit sich. Das muß besonders in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung, in der die Umgruppierung der Klassenkräfte noch lange nicht beendet ist, in Betracht gezogen werden.

„Die Kraft der Kleinbourgeoisie ist die Kraft des Schwankens." Dieser Satz Lenins, angewendet auf das gegenwärtige China, bedeutet, daß man nicht damit rechnen dürfe, daß der Abfall Tschangkaischeks der letzte gewesen wäre, daß sein Uebergang auf die Seite der Konterrevolution eine endgültige Grenzlinie zwischen den Kräften für und gegen die bürgerlich-demokratische Revolution bedeutet. Im Gegenteil, der Inhalt der bürgerlich-demokratischen Revolution wird mit jedem Tag tiefer und bestimmter. Dies macht die weitere Differenzierung im Wuhan-Lager unvermeidlich. Die intellektuellen radikal-bürgerlichen Elemente der Kuomintang können ihrem Klassencharakter nach nur schwanken, sie können keine entschiedene und sichere Linie einnehmen. Wir müssen daher auf neuen Verrat, auf neuen Abfall gefaßt sein. Die Augen vor dieser Perspektive zu schließen, wäre ebenso sinnlos, wie durch sie in eine Panikstimmung zu verfallen.

Tschangkaischek hat offen Verrat verübt. Aber eine ganze Reihe ihm nahestehender Schichten befindet sich noch in der Kuomintang. Der Schwung der Arbeiter- und Bauernbewegung zog schon in ihrer ersten Periode den Abfall der Bourgeoisie nach sich. Die mächtige Entfaltung der Agrarrevolution von unten muß ein weiteres Abfallen der Bourgeoisie am nächsten stehender Gruppen zur Folge haben. Der Offiziersaufstand in Tschantscha hat in diesem Sinne eine symptomatische Bedeutung. Die Offiziere der Wuhan-Armee sind gegen die revolutionären Bauern aufgetreten, die sich dazu entschlossen hatten, den Grund und Boden und die Macht in ihre eigene Hände zu nehmen. Der soziale und politische Sinn dieses Auftretens der Offiziere war im Grunde der gleiche, wie beim Umsturz Tschangkaischeks.

Für die Haltbheit, Unentschlossenheit und Charakterlosigkeit der Kleinbourgeoisie ist jedoch außerordentlich bezeichnend, daß die Kuomintang und die Wuhan-Regierung die Konterrevolution in Tschantscha nicht im Keime zu ersticken vermochten. Als der Moment kam, nicht in Worten, sondern in der Tat für die Agrar-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270628-12/fragment/page=0001

revolution einzutreten, haben die kleinbürgerlichen Führer offen gezeigt, daß ihre Kraft — die Kraft des Schwankens ist. Und darin liegt die außerordentliche Gefahr für die chinesische Revolution.

„Die Kraft des Schwankens" vieler politischer und besonders der Heeresführer von Wuhan, wird durch den folgenden Umstand noch verschlimmert. Der Nordfeldzug wurde eingeleitet im Blocke mit der Bourgeoisie und unter ihrer Führung als ein Krieg gegen die Imperialisten und die nördlichen Militaristen. Indessen vollzog sich die Differenzierung im nationalen Lager schon ehe diese allgemeine Aufgabe gelöst war. Wuhan kämpft gegen Nanking und gegen Peking. Gleichzeitig kämpfen Wuhan wie Nanking gegen Peking. Diese formale Gemeinschaft der Ziele, die nach der Spaltung entstand, beeinflußt einzelne Kuomintang-Generale und kann im geeigneten Moment zum Vorwand und zur Begründung eines Blocks mit Tschangkaischek zum neuen Verrat der Revolution ausgenützt werden.

Die Möglichkeit und Gefahr neuer Verrätereien vergrößert sich infolge der spezifischen Formen des chinesischen Kampfes. Wir haben schon mehr als einmal gesagt und geschrieben, daß die Eigenart der chinesischen Revolution darin besteht, daß jede der beteiligten Klassengruppen ihren eigenen Staatsapparat, ihre eigene Armee und Regierung hat. Diese Eigenart ist eine historische Tatsache. Sie hat ihre großen Vorteile und ihre großen Nachteile. Der Hauptnachteil besteht darin, daß der alte Administrationsapparat und Kriegsapparat von der Revolution am Anfang nicht zerstört, sondern als revolutionärer Apparat wieder aufgebaut wurde. Das alte Beamtentum, das alte Offizierskorps sitzen alle noch fest an ihren Plätzen und stellen unter den Wuhan-Truppen eine große Kraft dar. Sogar auf dem Territorium von Wuhan können sie als eine konterrevolutionäre Kraft auftreten. Der Aufstand von Tschantscha ist der beste und klarste Beweis dafür.

Der offenen und konsequenten Konterrevolution Tschangkaischeks muß eine nicht weniger entschlossene und konsequente revolutionäre Politik der Kuomintang entgegengestellt werden. Für oder gegen die Agrarrevolution? Für oder gegen die Bauernbewegung? Für oder gegen die Arbeiterorganisationen? Alle diese Fragen gestatten im gegenwärtigen Moment der Entwicklung keine Halbheit, kein Schwanken in der Entscheidung.

Die Entfaltung der Agrarrevolution, die Entfaltung und Organisierung der Massenbewegung der Arbeiter- und Bauern, sind der einzige Weg zum Sieg. Die Betonung der ausschlaggebenden Bedeutung der Agrarfrage bedeutet natürlich keineswegs die Aufhebung der Kriegsaufgaben, die vor Wuhan stehen. Aber die Gegenüberstellung der militärischen und politischen Aufgaben der Kuomintang ist nicht nur grundfalsch, sondern sie treibt das Wasser auf die Mühle der Konterrevolution. Wenn es heißt, „erst Ausdehnung der Revolution, nachher ihre Vertiefung", so führt dies objektiv nicht nur zu einer Isolierung der Kuomintang von den Arbeiter- und Bauernmassen, sondern nährt auch die Ideologie jener schwankenden Elemente, die in Tschangkaischek immer noch den Verbündeten im Kampfe gegen Tschangtsolin sehen wollen. Aber auch umgekehrt, wenn man die politischen Aufgaben der Kuomintang hervorhebt, indem man sie von den militärischen Aufgaben trennt, so wird dadurch nicht nur eine verhängnisvolle, auf die Niederlage hinsteuernde Linie der Revolution eingeschlagen, sondern auch Material für die Agitation Tschangkaischeks geliefert; man hilft ihm damit, sich als einziges Zentrum des Kampfes gegen die nördlichen Militaristen hinzustellen.

Die politischen und militärischen Aufgaben der chinesischen Revolution können nicht voneinander getrennt betrachtet werden. Ohne sich auf die Massen zu stützen, ohne die Massen zu organisieren, sie zu bewaffnen, kann die Kuomintang nicht als Siegerin aus dem Kampfe gegen die Imperialisten, die nördlichen Militaristen und Tschangkaischek hervorgehen. Das Nichtverstehen dieser Tatsachen durch verschiedene kleinbürgerliche Elemente der Kuomintang-Leitung, die für kleinbürgerliche Führer charakteristische Angst vor den Massen, muß gebrochen werden. Die historische Bedeutung des chinesischen Proletariats und seiner Kommunistischen Partei besteht im gegenwärtigen Moment darin, daß der Druck der Massen, der Druck der untersten Schichten ausgenützt und organisiert wird, daß der Zickzackweg der Kuomintang in eine entschiedene revolutionäre Linie umgewandelt wird.

Die Entfaltung der Agrarrevolution hat eine Situation geschaffen, in der nur das Proletariat die Hegemonie der nationalen demokratischen bürgerlich-demokratischen Revolution ergreifen kann. Das Proletariat und seine Partei wird sich die Hegemonie erkämpfen, indem es sich vor allem auf die Massen stützt, diese zum Kampf organisiert.

Vor uns steht noch viel Verrat, manches Steigen und Sinken der revolutionären Welle. Aber wie immer der nächste Zickzack sein mag —, unter Führung der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei, im engsten Bündnis mit der revolutionären Bewegung des Weltproletariats wird die chinesische Revolution siegen.

Italienischer Faschistenterror vor dem Reichstag

Breitscheid fordert Nichteinmischung in italienische Verhältnisse

(Kppd.) **Berlin, 27. Juni.**

Die Reichstagssitzung vom Montag führte bei Behandlung des deutsch-italienischen Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrags zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Faschisten und Antifaschisten.

Der demokratische Professor und Völkerrechtslehrer Schücking behauptet, der deutsch-italienische Vertrag sei ein erfreulicher Beweis dafür, daß der Rechtsgedanke marschiere. Durch sein weiteres pazifistisches Gefasele deckt der Demokrat nolland den blutigen faschistischen Terror Mussolinis gegen die italienische Arbeiterschaft.

Für die KPD. reißt Genosse Stoecker dem Pazifisten Schücking die Maske vom Gesicht. Er brandmarkt den **Terror der mussolinischen Schwarzhemden und stellt die Rolle der sozialdemokratischen Führer der italienischen Gewerkschaften fest.** Ständiges Wutgeheul der Sozialdemokraten begleitet die Rede des Genossen Stoecker. Der Vater des deutschen Revisionismus, Eduard Bernstein, der wie wild geworden herumspringt und schreit, und andere Sozialdemokraten erhalten Ordnungsrufe.

Da Stresemann in Oslo eine Nobelpreisrede halten muß, und andere Regierungsvertreter sich nicht an der Debatte beteiligen, tritt als Hilfsstellung für die deutsche Reichsregierung der Sozialdemokrat Breitscheid auf den Plan. Er lehnt es ab, auf die Frage des Genossen Stoecker, betreffend Ueberlaufen zahlreicher italienischer Sozialistenführer zu Mussolini, zu antworten. Die Sozialdemokratie lehne es ab, sich in die italienischen Verhältnisse einzumischen. (!) Die Sozialdemokratie trete für den Vertrag ein, weil sie für den Frieden sei. (Mit Mussolini? D. R.)

Als zweiter Regierungsvertreter tritt der Volksparteiler Freiherr v. Rheinbaben für den deutsch-italienischen Vertrag ein, worauf in der Abstimmung der deutsch-italienische Schiedsvertrag in zweiter und dritter Lesung von den Bürgerlichen und Sozialdemokraten gegen die Kommunisten angenommen wird.

Als nächster Punkt der Tagesordnung wird die geplante Verlängerung der Pachtschutzordnung auf zwei Jahre behandelt. Der sozialdemokratische Redner Tempel erklärt zwar die kommunistischen Forderungen auf Schaffung eines sozialen Pachtrechts für berechtigt, jedoch für die SPD. für unannehmbar (!), weil dadurch die Vorlage im ganzen gefährdet werde. Nachdem der Demokrat Rönneburg für die Verlängerung der Ordnung gesprochen hat, begründet für die Kommunistische Partei der Genosse Putz ausführlich die kommunistischen Grundsätze und Forderungen.

Ein Antrag auf Streichung von Beamtenbezügen und Militärpensionen für Hochverräter wird nach Ausführungen des sozialdemokratischen Abg. Roßmann, der eine Reihe von Einzelfällen aufführt, an den Haushaltausschuß zurückverwiesen.

Der Mord von Ahrensdorf

Planmäßig vorbereitet — das Bürgertum breitet schützend die Arme aus — Zwei der Banditen freigelassen

(Eig. Meldung.) **Berlin, 27. Juni.**

Die bisherigen Berichte über den Mord an den Reichsbannermann in Ahrensdorf und den Ueberfall auf die Reichsbannerleute ergeben, daß der Ueberfall planmäßig vorbereitet war. Der Mörder des Reichsbannermanns hat sich bereits vor einiger Zeit eine Bescheinigung geben lassen, daß er an Nervenschwäche leidet und die Rechtspresse meldet schon heute abend, daß dem „armen Kriegsbeschädigten" der Schutz des § 51 zugebilligt werden müßte. Mehrere Stunden vor dem Ueberfall haben die Stahlhelmer und Wehrwolf-Leute bereits Manöver abgehalten. Auch sind Gewehre und sonstige Waffen schon stundenlang vorher verteilt worden.

Während der Täter Schmelzer in Haft behalten wurde, wurden die zwei Wehrwolfleute, die den einen Reichsbannermann vom Rade stießen, und damit Veranlassung zum Ueberfall gaben, vom Untersuchungsrichter beim Landgericht Müncheberg freigelassen, weil „weder Verdunkelungsgefahr noch Fluchtverdacht" bestehe.

Daß der Täter nicht in Notwehr oder Erregung gehandelt hat, wird schon dadurch erwiesen, daß er während des Ueberfalls in seine Wohnung, die zweihundert Schritt vom Tatort entfernt liegt, zurückging, um die Waffe, ein Jagdgewehr seines Vaters, zu holen. Aus dieser Waffe gab er vier Schüsse ab, mußte also zweimal laden.

Das Wolffsche Telegraphenbureau verschickt einen Bericht, in dem es tendenziös heißt, daß bei dem Ueberfall Schüsse gewechselt (!) wurden. Damit behauptet WTB., daß die Reichsbannerleute bewaffnet waren und geschossen haben. Das ist nicht der Fall. Selbstverständlich wird diese Meldung von der gesamten Rechtspresse mit Behagen übernommen.

Die amtliche Vertuschungskomödie

Auf Anordnung des Preußischen Innenministeriums hat Montag nachmittag eine polizeiliche Untersuchung in Ahrensdorf stattgefunden, an der Landjäger, Schutzpolizisten und Kriminalbeamte teilgenommen haben. Es wurde insgesamt an 26 Stellen nach Waffen gesucht. Gefunden wurden laut „B. T." zwei Infanteriegewehre, Pistolen, Teschings und eine große Anzahl Patronen. Natürlich war alles vorher in Sicherheit gebracht worden.

Faustdicker Schwindel

Um unseren Lesern zu zeigen, wie geschwindelt wird, veröffentlichen wir folgende Nachricht, die ein bekannter Pressedienst — allerdings ohne alle Gewähr! — veröffentlicht:

Nach der Darstellung der Linksblätter soll die alleinige Schuld auf Seiten der Dorfbewohner liegen, während der „Lokalanzeiger" sich von der Gauleitung des Stahlhelm-Wehrwolf in Frankfurt a. O. (die muß es ja wissen!) mitteilen läßt, daß die Reichsbannerleute mit Stöcken und anderen Gegenständen auf die Dorfbewohner eingeschlagen hätten. (Dabei steht fest, daß die Reichsbannerleute per Auto schon durch den Ort waren, als ihr Radfahrer überfallen wurde!) Der Besitzerssohn Schmelzer, der die Schüsse auf die Reichsbannerleute abgegeben hat, soll (!) vorher mehrere Schläge über den Kopf und ins Gesicht erhalten haben. In seiner Erregung (?) habe er dann das Jagdgewehr geholt, und mehrere Male geschossen. Ferner sollen von einem Reichsbanner-Motorradfahrer drei Pistolenschüsse abgegeben worden sein. (Verwundet wurde aber niemand!) Wie der „Lokalanzeiger" weiter mitteilt, gehört Schmelzer keiner vaterländischen Organisation an. (Schon drückt man sich!)

Diese Schwindelmeldungen werden auch in den Zeitungen des Zentrums und der Demokraten verbreitet! Das sollte den Reichsbannerarbeitern doch zu denken geben! Denn diese Kreise bezeichnen sich ja auch als „schwarzrotgold" und gehören dem Reichsbanner an. Auf solche „Kameradschaft" sollte der ehrliche Reichsbannermann verzichten und sich zum Kampfe gegen den Faschismus dem Roten Frontkämpfer-Bunde anschließen!

Das ist teutscher Geist!

Sie mißhandeln Kinder!

(Eig. Drahtm.) **Köln, 28. Juni.**

Hiesige Zeitungen berichten von einem Vorfall, der für das unglaublich brutale Verhalten der Nationalsozialisten bezeichnend ist. Als ein Trupp Hakenkreuzler entgegen der Polizei-Vorschriften in voller Uniform durch die Straßen marschierte und von einigen Kindern Zurufe erhielt, stürzten sie sich auf die Kinder und mißhandelten einen achtjährigen Knaben in einer derart brutalen Weise, daß das Kind mit vielen Knochenbrüchen ins Krankenhaus gebracht werden mußte, wo es schwerverletzt darniederliegt.

„Freie Bahn dem Mietwucher!"

Der Kampfruf des Bürgerblocks

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 28. Juni.**

Die Marx-Regierung hat vor wenigen Tagen dem Reichsrat einen Gesetzentwurf eingereicht, der neben der Verlängerung des Mieterschutzgesetzes bis 1929 große Verschlechterungen vorsah. Der Reichsrat hat die größte Verschlechterung gestrichen, nach der eine einfache Kündigung des Hauspaschas zum Hinauswurf genügt hätte. Die Reichsregierung hat darum im Reichsrat einen neuen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem beide Mietergesetze nur um einen Monat verlängert werden könnten. Der Reichsrat hat diesem Gesetzentwurf gestern zugestimmt. Die bestehenden Mieterschutzgesetze werden also nur um einen Monat verlängert. Die Bürgerblock-Regierung hofft innerhalb dieses Monats die schweren Verschlechterungen durchzusetzen.

Nach acht Stunden verlaßt die Betriebe!

(Eig. Drahtm.) **Köln, 28. Juni.**

Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beschloß am Sonntag, dem 26. Juni, daß ab Montag, den 27. Juni, die Metallarbeiter nach acht Stunden den Betrieb verlassen und der Kampf um den Achtstundentag und vollen Lohnausgleich aufgenommen wird. Der alte Tarif, der für die meisten Betriebe 54 Stunden vorsah, ist am 24. Juni abgelaufen. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt, nachdem die Lohnverhandlungen gescheitert waren.

„Streng verboten!" heißt eine neue Berliner Revue, die in der Komischen Oper von Zwischenrufen und lauten Pfiffen einer Anzahl Anhänger der „Liga für Menschenrechte" empfangen wurde.

Zum 400. Todestage Nicolo Machiavellis

Vor 400 Jahren starb Nicolo Machiavelli. Der berühmte politische Schriftsteller aus Florenz war von einigen Menschenaltern einigermaßen in Vergangenheit geraten. Als vor 58 Jahren sein 400. Geburtstag mit dem mächtigen Aufschwung des Kapitalismus zusammenfiel und die Völker mit den gewöhnlichen Mitteln der Staatskunst regiert werden konnten, ohne daß die herrschenden Klassen zur ultima ratio (letztes Auskunftsmittel) ihrer Herrschaft Zuflucht zu nehmen brauchten, wurde Machiavelli in heuchlerischer Weise als Theoretiker der skrupellosen Gewaltpolitik und Amoralist abgetan. Es ist ein Zeichen der Zeit, daß man sich heute, da sich die Klassengegensätze auf das äußerste zugespitzt haben, da der entscheidende Kampf um die Macht im Staate zwischen Bourgeoisie und Proletariat mit jedem Tag mehr heranreift und die kapitalistische Klasse mit allen Mitteln skrupelloser Gewalt ihre brüchige Ordnung zu verteidigen sucht, Machiavellis wieder erinnert und ihn — in allen Lagern — als einem der größten Politiker aller Zeiten Anerkennung zollt. Tatsächlich war Machiavelli ein ungewöhnlich scharfsinniger Kopf, der sehr klar erkannte, welche Rolle die Gewalt und die Verfügung über ihre Mittel im Kampfe um die Erfüllung eines politischen und wirtschaftlichen Programmes spielen. Um einen Begriff von Machiavellis Denkart zu geben, führen wir im folgenden eine Stelle aus seinem Buch „Vom Fürsten" und einige seiner geistreichen Sprüche an.

„Man muß sich darüber klar sein, daß es nichts Schwereres, nichts Zweifelhafteres, nichts Gefährlicheres gibt, als eine neue Ordnung einzuführen. Denn derjenige, der eine neue Ordnung einführen will, hat alle diejenigen zu Feinden, die bei der alten Ordnung ihr gutes Auskommen fanden; und er hat alle diejenigen zu seinen lauen Verteidigern, die von der neuen Ordnung etwas Gutes erwarten können. Diese Lauheit kommt teils von der Furcht von den Gegnern, die das Gesetz auf ihrer Seite haben, teils vom Unglauben der Menschen. Sie glauben eigentlich an keine neue Sache, bis sie sich nicht in der Erfahrung bewährt hat. Daraus folgt, daß sie, die einer neuen Ordnung feindlich gegenüberstehen, jede Gelegenheit wahrnehmen, um einen Aufstand durchzuführen. Und jene anderen verteidigen lau, so daß man mit ihnen zusammen zugrunde geht. Es ist daher notwendig, wenn man richtig urteilen will, zu untersuchen, ob diese Erneuerer auf sich selbst gestellt sind oder ob sie von anderen abhängig sind. Das heißt, ob sie bei Durchführung ihrer Aufgaben andere bitten oder sie auch zwingen können. Im ersten Falle wird es ihnen schlecht ergehen und sie werden nichts ausrichten; aber wenn sie nur von sich selbst abhängen und auch über Zwangsmittel verfügen können, so werden sie nur selten untergehen. Daher kommt es, daß alle bewaffneten Propheten siegen und die unbewaffneten untergehen. Denn es kommt dazu, daß sich die Natur der Völker ändert; es ist leicht, sie von einer Sache zu überzeugen, aber es ist schwer, sie bei dieser Ueberzeugung festzuhalten. Deshalb muß es so sein, daß, wenn sie nicht mehr glauben, sie mit Gewalt zum Glauben gezwungen werden können. Moses, Cyros, Theseus und Romulus hätten ihre Ordnung nicht so lange zu halten vermocht, wenn sie unbewaffnet gewesen wären, wie es in unseren Zeiten mit Girolamo Savonarola geschah. Er ging zugrunde mit seiner neuen Ordnung, sobald die Masse anfing, an sie nicht mehr zu glauben; und er vermochte nicht, jene, die früher an ihn glaubten, zu halten und konnte die Ungläubigen nicht zu Gläubigen machen."

*

„Es ist besser, etwas zu tun und zu beichten, als nichts zu tun und zu beichten."

*

„Man kann Kriege beginnen, wenn man will, aber man kann sie nicht beenden, wenn man will."

*

„Noch keiner hat seinen Nachfolger getötet."

Upton Sinclair will sich verhaften lassen

Bekanntlich wurde im Staate Massachusetts der neueste Roman von Upton Sinclair „Oel" verboten und ein Buchhändler wegen Verkaufs des Buches zu einer Geldstrafe verurteilt. Sinclair hat sich daraufhin persönlich nach Boston (Mass.) begeben, um in einer Versammlung auf einem öffentlichen Platze Stellen aus dem verbotenen Buche zu verlesen, u. a. die darin enthaltenen Teile der biblischen „Lieder Salomonis". Ferner hat Upton Sinclair, da sein Buch als „obszön" (!!) verboten wurde, öffentlich Stellen aus Shakespeares „Hamlet", der Bibel und die betreffenden Absätze seines Romans zu Vergleichszwecken öffentlich verlesen, um zu beweisen, daß im Falle einer Durchführung des Verbotes im Staate Massachusetts auch die Bibel und Shakespeares Werke verboten werden müßten. Im übrigen hoffte Upton Sinclair durch diese öffentliche Herausforderung der Behörden seine eigene Verhaftung und dadurch die Bloßstellung der Behörden von Massachusetts zu erreichen. Dieser Plan ist ihm jedoch mißglückt — die Polizei sah seinen öffentlichen „strafbaren Handlungen" friedlich zu, nachdem sie sich überzeugt hatte, daß er im Besitz einer öffentlichen Redeerlaubnis war. . . .

In Leningrad wird eine musikwissenschaftliche Gesellschaft eröffnet, die sich, als erste ihrer Art, die „genetische Erforschung der musikalischen Werke" zur Aufgabe stellt. Zu diesem Zweck werden wissenschaftliche Experimentier-Werkstätten und ein spezielles Laboratorium eingerichtet.

„Unsere Antwort" heißt ein neuer politischer Film, den die Leningrader Filiale des Sowkino vorbereitet; er behandelt in weltpropagandistischer Aufmachung die letzten politischen Tagesereignisse und den Kampf der Sowjetunion gegen die Antisowjetfront. Eine weitere Neuerscheinung der Sowkino-Produktion trägt den Titel: „Wo die Zaren gelebt haben". — Im Auftrage der Mehprabpom-Russ-Film-AG. schreibt A. Soritsch einen zeitgenössischen Film „Wydwilshenej", dessen Hauptrolle Moskwin spielen wird. „Wydwilshenej" ist in Sowjet-Rußland die Bezeichnung für einen Arbeiter, der es in der Industrieverwaltung zu leitenden Posten gebracht hat.

Fürsorgeerziehung wegen eines revolutionären Gedichts. Vor wenigen Tagen wurde der Redakteur des amerikanischen kommunistischen „Daily Worker", William Dunne, zu einem Monat Gefängnis und der Zeitungsverlag zu 500 Dollar Geldstrafe verurteilt wegen Veröffentlichung eines „obszönen" Gedichts „Amerika", dessen „Unsittlichkeit" selbstverständlich lediglich in seiner revolutionären Tendenz bestand. Jetzt wurde der noch nicht 15jährige Verfasser des Gedichts, David Gordon, vom Gericht zur Fürsorgeerziehung für eine Zeit von mindestens 15 Monaten und höchstens drei Jahren verurteilt. Der Richter drückte sein Bedauern darüber aus, daß er Gordon als Jugendlichen nicht zu Staatsgefängnis verurteilen könnte, und ein anderer Richter äußerte sich, daß Gordon eigentlich verdient hätte, getreut und gefedert zu werden. Der Skandal dieser doppelten Verurteilung wegen eines Gedichtes hat unter den revolutionären Arbeitern Amerikas größte Entrüstung hervorgerufen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270628-12/fragment/page=0002

Der Stuttgarter Justizskandal

Das „Zuchthaus" des Polizeispitzels — Tscheka-Diener in Freiheit — Der unvorsichtige Niedner

Am sechsten Verhandlungstag gelang der Verteidigung der Beweis, daß im Herbst 1923 im Stuttgarter Polizeipräsidium

illegale schwarze Polizeiformationen

— sogenannte Kampftruppen — gegen die Kommunisten für den damals geplanten sächsischen Putsch militärisch ausgebildet und der legalen Polizei angegliedert wurden. Der württembergische Innenminister Bolz hat diese Tatsache bisher in der öffentlichen Landtagssitzung abgeleugnet und erklärt, daß nicht an einem einzigen Ort illegale Formationen bestanden hätten. Als der Zeuge Schönleber vernommen werden soll, weist dieser dem Niedner-Senat zur allgemeinen Ueberraschung der Zuhörer ein Schreiben des Polizeipräsidiums vor, in welchem ihm Aussagen über innerdienstliche Angelegenheiten der Polizei untersagt werden. Schönleber war, wie dies aus dem Schreiben hervorgeht, im Jahre 1923 Hilfspolizeiwachtmeister und gehörte einer Gruppe der württembergischen schwarzen Reichswehr an. Auf die Frage der Verteidigung, wieso er den Namen „Hilfspolizeiwachtmeister" führen und als öffentlich-rechtlicher Beamter bezeichnet werden konnte, verweigert der Zeuge, von dem berüchtigten

Tscheka-Reichsanwalt Neumann

unterstützt, die Aussage. Die Frage des Reichsgerichtsrats Helber, wie lange er als Hilfspolizeiwachtmeister fungiert habe, übergeht der Zeuge mit verlegenem Schweigen. Da diese Feststellung für die Beurteilung der Tätigkeit der angeklagten Genossen von ungeheurer Bedeutung ist, beantragt die Verteidigung, den württembergischen Innenminister Bolz und den Stuttgarter Polizeipräsidenten als Zeugen zu laden. Gleichzeitig beantragt die Verteidigung die Erwirkung der Aussagegenehmigung für den Zeugen und weist darauf hin, daß dieser unberechtigterweise die Aussage verweigert, da er nicht als öffentlich-rechtlicher Beamter anzusehen ist. Der Niedner-Senat beschloß nach kurzer Beratung, die Verteidigung zu beauftragen, die Beweisanträge schriftlich zu formulieren und darüber in der morgigen Verhandlung einen Gerichtsbeschluß herbeizuführen.

Die Vernehmung der Angeklagten Stegmaier und Stauß über den Anschlag auf das Gebäude der „Süddeutschen Arbeiterzeitung" ergibt, daß die sämtlichen Angeklagten, entgegen der Konstruktion der Anklageschrift an der Ausführung des Anschlages nicht beteiligt waren. Sie haben von dem Anschlag erst durch die Presse Kenntnis erhalten und flüchteten lediglich wegen der Teilnahme an einer Sitzung nach dem Verbot der Partei. Das Beweismaterial, auf Grund dessen die Angeklagten der Mittäterschaft bezichtigt werden, sind Privatbriefe und sorgfältig gesammelter Klatsch. Die Konstruktion der Reichsanwaltschaft bricht infolgedessen in sich zusammen. Ein grelles Licht auf die Haltlosigkeit der Anschuldigungen wirft die Mitteilung des Genossen Stegmaier, daß man ihm bei seiner Vernehmung auf dem Polizeipräsidium erklärte:

„Wenn wir Ihnen auch nichts nachweisen können, so werden wir doch dafür sorgen, daß Sie bestraft werden."

Regiefehler

Im Prozeß gegen die 13 Stuttgarter Kommunisten erhält die Oeffentlichkeit wieder einmal lehrreiche Einblicke in die Praxis der deutschen Klassenjustiz.

Niedner beging einen Regiefehler. Unter den 40 Zeugen, die er laden ließ, befand sich auch der Kronzeuge vom Leipziger Tscheka-Prozeß, Diener. Dieser Diener wurde 1925 in Leipzig zu 5½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Dadurch sollte bewiesen werden, daß Diener kein Polizeispitzel sei. Also dieser Diener sollte aus dem Zuchthaus vorgeführt werden.

Aber was zeigte sich? Diener war schon längst nicht mehr im Zuchthaus. Der findigen Stuttgarter Polizei war es trotzdem nicht schwer, dem Diener die Zeugenvorladung zuzustellen. Diener beantwortete das Schreiben quietschvergnügt aus seiner Wohnung.

Dadurch wurde bekannt, daß der zu Zuchthaus verurteilte Kronzeuge Diener in Freiheit ist — eben weil er Polizeispitzel ist.

*

Lehrreich ist auch folgende Episode vom 6. Verhandlungstag:

Angeklagter Stegmaier: Zeuge Schwaderer, entsinnen Sie sich, daß Sie mir bei meiner polizeilichen Vernehmung gesagt haben: „Wenn wir Ihnen auch nichts nachweisen können, so werden wir doch dafür sorgen, daß Sie bestraft werden. Wir brauchen Führer, die wir bestrafen können."

Polizeikommissar Schwaderer schweigt. Er schweigt, weil ein Bestreiten ohne Meineid nicht möglich gewesen wäre. Das ist die Württemberger Polizei.

Aenderungen in der Krankenversicherung durch die Arbeitslosenversicherung

In der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses vom 24. Juni 1927 wurde ein Antrag der Regierungsparteien beraten, der einige Aenderungen der Krankenversicherung bezweckt, soweit die Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung davon berührt werden. Die für die Versicherungspflicht der Angestellten gezogene Jahresverdienstgrenze von 2700 Mark wurde auf 3600 Mark erhöht. Die kommunistische Fraktion hatte einen Antrag auf Erhöhung der Jahresverdienstgrenze auf 6000 Mark eingebracht. Dieser Antrag, der im Sinne einer Vereinheitlichung der einzelnen Versicherungszweige liegt, entspricht den Forderungen der Angestelltenschaft, deren soziale Lage im Falle von Krankheiten mangels jeglicher Unterstützung die denkbar schlechteste ist. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt. Ablehnung fand ebenfalls ein von den Demokraten gestellter Eventualantrag, nach dem die Jahresarbeitsverdienstgrenze auf 4800 Mark festgesetzt werden sollte.

Der Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes (Abgeordneter Thiel) wandte sich gegen die eine wirkliche Erhöhung der Jahresverdienstgrenze fordernden Anträge. Er gab zu, daß die im Antrag der Regierungsparteien geforderte Erhöhung lediglich eine Anpassung an die Geldentwertung darstelle. Neu festgesetzt wurde des weiteren der Höchstsatz des Grundlohnes, nach dem die Leistungen und die Beiträge der Krankenkassen berechnet werden.

Während der Antrag der Regierungsparteien die Höchstgrenze auf 10 Mark festlegt, auch bei Zugrundelegung des tatsächlichen Arbeitsverdienstes, verlangen die Kommunisten entsprechend ihrem Antrag zur Jahresverdienstgrenze der Angestellten einen Höchstsatz von 16 Mark. Der kommunistische Antrag wurde von den Regierungsparteien abgelehnt.

Ein gegen den Antrag der Regierungsparteien, der den weiteren Ausbau der Ersatz- und Sonderkassen bezweckte, eingereichter kommunistischer Antrag auf Streichung der die Ersatz- und Sonderkassen zulassenden Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Es folgte die weitere Beratung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.

Zur Verhandlung stand der Abschnitt II (Versicherungspflichtige).

Die kommunistische Fraktion beantragte die Streichung aller Bestimmungen, die gegen die Einbeziehung aller Arbeiter in der Arbeitslosenversicherung gerichtet sind.

Die Anträge der Kommunisten wurden restlos auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Einige sozialdemokratische Kompromißanträge verfielen ebenfalls der Ablehnung, so daß der **vollständige Hinauswurf vor allem der Landarbeiterschaft** aus der Arbeitslosenversicherung vollzogen ist.

Weiterberatung Sonnabend ½10 Uhr.

Das englische Proletariat mobilisiert

Gegen das Antistreikgesetz

(Eig. Drahtm.) **London**, 28. Juni.

In allen großen Städten Englands fanden am Sonntag Massenkundgebungen gegen das Antistreikgesetz statt. Selbst bürgerliche Berichterstatter geben zu, daß diese Kundgebungen die größten waren, die man in England je erlebt hat. Besonders imposant war der Aufmarsch der Arbeitermassen in London. Im „Hydepark" fand eine Riesendemonstration statt, bei der zahlreiche Redner der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei die Massen zum Kampfe gegen das Antistreikgesetz aufforderten. Als Redner traten u. a. auch Cook, Lansbury, der Vorsitzende des Generalrats, Hicks und insbesondere zahlreiche Führer der Kommunistischen Partei auf. Das proletarische Auftreten der Polizei führte an verschiedenen Stellen zu kleinen Zusammenstößen. Im Ganzen verlief die Kundgebung ohne ernste Zwischenfälle.

Differenzen in der französischen Sozialdemokratie

(Eig. Meld.) **Paris**, 27. Juni.

Der am Sonntag tagende Nationalrat der Sozialistischen Partei Frankreichs beschäftigte sich mit Paul Boncours Kriegsgesetz. Paul Boncour wurde von verschiedenen Rednern heftig angegriffen und erklärte in mehrstündiger Rede, die Kritik am Gesetz sei unverdient und ungerecht. Der letzte Krieg habe gezeigt, daß, wenn die Männer draußen im Schützengraben liegen, die Frauen für sie einspringen und das Brot verdienen müßten. Im letzten Krieg seien dies aber nur die Frauen der arbeitenden Klasse gewesen, es sei aber nicht mehr als recht und billig, wenn auch die Frauen der besitzenden Klassen ihr Teil tragen. Die Mobilmachung der Vereine und Gesellschaften beziehe sich weniger auf die Gewerkschaften als auf die Syndikate und Aktiengesellschaften. Er habe durchaus im Sinne Jean Jaurès (!) und der sozialistischen Lehre (!) gehandelt. Zyromski erklärte, die Vorlage Paul Boncours entspreche in keiner Weise der sozialistischen Auffassung vom Kriege.

Die jugoslawische Regierung erhielt die amtliche Nachricht, daß die **albanische** Regierung die Bedingungen der imperialistischen Großmächte zur Beilegung des jugoslawisch-albanischen Konfliktes angenommen habe.

Die Nachforschungen nach Nungesser und Coli, den beiden französischen Fliegern, sind erfolglos verlaufen. Das ist die Kehrseite der Rekordjagerei!

Der König von Spanien treibt sich in London herum. Bekanntlich haben diese Reisen meistens politische Bedeutung.

Feng im Lager Tschangkaischeks

(Eig. Drahtm.) **London**, 28. Juni.

Wie der „Daily Herald" mitteilt, ist in London die Nachricht eingetroffen, daß Fengyusiang die Gewerkschaften in Tschengtschau aufgelöst und nach seiner Konferenz mit Tschangkaischek die Verbindung mit der national-revolutionären Regierung in Wuhan (Hankau) abgebrochen hat. Die Glaubwürdigkeit dieser Mitteilung wird verstärkt durch den Bericht des „Manchester Guardian". Nach dieser Quelle hat Fengyusiang nach seiner Konferenz mit Tschangkaischek an die Hankauer Revolutionsregierung am 21. Juni ein ultimatives Telegramm gerichtet, in dem er nach gehässigen Ausfällen gegen die Arbeiter, Bauern und Radikalen die sofortige Entlassung Borodins und die Zurückziehung der linken Mitglieder der Wuhan-Regierung, u. a. auch des Außenministers Tschens fordert. Tschangkaischek ist über das Ergebnis seiner Verhandlungen mit Feng sehr zufrieden. Beide veröffentlichen ein gemeinsames Manifest, in dem die Bekämpfung der Kommunisten gefordert wird. Die Hankauer Regierung wird voraussichtlich Fengyusiangs Forderungen ablehnen.

Die Verhandlungen Fengs mit Tschangkaischek werden nunmehr auch von der chinesischen Nationalagentur bestätigt, wie folgende Meldung besagt:

Fengs Verrat bestätigt sich

Hankau, 22. Juni.

(Meldung wurde in Schanghai aufgehalten)

Glaubwürdigen Pressemeldungen zufolge ist Fengyusiang in Begleitung des Justizministers Schütien und des Erziehungsministers Kuominyü aus Tschentschau nach Kaifeng und sodann nach Hutschau in Nordkiangsu (Kreuzungspunkt der Eisenbahnlinien Lungshan und Tientsin-Pukou) zur Beratung mit Tschangkaischek abgereist, der sich ebenfalls aus Nanking nach Hutschau begeben hat.

*

Wir verweisen auf den heutigen Leitartikel, der ausführlich zu den Vorgängen in China Stellung nimmt. Diesen Artikel muß jeder lesen.

Hankau prüft . . .

(WTB.) **Schanghai**, 27. Juni.

Nach einem Funkspruch aus Hankau prüft augenblicklich die kommunistische Hankauer Regierung das Ultimatum Tschangkaischeks, das die Auflösung aller Arbeitergewerkschaften sowie die Entlassung 20 russischer Ratgeber und gewisser chinesischer Kommunisten fordert.

Unaufhaltsamer Vormarsch nach Norden

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 28. Juni.

Wie die chinesische National-Agentur mitteilt, haben die Nationaltruppen Ichang besetzt. General Yangsen und seine Truppen wurden von einer Panik ergriffen und fliehen zurück. Das Gebiet Nanyang und Sachyang (nordwestlich von Hankau) wird unter dem Kommando Sunlientsung erfolgreich von den Ueberresten der Wupeifu-Truppen gesäubert. Zwischen Hankau und Tschengtschau ist der direkte Eisenbahnverkehr wiederhergestellt.

Solidarität im fernen Osten

(WTB.) **Hongkong**, 27. Juni.

Wie aus wohlunterrichteten Kreisen verlautet, hat infolge der Entlassung einiger Seeleute durch eine britische Schiffahrtsgesellschaft der Allgemeine Arbeiterverband in Kanton den Beschluß gefaßt, die britischen Schiffe, die den Dienst zwischen Hongkong und Kanton versehen, zu boykottieren.

Chinesenrevolte auf Java

(WTB.) **Batavia**, 27. Juni.

Auf einer Insel bei Riouw wurden die europäischen Aufseher der dortigen Zinngruben und Polizeibeamte, die ihnen zu Hilfe kamen, vom ausständischen chinesischen Arbeitern angegriffen. Militär stellte die „Ordnung" wieder her. Insgesamt wurden 90 Chinesen verhaftet. Nach Schluß der Untersuchung wurden acht der Verhafteten als Rädelsführer in Haft behalten und den Gerichtsbehörden übergeben.

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk während des Weltkrieges

24] Jaroslav Hasek

(Aus dem Tschechischen übertragen von Grete Reiner)

Es war ein feierlicher Augenblick, wenn man das Zimmer „Nummer sechzehn" in Unterhosen in die Kapelle führte, denn die Arrestanten ankleiden zu lassen, wäre mit dem Risiko verbunden gewesen, daß einer von ihnen hätte ausbrechen können.

Diese zwanzig weißen Unterhosen und Engel stellte man unter die Kanzel. Einige von ihnen, denen Fortuna lächelte, verbargen im Mund Zigarettenstummel, die sie unterwegs gefunden hatten, denn sie hatten — naturgemäß — keine Taschen und konnten sie nirgends verstecken.

Um sie herum standen die anderen Arrestanten des Garnisonsarrestes und ergötzten sich an den zwanzig Unterhosen unter der Kanzel, auf die der Feldkurat, mit den Sporen klirrend, hinaufkletterte.

„Habt acht!" schrie er, „zum Gebet, alle mir nach, was ich sagen werde! Und Du hinten, Du Lump, schneuz Dich nicht in die Hand, Du bist im Tempel Gottes, oder ich laß Dich einsperren. Ob Ihr wohl, Ihr Saukerle, noch nicht das Vaterunser vergessen habt? Also probieren wirs — — — No, ich hab gewußt, daß es nicht gehn wird. Woher denn das Vaterunser, ja, so zwei Portionen Fleisch und Bohnensalat auffressen, sich aufs Kavalet auf den Bauch legen, in der Nase bohren und nicht an Gott denken, das wär was — hab ich nicht Recht?"

Er blickte von der Kanzel herab auf die zwanzig weißen Engel in Unterhosen, die sich ebenso wie alle anderen vortrefflich unterhielten. Hinten spielte man „Mafo".*)

„Das is sehr fein", flüsterte Schwejk seinem Nachbar zu, auf dem der Verdacht haftete, er habe für drei Kronen seinem Kameraden mit einer Axt alle Finger an einer Hand Hand abgehackt, um ihn vom Militär zu befreien.

*) Ein Spiel mit einem Taschenmesser.

„Es kommt noch", lautete die Antwort, „heut is er wieder ordentlich besoffen, da wird er wieder vom dornigen Weg der Sünde quatschen."

Der Feldkurat war heute wirklich ausgezeichnet gelaunt. Er wußte selbst nicht, warum er dies tat, aber er beugte sich fortwährend von der Kanzel herab und hätte beinahe das Gleichgewicht verloren und wäre hinuntergefallen.

„Singt etwas, Jungens", schrie er herunter, „oder wollt Ihr, daß ich Euch ein neues Lied lern? Also singt mir mir:

Von allen doch am liebsten
hab ich die Liebste mein,
geh zu ihr nicht allein.
Viele seh ich zu ihr gehen
und um ihre Liebe flehen,
und wer ist denn meine Liebste?
die Jungfrau Maria . . . . .

Ihr werdets nie erlernen, Ihr Klacheln", fuhr der Feldkurat fort, „ich bin dafür, Euch alle zu erschießen, versteht Ihr mich gut? Ich behaupte es von dieser göttlichen Stelle herab, Ihr Taugenichtse, denn Gott ist etwas, was sich nicht vor Euch fürchtet und was mit Euch umspringen wird, bis Ihr davon blöd sein werdet, denn Ihr zögert Euch Christus zuzuwenden und geht lieber auf dem dornigen Weg der Sünde."

„Da is es schon, er is ordentlich besoffen", flüsterte freudig der Nachbar Schwejks.

„Der dornige Weg der Sünde, Ihr vertrottelten Klacheln, ist der Weg des Kampfes mit dem Laster. Ihr seid verlorene Söhne, die sich lieber im Einzel wälzen, als zum Vater zurückzukehren. Richtet Euren Blick nur weiter und höher in die himmlischen Fernen und Ihr werdet siegen und Frieden wird sich in Eure Seele senken, Ihr Lauskerle. Ich möcht mir ausbitten, daß dort hinten jemand schnauft. Er ist kein Pferd und ist nicht in einem Stall, sondern im Tempel Gottes. Drauf mach ich Euch aufmerksam, meine Lieblinge. So, wo hab ich denn aufgehört. Ja, über den Seelenfrieden, sehr gut. Merkt Euch, Ihr Rindviecher, daß Ihr Menschen seid, und daß Ihr auch durch Eure getrübten Augen in den weiten Raum blicken und wissen müßt, daß hier alles nur eine gewisse Zeit währt, aber daß Gott ewig ist. Sehr gut, nicht wahr, meine Herren? Ich sollte Tag und Nacht für Euch beten, daß der barmherzige Gott, Ihr blöden Kerls, seine Seele in Eure kalten Herzen ergießt und mit seiner heiligen Gnade Eure Sünden abwäscht, damit Ihr auf Ewigkeiten sein seid und damit er Euch, Ihr Lumpen, immer liebt. Da irrt Ihr Euch aber. Ich werde Euch nicht ins Paradies einführen —." Der Feldkurat rülpste. „Nein und nein", wiederholte er hartnäckig, „nichts werde ich für Euch tun, fällt mir gar nicht ein, weil Ihr unverbesserliche Lumpen seid. Auf Euren Wegen wird Euch nicht die Güte Gottes führen, der Odem Gottes wird Euch nicht umwehn, weil es dem lieben Gott gar nicht einfällt, sich mit solchen Halunken abzugeben. Hört Ihr es, Ihr dort unten in den Unterhosen?"

Die zwanzig Unterhosen blickten hinauf und sagten wie mit einer Stimme:

„Wir melden gehorsamst, daß wir hören."

„Es genügt nicht nur zu hören", setzte der Feldkurat seine Predigt fort, „die dunkle Wolke des Lebens, in der Euch Gottes Lächeln nicht von Kummer befreit, Ihr Blödiane, denn die Güte Gottes hat auch ihre Grenzen, und Du Mausefel dort hinten vertuß Dich nicht, sonst laß ich Dich einsperren, daß Du schwarz wirst. Und Ihr dort unten, glaubt nicht, daß Ihr in einer Butik seid, Gott ist im höchsten Maß barmherzig, aber nur für anständige Menschen und nicht für den Auswurf der menschlichen Gesellschaft, der sich nicht nach seinen Gesetzen und nicht einmal nach dem Dienstreglement richtet. Das hab ich Euch sagen wollen. Beten könnt Ihr nicht und Ihr denkt, daß in die Kapelle gehen eine Hetz ist, daß hier irgendein Theater oder Kino ist. Und das werde ich Euch aus dem Kopf schlagn, damit Ihr nicht glaubt, daß ich dazu da bin, damit ich Euch unterhalte und Euch irgendeine Freude am Leben gebe. Ich sperr Euch alle ins Einzel, das tu ich, Ihr Lumpen. Ich verlier Zeit mit Euch und seh, daß das alles rein umsonst ist. Wenn selbst der Feldmarschall und der Erzbischof hier wären, würdet Ihr Euch nicht bessern und Gott zuwenden. Und doch werdet Ihr Euch einmal an mich erinnern, daß ichs gut mit Euch gemeint hab."

Zwischen den zwanzig Unterhosen wurde ein Schluchzen laut. Schwejk hatte zu weinen begonnen.

Der Feldkurat blickte hinunter. Dort stand Schwejk und wischte sich mit den Fäusten die Augen ab. Ringsherum machte sich freudige Zustimmung bemerkbar.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270628-12/fragment/page=0003

Arbeiter-Sport

Fußball-Länderspiel Deutschland — Rußland am 2. und 10. Juli

Vom Arbeiter-Turn- und Sportbund wird uns geschrieben:

In Leipzig und Hamburg, den Orten der Länderspiele Deutschland—Rußland, haben die örtlichen Fußballorganisationen eine rege Werbetätigkeit entfaltet. Spielplakate in verschiedenen Größen nach künstlerischen Entwürfen hat der Arbeiter-Turn- und Sportbund in seiner eigenen Druckerei mustergültig herstellen lassen.

Mag die bürgerliche Organisation versuchen wollen, Konkurrenzspiele anzusetzen, mögen sie Neger und Artisten holen, das Spiel der besten internationalen Mannschaften des Arbeitersportes wird seine Anziehungskraft nicht verfehlen und allen Hindernissen zum Trotz für den völkerverbindenden Arbeitersport werben.

Die deutschen Arbeitersportler begrüßen die russischen Genossen nicht als Mitglieder einer bestimmten politischen Partei, sondern als Vertreter der Arbeiterschaft der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken, eines proletarischen Staates, der der deutschen Arbeiterschaft deshalb nahe steht.

In weltpolitischer Hinsicht wird angesichts der Bemühungen der internationalen kapitalistischen und imperialistischen Presse, eine Hetzoffensive gegen Sowjet-Rußland zu eröffnen, das zu bestreitende freundschaftliche Länderspiel Deutschland — Rußland ein Symbol des Gedankens für Völkerfrieden und Gemeinschaft der internationalen Arbeiterschaft sein.

Als Vertreter des Bundesvorstandes des Arbeiter-Turn- und Sportbundes heißt der Genosse Koppisch die russischen Genossen in Berlin am 1. Juli willkommen. Bei der Ankunft in Leipzig beabsichtigen die Leipziger Arbeiterturner und -Sportler, einen großen Empfang mit anschließendem Umzug durchzuführen. Genosse Riedel wird am Bahnhof die Begrüßung vornehmen.

Eine Abendveranstaltung von Belgiern, die in der Bundesschule turnerische Vorführungen geben, sieht die russischen Genossen als Gäste. Der Vorsitzende des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Genosse Gellert und der Sekretär der ISJ. Genosse Devlieger halten hier Ansprachen.

Nach einem Ruhetag steigt auf dem Stadion des Vereins für Leibesübungen Leipzig-Stötteritz der erste Kampf.

Schon vom rein sportlichen Standpunkt aus, hat das Spiel der beiden Ländermannschaften eine große Bedeutung für die gesamte Arbeitersportbewegung der Welt. Wenn man die Spielstärke eines Landes nach den Leistungen und Resultaten seiner repräsentativen sportlichen Vertretung bewerten will, so stellen zweifellos die bevorstehenden Spiele die beste Fußballmannschaft des internationalen Arbeitersportes fest. Als die Moskauer Städtemannschaft im Vorjahr in sechs Spielen gegen beste deutsche Mannschaften ein Torverhältnis von 50 : 9 erzielte, bejubelten 150 000 Zuschauer das technisch fabelhafte und taktisch überlegene Spiel dieser Mannschaft.

Die sächsische Auswahlmannschaft, die ihre Spielreise in Rußland beendet hat, ist zu den besten deutschen Mannschaften zu rechnen. Sie hat in Rußland von sechs ausgetragenen Spielen vier Spiele verloren. Es wurde wieder festgestellt, daß der Fußballsport Rußlands einzigartig ist. Mit Recht dürfen daher die bevorstehenden Spiele der Ländermannschaften in Deutschland die größten diesjährigen Ereignisse des deutschen Arbeitersportes genannt werden.

Großer Erfolg eines hallischen Ringers bei den internationalen Ringkämpfen in Helsingfors

Vom 16. bis 19. Juni fand in Helsingfors das erste internationale Bundessportfest des finnischen Arbeiter-Turn- und Sportbundes statt, zu dem auch der Athletenverband gehört. Außer deutschen Arbeiter-Turnern und -Leichtathleten war auch der deutsche Arbeiter-Athletenbund mit seiner Ländermannschaft vertreten, zu der folgende Ringer gehören: Karos (Berlin), Fliegengewicht; Haußk (Germania-Fröllenfest, Halle), Bantamgewicht; Schedler, Ludwigshafen, Leichtmittelgewicht; Seelenbinder (Berlin), Schwermittelgewicht. Feder-, Leicht- und Schwergewicht waren von der deutschen Ländermannschaft selber verschickt. Die Ringkämpfe fanden am Freitag und Sonnabend statt und beteiligten sich hieran in sämtlichen Gewichtsklassen 270 Ringer und die vier Deutschen von der Ländermannschaft. Im Bantamgewicht waren 25 Finnländer vertreten, die der besten Ringerklasse angehören. Die Hauptkämpfe fanden am Sonnabend statt und dauerten von 2 Uhr nachmittags bis 12 Uhr nachts. Bei der starken Konkurrenz konnte sich Sportgenosse Haußk bis zuletzt durchringen und noch äußerst zähen und harten Kämpfen wurde Haußk 5. Sieger. Es ist dies ein schöner Erfolg für den hallischen Sportgenossen, der um so höher zu bewerten ist, da es das erste Mal ist, daß ein Hallenser die deutsche Ländermannschaft bei so starker Konkurrenz erfolgreich vertreten konnte. Es dürfte das hallische Sportpublikum interessieren, Einzelheiten aus den scharfen Kämpfen des Sportgenossen Haußk zu erfahren. Haußk hat im ganzen sechs Kämpfe geliefert. Am ersten Kampftage trat er gegen Hämäläinen an, den H. nach scharfem Griffwechsel in 4,5 Minuten durch Ueberwurf nach hinten auf beide Schultern brachte. Den zweiten Kampf lieferte H. gegen Jahula, der sich meistens am Boden abspielte und von einer Brücke in die andere führte, bis H. seinen Gegner durch Eindrücken der Brücke in 5,10 Minuten besiegte. Am zweiten Kampftage, der die Entscheidungskämpfe zwischen Haußk und den vier besten Finnländern brachte, lieferte H. folgende Kämpfe: Erster Kampf gegen Linquist. Scharfer Griffwechsel in den ersten drei Minuten, der H. durch doppelten Kopfzug volle 7 Minuten in die Brücke brachte. Hierauf folgte eine Minute Pause und dann Fortsetzung dieses scharfen Kampfes, der H. wiederum durch denselben Griff für 3 Minuten in die Brücke brachte. Nachdem später Stockkampf, wo H. nach 20 Minuten Kampfzeit eine Punktniederlage durch die Brückenverteidigung zugesprochen wurde. Im zweiten Kampf kam H. mit Lassoleinen zusammen. Nach einigen Ueberstürzern folgt Standkampf, aus dem H. seinen Gegner durch verkehrten Kopfzug in die Brücke befördert und nach 5,30 Minuten durch Eindrücken der Brücke auf beide Schultern legt. Der nächste Kampf brachte den Italiener mit dem Bruder des Finnen zusammen. Dies war der härteste und technisch schönste Kampf des Tages, der beide Ringer abwechselnd in die Brücke brachte und nach 20 Minuten als Unentschieden abgepfiffen wurde. Im letzten Kampf mußte Haußk gegen den äußerst starken Finnen Kumpumen antreten. H. war durch die vorhergehenden scharfen Kämpfe sehr mitgenommen, so daß er sich in diesem Kampfe nur noch verteidigen konnte. In der 6. Minute fiel H. durch Kopfzug in die Brücke und erhielt durch Eindrücken der Brücke seine einzige Schulterniederlage.

Die deutschen Ringer sind die scharfe Kampfweise der Finnen sowie die lange Kampfzeit nicht gewohnt, da hier im allgemeinen nur zehn Minuten gerungen wird, während die Finnländer nach dreiviertelstündigem Kampfe immer noch frisch sind. Eine Umstellung im ganzen Training dürfte für die deutschen Ringer sehr vorteilhaft sein, besonders wenn sie öfter gegen ausländische Mannschaften antreten. Die anderen Vertreter der deutschen Ringer lieferten folgende Kämpfe: Karos (Berlin) 2 Niederlagen und 1 Unentschieden. Schedler (Ludwigshafen) 5. Sieger mit 4 Siegen, 1 Unentschieden, 1 Punktniederlage und 2 Schulterniederlagen. Seelenbinder (Berlin) 3. Sieger mit 2 Siegen, 1 Unentschieden, 1 Punktniederlage und 2 Schulterniederlagen. — Im August macht die deutsche Ländermannschaft eine Tournee durch Rußland, an dem die volle Ländermannschaft teilnehmen wird. —f.

Handball. 4. Kreis, 1. Bezirk: Großzschocher 1. — Goßlis 1. 5 : 3. Goßlis 1. gegen Möckern 1. 13 : 4. Eilenburg 1. — Schkeuditz 1. 5 : 0.

Wiener in Leipzig

Hpt. Südost — Wien-Donaufeld 2 : 1 (0 : 0), Eden 6 : 9

Mindestens 4000 Fußballinteressenten waren am Sonnabend Zuschauer eines in seiner sportlichen Wertung sehr guten Spieles. Die Gästemannschaft, die in Wien den Amateur-Meistertitel hält, war in allen Teilen gut besetzt. Hervorragende Läufe zeigten beide Außenstürmer, die auch nicht mit direkten Torschüssen kargten. Die drei Innenstürmer führten ein raffiniertes Kombinationsspiel vor, nur hätte noch etwas mehr geschossen werden. Die Läuferreihe reihte sich würdig ein. Ihr Zuspiel zum Sturm ist vorbildlich. Die bestehenden Schläge, welche von unseren erstklassigen Verteidigern verlangt werden, konnte man bei den Donaufeldern weniger beobachten. Beide verlegen sich mehr auf Zuspiel an die Läufer. Der große Torwart der Auswärtigen hielt fast unglaubliche Sachen.

Mitteldeutsche Spielvereinigung, 2. Kreis, 6. Bezirk

Der Bezirksvorstand

teilt hierdurch sämtlichen Vereinen des 6. Bezirks mit, daß dem Hallischen Fußballklub Sportlust die Veranstaltung von der Stadt zur Ausübung ihrer sportlichen Tätigkeit zugewiesen worden ist. Umkleidegelegenheit befindet sich auf der Peißnitz

Mitteilungen des Hauptspielausschusses

Im Laufe dieser Woche finden folgende Gesellschaftsspiele statt, und zwar:

Mittwoch, 29. Juni

½8 Uhr	Minerva 1. Jugend — Fichte 1. Jugend	Cröllwitz
½8 Uhr	Fichte 2. Jugend — Cröllwitz 1. Jugend	Minerva
7 Uhr	Trotha 3. — Giesichenstein 3.	Fichte
7 Uhr	Ammendorf 3. — Wörmlitz 3.	Diemitz

Donnerstag, 30. Juni

7 Uhr	Wörmlitz 2. — Minerva 2.	Giesichenstein
7 Uhr	Trotha Jugend — Sportlust Jugend	Wörmlitz

Freitag, 1. Juli

½7 Uhr	Diemitz 1. — Reideburg 1.	Trotha

Amtlich. Folgende Strafen laufen ab: Mit dem 30. Juni: Karl Hartleb (Fortuna), Walter Knoch (ASC.) und Mathens (Teutonia). Mit dem 2. Juli: Stahl (Gröbers) und Weichardt (Kastania).

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Halle

Alle Kassierer rechnen heute und morgen abend ab nachmittags 5 Uhr bei Sportgenossen Fr. Rosenberg, Burgstraße 32 ab. Der Vorstand.

Leopin's großer Inventur-Ausverkauf

beginnt

Freitag, den 1. Juli

Benutzen Sie die günstige Kaufgelegenheit

Sie sparen viel Geld!

Stadt-Theater
Heute 1669
Dienstag 7 Uhr
Götterdämmerung
Mittwoch, 8 Uhr
Der Biberpelz

Walhalla
Telephon 283 85
Anfang 8 Uhr
Nur noch 3 Tage
Die lustige Witwe
Operette in 3 Akten von **Franz Lehar** mit 1668
Lydia Petry und **Hans Forstner** in den Hauptrollen
Gewöhnliche Preise

Ehrenerklärung
Die Beleidigung gegen E. Schellenberg nehme ich zurück *1848
E. Queißer

Wo speise ich gut und billig im Volkspark?
Burgstr. 27 · Telephon 110 27

Fertige Ihnen **für 29 Mk.** inkl. haltbarer Futter-Zutaten modern. Anzug oder Mantel nach gen.
Maß
aus mitgebrachten Stoffen 164
Guter Sitz
M. Ehrlich,
Leipziger Straße 69
1 Treppe

Zabelhaft **billige Preise in Bildern und Spiegeln** auf Teilzahlung. Beachten Sie mein Schaufenster
Heinr. Germo
Bilder-, Rahmen- und Spiegelfabrik
Halle a. S., Fabrik Äußere Delitzscher Str.
Ladengeschäft Poststr. 1

Ledersohlen Gummiabsätze
billig bei 261
Wilh. Kranig
Neue Promenade 15

Weinberg
Mittwoch, den 29. Juni
(Peter und Paul)
2 große
Propaganda-Konzerte
für das Steuer-Orchester unter Leitung von Obermusikmstr. C. Steuer
Herr Obermusikmeister Steuer wird an diesem Tage etwas Hervorragendes leisten, es ergeht daher der Ruf an alle seine Musikfreunde, aber auch an die Freunde des Wirtes, Geschäfts-Freunde, sowie Fernstehende, die dort herrlichen Garten und Park noch nicht kennen und durch direkte Straßenbahn-Verbindung es jetzt so bequem haben, sind ganz besonders eingeladen 1666
Das **Abend-Konzert** wird verherrlicht durch **Bunsteuer** u. einem **Riesenwasserfall** quer durch den Park
Um 8 Uhr:
Tanz im Saal
Eintritt frei
Straßenbahn Sonderwagen

Arbeitsamt Eisleben
Petrikstraße 9 **Tel. 131/132**
Offene Stellen:
1 Hausbursche, 18 Jahre alt, nach ausw., im Umgang mit Pferden erfahren; 1 kräft. Arbeitsbursche bis 20 Jahre alt; Hütten-, Berg-, Tagebau- und Abraumarbeiter, sowie 1 Kupferschmied
1 Schlosserlehrling; mehrere Schmiedelehrlehrlinge für sofort mit Kost und Logis
Mehrere ledige Geschirrführer; 1 verheir. Geschirrführer ohne Kinder; junge Burschen für sofort
Dienstmädchen; Stütze; Wirtschafterin; Haus- und Stallmädchen fürs Land; Stenotypistin, perfekt in Schreibmaschine und Stenographie *1878

Die Volksbuchhandlung Wittenberg
Jüdenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Sämtliche
Schul- und Schreibwaren
Außerdem
werden sämtliche Aufträge an
Drucksachen und Inserate
entgegengenommen

Kammerlichtspiele Merseburg
Als die besondere Attraktion:
Donnerstag
Helia, die berühmte Telepathistin und Hellseherin
persönlich auf der Bühne
Außerdem:
Ist denn Liebe ein Verbrechen?
6 Akte von Liebe und von anderem Unsinn
Dazu:
Mit Stanley i. dunkelst. Afrika
4. Episode: **Todesangst sowie die neueste Opel-Wochenschau**
Infolge Auftretens der Künstlerin ein kleiner Preisaufschlag 1878

Alle Parteischriften
emp ehlen die
Volksbuchhandlungen
Harz 42/44 **Lerchenfeldstraße 14**

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein.

Leistungsfähigste Bezugsquelle für:

aller Größen und Systeme
Entgegenkommende Zahlungsbedingungen
Bettenhaus
Bruno Paris
Kl. Ulrichstr. 2
Eingang Kanzlergasse
2 Minuten vom Markt

Nachruf 1667
In der Nacht vom Sonntag zum Montag verstarb unser früherer Lagerhalter
Wilhelm Bernstein
im 66. Lebensjahre
In seiner jahrzehntelangen Tätigkeit hat er zum Wohle des Vereins gewirkt, bis ihm ein körperliches Leiden zwang, im März 1925 von seinem Posten zurückzutreten
Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren!
Verwaltung und Personal des Allgem. Konsumvereins Halle und Umgegend

Bekanntmachungen

Tabaksturanmeldungen

Tabakpflanzer haben bis 10. Juli ihre Listeneintragung im Stadtsteueramt, Herrenstraße 10, Zimmer 2, zu bewirken. *1877
Eisleben, 24. Juni 1927. Der Magistrat.

Oeffentliche Mahnung

Alle diejenigen, die mit Schulgeld, Ackerpacht und mit elektrischem Lichtgeld im Rückstande sind, werden hiermit aufgefordert, diese Schuldbeträge innerhalb der nächsten acht Tage an unsere Stadthauptkasse zu zahlen, andernfalls die Einziehung der Reste zwangsweise erfolgt. *1876
Eisleben, 24. Juni 1927. Der Magistrat.

Bekanntmachung

In den am 8. Juli beginnenden Ferien sollen in hiesiger Schule sechs Klassenräume, zwei Hausflure, Lehrerzimmer sowie einige Räume in zwei Lehrerdienstwohnungen gestrichen werden. Bewerbungen um die Arbeit, die evtl. in zwei Losen vergeben wird, sind bis zum 4. Juli, abends 6 Uhr, bei dem Unterzeichneten einzureichen, von dem auch jede weitere Auskunft erteilt wird. *1879
Radberg, 27. Juni 1927. Eisig, Vors. des Schulvorst.

Haustrauen! kauft nur bei unseren Inserenten!

Dank
Für die überaus zahlreiche Anteilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen
Paul *1874
sagen wir allen auf diesem Wege herzlichen Dank
Weißenfels, den 27. Juni 1927
Familie Paul Schumann

Statt besonderer Anzeige
Am 27. Juni entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, der Privatmann
Wilhelm Bernstein
im Alter von 65 Jahren
Im Namen der Hinterbliebenen:
Anna Bernstein, geb. Hutans
Halle-Trotha, den 27. Juni 1927
Die Beerdigung findet am 29. Juni nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle des Trothaer Friedhofes aus statt 1655

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270628-12/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

Ein SPD.-Arbeiter über den Kieler Parteitag

Aus Zeitz erhalten wir folgende Wiedergabe eines Gesprächs zwischen zwei Betriebsarbeitern, einem KPD.-Genossen und einem, der bisher der SPD. angehörte. Vorzubemerken ist, daß es in dem Betrieb sehr schlimm aussieht. Ein Betriebsrat existiert nicht, die Arbeitszeit beginnt früh um 6 Uhr und endet abends ½6 Uhr. **Es wird nicht einmal Tariflohn gezahlt,** und die Meister schikanieren die Arbeiter, wo sie nur können.

Der Genosse fragte den Kollegen: Hast Du den Bericht vom Parteitag der SPD. gelesen und die Referate von Hilferding und Crispien? Wenn Du den „Volksboten" liest, hältst Du doch sicher noch viel von diesen Leuten, und Du mußt doch auch wissen, was die SPD. für die Arbeiter durchzuführen gedenkt? Mein SPD.-Buch ist 1923 ins Feuer geflogen, **und der Kieler Parteitag sollte doch auch manchen anderen belehren!** Bei der Rede von Hilferding dachte ich immer an unsern Bterieb und wußte nicht, sollte ich lachen oder flennen. Denn bei unserem Hundelohn den ganzen Tag für die Profite der Unternehmer schuften ist doch **keine „Wirtschaftsdemokratie"!** Die so etwas sagen, sind doch Heuchler, die nur mit Hilfe des Stimmzettels der Arbeiter sich einen guten Posten schaffen wollen. Was meinst denn Du, wie wir als Arbeiterklasse aus dem Elend kommen?

Nun, Kollege von der KPD., der Parteitag der SPD. hat doch gezeigt, daß viele mit Wels nicht einverstanden sind. In den unteren Parteischichten sind es noch viel mehr, vielleicht Zweidrittel! Und ich kapiere auch immer mehr, daß Hilferding und Crispin nicht anders sind. Auf alle Fälle **hat die SPD. auf ihrer letzten Tagung so deutlich gezeigt, daß sie nur noch eine bürgerliche Regierungspartei ist, daß ich genug habe.** Alle, die mit der SPD.-Politik nicht mehr einverstanden sind, müssen sich endlich zur KPD. bekennen, die mit Hilfe der 3. Internationale die Weltrevolution durchführen und den Sozialismus erringen wird.

KPD.-Genosse: Da hast Du ja ganz meine Gesinnung! **Dann bestelle aber auch den „Klassenkampf",** der uns zeigt, wie wir gemeinsam kämpfen können, damit unser Zuchthaus eine Stätte der Freiheit wird.

Bauarbeiter, übt Solidarität!

A.-K. Der Zweckverband **Leunawerk** läßt zurzeit in Rössen 60 Wohnungen bauen. Die Maurer arbeiten in Akkord und rechnen pro Tag zehn Stunden je 1,75 Mk. Die Bauhilfsarbeiter, die bei dieser Akkordschufterei den ganzen Tag nicht zur Besinnung kommen, erhalten dagegen nur 87 Pf. Mit den schäbigsten Mitteln wird versucht, die Arbeitszeit immer mehr heraufzuschrauben.

Bei der großen Baustelle ist kein Baudelegierter. Statt gemeinsam gegen die Ausbeutungsmethoden Stellung zu nehmen, wird in den Baubuden über ganz nebensächliche Dinge diskutiert, wobei es vielfach — zu Schlägereien zwischen den Kollegen kommt. Der lachende Dritte ist natürlich der Ausbeuter. Kollegen, das muß anders werden! Besinnt Euch auf Eure Interessen, wählt Baudelegierte. Lehnt die Akkordschufterei ab, sorgt für Stärkung der revolutionären Front, schult Euch und lest den **„Klassenkampf".**

Wo bleiben die Baudelegierten?

A.-K. Bei den Steinsetzmeistern Horn u. Koppe in **Mücheln** herrscht ein tolles Antreibesystem. Der Vorarbeiter Aspig gehört auch zu denen, die, sobald sie ein bißchen höher rutschen, ihre Klasse vergessen und sich als Proletenschinder haben kaufen lassen.

Die Baubude spottet aller Beschreibung. Nicht einmal einen Verbandskasten gibt es, obwohl bei der Antreiberei und dem Hungerlohn die Unfälle immer mehr zunehmen.

Am 1. Juli

tritt die Bestimmung des Mai-Abkommens im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau in Kraft, daß

auf Gruben und Abraumbetrieben die Arbeitszeit von 12 auf 10½ Stunden verkürzt

werden muß. — Duldet keine Sabotage!

Achtung!

Das Rauchen in den gesamten Werksanlagen ist verboten. Uebertretungen werden mit Geldstrafe, im Wiederholungsfalle mit Entlassung bestraft.

Die Werksdirektion.

Diese Bekanntmachung hat die Direktion der **Gewerkschaft Leonhardt** im Geiseltal, Herr Oesterreich an der Spitze, in einer Größe von etwa 60×60 vor dem Fabriksgebäude anbringen lassen. Wer aber glaubt, daß auch Herr Oesterreich danach handle, der irrt sich gewaltig. Als dieser vor einiger Zeit mit „hohem" Besuche durch den Betrieb ging, dampfte er wie ein Stadtsoldat seine Zigarre, **selbst vor dem Oelkeller und dem Karbidraum,** wo Rauchen bergpolizeilich verboten ist! Wenn sich das einmal ein Arbeiter erlauben würde — — —!

Halle-Hettstedter-Eisenbahn

A.-K. In der **Bahnmeisterei I, Halle,** herrscht eine skrupellose Ausbeutung und Antreiberei. Der Bahnmeister Jaut und der Vorarbeiter Schröder sind beide ein paar tüchtige Proletenschinder. Sie meinen, ihre Pflicht zu erfüllen, wenn sie nach dem Grundsatz des Vorgesetzten Rubach handeln: **„Viel Arbeit und wenig Lohn."** Aber auch noch darüber hinaus schikanieren sie die Arbeiter, besonders diejenigen, die ihre Klassengrundsätze haben: Mehr Lohn und Achtstundentag, sowie anständige Behandlung! Wir Arbeiter können unsere wahre Arbeitskraft sehr wohl abwägen. Dem Bahnmeister Jaut, dem kleinen Gernegroß, empfehlen wir aber das Buch von Knigge: „Umgang mit Menschen."

Die Bahnmeisterei I gleicht einem Bienenhaus. Wer das Eldorado erblickt und einen Tag die Tortour der Antreiber-Knechte überstanden hat, der verduftet wieder, wenn ihm nur irgendwie Gelegenheit geboten wird. Von Halle kommen schon länger keine Kollegen mehr, die haben Franzen den Kram vor die Beine geworfen. Nun hat er eine Vertrauensperson von Gerbstedt gefunden, einen Stellmacher St., der seinen Zutreiber macht. Er besorgt Gerbstedter Arbeitslose. Ob er dafür außer den honigsüßen Versprechungen auch noch bare Münze bekommt? — Den Dank der Gerbstedter Kollegen erntet er doch sicher nicht.

Kollegen, nicht durch das Schleimen und Schmarotzen Einzelner werden wir unsere Lage verbessern, sondern durch festen Zusammenschluß und aktive Mitarbeit bei klarer Erkenntnis unserer Klassenlage. Deshalb hinein in den Deutschen Verkehrsbund! Stärkt Eurem Betriebsrat und Eurer Organisation den Rücken. Nur an einer geschlossenen Arbeiterschaft werden alle Schikanen zerschellen.

Betriebsmord!

Beinahe täglich Grube Golpa

Golpa, 27. Juni

Schon wieder ist auf Grube Golpa bei Bitterfeld ein Betriebsunfall zu verzeichnen. Beim Rangieren geriet der Bremser Otto Hennig aus Zschiesewitz mit der Hand zwischen die Kuppelung, wobei ihm der Daumen und der Mittelfinger der rechten Hand schwer beschädigt wurden. Er mußte sofort dem Knappschaftskrankenhaus Carlsfeld zugeführt werden.

Lauchhammer-Werk

(Eig. Meldg.) **Raundorf,** 27. Juni.

In der Abteilung Oberhammer sind während des Betriebs seit fünf Tagen zwei Arbeiter mit Anstreichen der Kranbahn beschäftigt. Als der eine Arbeiter am Freitag beim Streichen der hinteren Seite den Arm über die Schiene gelegt hatte, überhörte er durch den Lärm das Nahen des Krans, und wurde so **gequetscht,** daß er sofort ins Krankenhaus überführt werden mußte.

Warum können solche Arbeiten nicht, ohne die Arbeitszeit zu verlängern, nach Feierabend erledigt werden? Was nützen all die Plakate zur Verhütung von Unfällen, wenn die Praxis ganz anders aussieht! Vielleicht kümmert sich die Gewerbeinspektion doch einmal etwas mehr um diese Dinge.

Der Verkehrsbund offen in der Front der Kriegstreiber

Das Zentralorgan des Deutschen Verkehrsbundes, der „Deutsche Verkehrsbund", eines der schlimmsten Hetzblätter gegen die Gewerkschaftsopposition, wagt es, seinen Lesern folgendes über die Kriegsgefahr zu unterbreiten:

„England hat die diplomatischen Beziehungen zu Rußland abgebrochen, nachdem es durch einen Einbruch in die Londoner Sowjethandelsstelle deren angebliche Immunität durchbrochen hatte. Die „Roten" Fahnen läuten Sturm gegen eine imaginäre Kriegsgefahr. England will den Handel mit Rußland weiter pflegen, denkt also nicht an Krieg, und Rußland erklärt keiner Großmacht den Krieg, denn die Sowjetbureaukratie weiß, daß die Unterzeichnung einer Kriegserklärung gleichzeitig die Unterzeichnungung ihres eigenen Todesurteiles ist. Rußland wird auch seine Bestellungen aus England zurückziehen und nach Deutschland gehen (jedenfalls dorthin zuletzt), denn englische Kapitalisten geben Rußland ein Darlehen von 10 Millionen Pfund Sterling eben in Form dieser Waren.

Die Entrüstung der „Roten" Fahnen ist Schaumschlägerei! Nicht deutlicher konnte das werden, als durch den Aufruf der sogenannten Kommunistischen Internationale, die Chamberlain sanft die Backen streichelt und die „Reformisten" beschimpft, weil sie nicht für die dritte Internationale in den Krieg ziehen wollen. Ganz K. P. = komisches Panoptikum."

Das wagt das Organ einer freigewerkschaftlichen Organisation ihren Mitgliedern zu bieten! Es ist aber nicht verwunderlich, denn die Bureaukraten des Deutschen Verkehrsbundes haben sich jederzeit darin ausgezeichnet, daß sie auf Seite der imperialistischen Kriegstreiber standen. 1915 während des Völkermordens schrieb der „Kurier", der Vorgänger des „Deutschen Verkehrsbundes", als deutsche Truppen in Antwerpen einrückten:

„Hoffentlich weht jetzt die schwarzweißrote Fahne für ewig über dieser Stadt."

Nichts wurde von von diesen Leuten unternommen, um den englischen Bergarbeitern durch einen Verkehrsstreik internationale proletarische Solidarität zu beweisen. **Sie sorgten dafür, daß möglichst viel Streikbrecherkohle nach England gehen konnte. Ebenso schweigen sie zu den Munitionstransporten, die für die chinesische Konterrevolution unaufhörlich vor sich gehen.**

Die übrigen Gewerkschaftszeitungen wagen es nicht, in so offener und zynischer Weise die der „Deutsche Verkehrsbund" zu dem Vorgehen der englischen Kriegstreiber Stellung zu nehmen. **Sie lehnen es aber auch ab, dem Willen der Millionen Arbeiter Rechnung zu tragen, die das Eingreifen der Gewerkschaften gegen die imperialistischen Kriegspläne, die zum Kampfe gegen die Sowjetunion rüsten, Rechnung zu tragen.** Nicht nur die Mitglieder des Verkehrsbundes haben deshalb die Stellungnahme ihres Verbandsorganes auf das schärfste zurückzuweisen, **sondern die Mitglieder aller Gewerkschaften müssen es jetzt als ihre erste Pflicht betrachten, in allen Versammlungen auf das Vorgehen der englischen Kriegstreiber hinzuweisen und die gesamte Arbeiterschaft zur Abwehr aufzurufen. In allen Versammlungen gilt es zu fordern, daß die Gewerkschaften Abwehrmaßnahmen gegen neue kriegerische Verwicklungen ergreifen, ehe es erneut zu spät ist wie 1914. Die erbärmliche Stellungnahme des Verkehrsbundes muß dazu dienen, die Arbeitermassen aufzurütteln.**

Achtung, Mansfeld-Arbeiter!

In der Wirtschaftsbeilage des „Klassenkampf" am Donnerstag wird ausführlich Stellung genommen zu der Eingabe der Mansfeld A.-G. an das Reichsarbeitsministerium.

Sorgt für weiteste Verbreitung des „Klassenkampf"!

Eine Konferenz der mitteldeutschen Schuharbeiterinnen

Am Sonntag fand in Halle eine vom Zentralverband der Schuhmacher einberufene Konferenz der weiblichen Mitglieder statt, die ein typisches Bild gab, wie sehr heute noch immer die Frauenarbeit von den weiblichen Mitgliedern der Organisationen selbst wie von den Verbandsfunktionären unterschätzt wird. Sonst hätte auf der hallischen Konferenz nicht die Hälfte der Ortsgruppen fehlen können.

Nach Eröffnung durch den Bezirksleiter Illmer und Begrüßung durch einen hallischen Angestellten referierte Kollege Willi Hutte über **„Die Frau im Arbeitsrecht",** wozu er schriftliche Thesen vorlegte. Obwohl er darin selber sagt, daß **„die soziale Gesetzgebung immer nur der Ausdruck der wirtschaftlichen und sozialen Machtverhältnisse ist,** ist eine ernstliche Kampfesorganisierung im Interesse der werktätigen Frauen sowie der gesamten Arbeiterschaft in den Thesen und auf der Konferenz nicht zu spüren gewesen. Der Grundton blieb die illusionäre Auffassung, als ob die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen auf parlamentarischem Wege grundlegend verändert werden könnte. So gilt es auf dieser Grundlage auch wenig, wenn auf dem Papier manche recht radikal erscheinende Forderung aufgestellt ist, wie z. B. einer **Arbeitszeit für Jugendliche und Frauen von höchstens sieben Stunden täglich, bei einer Stunde Ruhepause.** — Wenn der Zentralverband der Schuhmacher im Frühjahr nur erst einmal ernstlich gekämpft hätte, um die Ueberstunden-Paragraphen zu beseitigen und den Achtstundentag in der Praxis durchzuführen!

Die **Lohnfrage,** die bei der prinzipiellen Zurückstellung der Frauen hinter die Männer ausschlaggebend ist für die männliche wie weibliche Arbeiterschaft sowie die **Akkorddrückerei** gerade der Arbeiterinnen sind so gut wie gar nicht behandelt worden.

In den Fragen des **Arbeiterinnen- und Mutterschutzes** wurden die Richtlinien des Textilarbeiterverbandes übernommen und das zurzeit zur Verhandlung stehende Schandgesetz **betr. Beschäftigung von Frauen vor und nach der Niederkunft** (siehe „Klassenkampf" vom 18. Mai) lediglich als nicht weitgehend genug kritisiert, nicht aber die Arbeiterschaft zum Protest und Kampf gegen diese unerhörten Provokationen aufgerufen. Die Tatsache, daß die Unternehmer schwangere Arbeiterinnen mit einer anderen Begründung als der Schwangerschaft jederzeit kündigen können, blieb unbeachtet!

Eine Kollegin stellte die Anfrage, wie die von der Verbandsführung überhaupt nicht erwähnte **Internationale Arbeiterinnenkonferenz in Paris** beschickt werde, und erhielt die Antwort, daß u. a. — der Zentralvorstand der Schuhmacher **eine Kollegin aus Kornwestheim bestimmt** hätte. — Das ist das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder!

Zu dem Programm der hallischen Konferenz, die ein Versuch war, die Arbeiterinnen stärker an die Gewerkschaften heranzuziehen und zu schulen, muß in allen Zahlstellen des Verbandes von männlichen und weiblichen Mitgliedern Stellung genommen werden. Es liegt vor allem mit an den Arbeiterinnen selbst, daß sie ihre Interessen ganz anders wahrnehmen als bisher.

Gleicher Lohn für gleiche Leistung!

Arbeiter, Arbeiterinnen und Hausfrauen haben das gleiche Interesse am Kampfe der Gewerkschaften für diese Losung. Sie alle werden von der Lohndrückung durch die Schlechterbezahlung der Frauenarbeit in Mitleidenschaft gezogen!

Frauenarbeit in der tschechoslowakischen Glasindustrie

Chodau heißt das Städtchen, an der Strecke Karlsbad—Franzensbad gelegen, dem die vorherrschende Porzellan- und Flaschenindustrie das Gepräge gibt. Frauen verrichten in diesen Fabriken schwerste Männerarbeit, Frauen, für die sich noch kein Dichter fand, das Lob so hatter, ach, so unpoetischer Tätigkeit zu singen.

Auf einem Karren führen die Arbeiterinnen der Flaschenfabrik zirka 100 Flaschen im Gewichte von 400 Kilo ungefähr 800 Schritte weit und bekommen dafür pro Karren 3 Kronen (tschechische Krone ist gleich 12½ Pf.). Ihr Wocheneinkommen stellt sich dabei auf 60 bis 70 Kronen. Selbst bei den Oefen werden zur Hinein- und Herausbeförderung der Flaschen Frauen verwendet. Die Hitze ist dort so groß, daß die Arbeiterinnen im Sommer nur mit Hemd und Unterrock bekleidet diese Arbeit verrichten können. Ohrgehänge müssen entfernt und die Hände durch Handschuhe vor der schrecklichen Hitze geschützt werden, obwohl die dem Ofen entnommenen Flaschen bereits „überkühlt" sind. Der Lohn für diese Arbeit: 100 Kronen wöchentlich. Das Ungeheuerlichste dabei:

auch schwangere Frauen werden bei den Oefen beschäftigt, und die Fälle sind nicht selten, wo eine solche Frau bis zu vierzehn Tagen vor der Entbindung in dieser schrecklichen Atmosphäre zubringt.

Beschwerden der Schwangerschaft darf es bei ihnen nicht geben. Sie müssen schinden, müssen verdienen. Es gibt keine Schonung für diese werdenden Mütter, keine Schonung für das zu erwartende Kind.

Noch eine Arbeitskategorie aus der Flaschenfabrik sei hier erwähnt. Zum Mengen der zur Flaschenglaserzeugung notwendigen Chemikalien, wie Salpeter, Salz, Soda usw., werden ebenfalls Frauen verwendet. Im Sommer entsteigen diesen Chemikalien entsetzliche Dünste von verheerender Wirkung, aber — das Gesetz, mit welchem die Heranziehung von Frauen zu solcher Arbeit verboten wird, besteht de facto nicht mehr.

Wie überall, werden auch hier immer mehr Arbeiter durch Arbeiterinnen ersetzt und dort, wo Mann und Frau gleiche Arbeit leisten, wird die Frau geringer entlohnt. Zwei krasse Beispiele aus der Chodauer Porzellanindustrie: Bei der Bechererzeugung erhält die Dienerin für 100 Becher 2,40 Kronen, der Dreher bekommt für 100 Stück der gleichen Gattung 4 Kronen. Bei schweren Stücken, wie: Salatschüsseln, Waschschüsseln usw., wird die Dreherin mit den zarteren Gelenken, den schwächeren Muskeln für 100 Stück mit 68 Kronen, der Dreher für dieselbe Arbeit mit 104 Kronen entlohnt.

Der Spießer mit seinem rosenverwebenden Frauenideal schreit: „Die Frauen können ja zu Hause bleiben, niemand zwingt sie, in die Fabrik zu laufen!" O, gewiß sind diese Arbeiterinnen freie Menschen und gehen „freiwillig" in die Betriebe. Wenn sie aber von der Freiheit, sich bis zum letzten Blutstropfen ausbeuten zu lassen, nicht Gebrauch machen, dann bleibt ihnen nurmehr die Freiheit: zu verhungern. Ketten tragen sie wohl nicht an den Händen und Füßen, wie die Sklaven der Galeere.

Aber ungeheure Not zwingt sie an den Glühöfen, in die Höllendienste der Menghütte . . .

Noch tanzt und spielt die vornehme Welt auf den erloschenen Vulkanen des Erzgebirges. Der unheimliche Schatten des schwangeren Weibes vor dem rotglühenden Ofen, der gebeugte Rücken der karrenschiebenden Arbeiterin stört sie nicht bei Vergnügungen und Laster. Einmal aber wird der Vulkan ausbrechen, auf dem die Frevelnden tanzen.

Anna J., Prag.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270628-12/fragment/page=0005

Stadt Halle

Achmed Hassan Mattar und der Freiheitskampf der Riffkabylen

Bruchstücke aus einem Interview der „Klassenkampf"-Redaktion

Ein großer Teil der sozialdemokratischen Presse, darunter auch das hiesige „Volksblatt", haben in bezug auf den Riffkabylen Achmed Hassan Mattar behauptet, daß es sich bei diesem um einen „schlesischen Doktor" handele, der nie das Land der Riffkabylen zu sehen bekommen hat. Wenn auch diese bewußten Falschmeldungen inzwischen als pure sozialdemokratische Lügengewebe zerrissen sind, halten wir es dennoch für notwendig, unsere Leserschaft mit dem Riffkabylen, der am Donnerstag im großen „Volkspark"-Saal sprechen wird, näher bekannt zu machen.

Achmed Hassan Mattar ist erst seit wenigen Monaten in Deutschland. Er kam als Redakteur einer arabischen Zeitung nach Brüssel zum Kongreß der Liga gegen koloniale Unterdrückung. Diese Konferenz, auf der 173 Delegierte der verschiedenen unterdrückten Völker anwesend waren, war eine Antwort auf die Kriegstreibereien und die koloniale Unterdrückung der Völkerbundsmächte. Auch der chinesische General Li war anwesend und erklärte, daß es die Aufgabe der Konferenz sei, gegen die Militarisierung und den Imperialismus zu kämpfen. Li kam direkt von der chinesischen Front und ist auch gleich wieder nach dorthin abgereist. Achmed Hassan Mattar erklärte:

„Unser Krieg im Rifland ist nicht nur gegen den spanischen und französischen Imperialismus gerichtet, sondern gegen alle imperialistischen Mächte und vor allen Dingen gegen die nationale Bourgeoisie."

*

Sein Besuch auf der Redaktion des „Plauener Volksblatt"

„Der Sozialdemokrat Seydewitz machte aus dem Interview einen Leitartikel. Der Riffkabyle erklärte hier, daß er für **die IAH., als den besten Helfer der unterdrückten Völker** der ganzen Welt, in Deutschland in Versammlungen gesprochen habe und daß er **die KPD. als den besten Freund der unterdrückten Völker ehrte.** Der „linke" Sozialdemokrat hat natürlich einen vollständig entstellten Artikel zusammengeschustert, der immerhin eine Blamage der vorherigen SPD.-Schwindeleien über den „Doktor aus Breslau" gewesen ist.

*

Die Spanier und Franzosen machen den Krieg mit uns „im Namen der Zivilisation und Religion". In Wirklichkeit betreiben sie aber statt Zivilisation Unterdrückung. Die Riffkabylen haben sehr wenige Schulen, und diese befinden sich fast ausschließlich im Besitz der Missionare. Diese lehren den Rifleuten, was Religion ist, geben ihnen Bibeln oder Korane und sogar europäische Kleidung und nehmen uns dafür die Freiheit. **Aber die Riffkabylen wollen keine Bibeln, sondern Freiheit und Frieden.**

*

Vor dem Einfallen der Imperialisten in das Rifland betrieben die Eingeborenen in der Hauptsache Agrarwirtschaft, wobei auch viel Metall, Eisen und Kohle gefunden wurde. Es gibt etwas Silber, viel Eisen, Kohle, etwas Petroleum und etwas Kupfer. Das Ziel der Imperialisten war die Besitzergreifung dieser Bodenschätze. Ihre Hauptbesitzer sind die Spanier und Franzosen.

Unser Führer heißt Abdel Krim. Er hat Mathematik studiert. Besondere militärische Befähigung besaß er früher nicht. Er hatte aber einen guten Freund, namens Sylvestry, der Redakteur an einer arabischen Zeitung, „El Telegramme de Rif", war. Er ging später in die spanische Armee als General und überredete Ab del Krim gleichfalls einzutreten, was er auch schließlich tat. Ab del Krim wurde unter der Leitung seines Freundes Leutnant. Da sah er, wie ein spanischer Soldat einen Riffkabylen schlug, das veranlaßte ihn, nunmehr den Kampf für die Freiheit der Riffkabylen gegen die Spanier aufzunehmen. Er wurde ins Gefängnis geworfen, konnte sich aber durch die Flucht retten. Er kam 1919 ins Zentrum der Riffkabylen. Dort sammelte er alle Stämme zum Aufstand. Anfangs hatte er nur 50 bewaffnete Riffkabylen auf seiner Seite, doch schnell stieg seine Schar auf 3000 Mann. An Munition und Waffen besaßen sie so gut wie gar nichts, sondern nur das, was sie von den Franzosen und Spaniern erbeutet hatten. Den Aufstand finanzierten sie, indem sie die gefangenen Spanier gegen Bezahlung wieder auslieferten, und zwar wurden für einen gewöhnlichen Soldaten 5000 Spanische Francs, für einen Leutnant 10 000 Francs usw. gefordert. Der General Sylvestry geriet auch einmal in die Hände Ab del Krims als Gefangener, den er an Spanien für 4 Millionen spanische Francs wieder auslieferte. Später wurde Sylvestry jedoch verwundet. Ab del Krim nahm ihn in sein Haus auf, in dem er auch verstarb. Ab del Krim schrieb an die Mutter und Schwester Sylvestry, daß sie den Leichnam abholen können. Trotz diesem Edelmut schrieb man tagtäglich von den Rohheiten und Greueltaten der Riffkabylen. — Unter den spanischen Soldaten macht sich jetzt eine immer größere Abneigung bemerkbar, nach dem Rif zu gehen.

*

Der Riffkabyle war auch zum Roten Tag in Berlin und gab seiner Freude über die Solidarität der Arbeiterschaft Ausdruck.

Ueber die IAH. sagt er folgendes aus: Sie will die internationale Solidarität und die Friedensarbeit fördern. Sie ist der beste Freund aller unterdrückten Völker. Demgegenüber besteht die „Kulturarbeit" der Imperialisten in: Attentaten, Erschießungen, Mord und Terror in China, Syrien usw.

Von Rußland sagt er: **Rußland ist der beste Freund aller Arbeiter, weil es die Revolution gemacht hat. Durch seine Hilfe in China hat es gezeigt, daß es ein guter Freund der Kolonialvölker ist.**

*

Am kommenden Donnerstag

abends 8 Uhr, spricht der Riffkabyle im großen Saal des „Volkspark" anläßlich einer von der IAH. veranstalteten

Anti-Kolonialkundgebung.

Kein Genosse, kein hallischer Arbeiter darf es versäumen, diese Kundgebung zu besuchen.

Disziplinarsachen sind Eilsachen

Aus mehreren Schreiben des Vorsitzenden des Disziplinarhofes, so führt der preußische Minister des Innern, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, in einem Erlaß an die Behörden der allgemeinen und der inneren Verwaltung aus, ergibt sich, daß die Disziplinarverfahren noch immer nicht überall mit dem notwendigen Eifer betrieben werden. Der Minister weist daher erneut darauf hin, daß Disziplinarsachen unter allen Umständen als besonders dringliche Eilsachen zu behandeln sind. Die Führung der Voruntersuchung, die Anfertigung der Anschuldigungsschrift, die Durcharbeitung der Akten vor der Hauptverhandlung, die Absetzung der Entscheidung und die Einreichung der Akten an die Berufungsinstanz sind mit aller nur erdenkbaren Beschleunigung durchzuführen. Dies erscheint im Hinblick darauf notwendig, daß die dem Disziplinarverfahren zugrunde liegenden Verfehlungen nicht selten ein beträchtliches Aufsehen in der Oeffentlichkeit hervorrufen, es liegt aber auch im Interesse des Beamten, dessen Schicksal als Beamter vom Ausgang des Verfahrens abhängt und deshalb bringlichster Klärung bedarf. — Im übrigen ist, da sich herausgestellt hat, daß die bei Einreichung der Akten an den Disziplinarhof beigefügte gedrängte Darstellung des Sachverhalts für die Zwecke des Disziplinarhofes nicht ausreicht und nur die Einsendung der Akten zum Teil unliebsam verzögert, in Zukunft von der Beifügung dieser gedrängten Sachdarstellung abzusehen.

*

Man muß sagen: Selbst ein Minister scheint auch manchmal zu erkennen, wann es in den verschiedenen Verwaltungen und Instanzen der deutschen Republik mangelt. Die Folge einer solchen Erkenntnis ist dann immer eine fein säuberlich abgefaßte Verfügung, um die sich allerdings kein Mensch kümmert. Wie „eilig" solche Disziplinarverfahren behandelt werden, zeigt sich an dem Disziplinar-Strafverfahren gegen den wiedergewählten Bürgermeister Seydel unseres Städtchens. Die Wiederwahl dieses Mannes zeigt aber auch deutlich, daß nicht immer „das Schicksal als Beamter" von der Klärung durch die betreffende Disziplinarbehörde abhängt. Die reaktionären Bürgerblöcker pfeifen auf eine solche Entscheidung. Sie wählen ihren Bürgermeister und fragen nicht, ob er schuldig oder unschuldig ist. Die Hauptsache: er paßt sich ihrer Politik an. Das stinkt zwar bedenklich nach Korruption, aber was macht es. — „Nach uns die Sintflut!"

Offene Anfrage an Herrn Bürgermeister Seydel

Daß nicht der ehemalige Stadtbankdirektor Berger, sondern dessen direkter Vorgesetzter und Gönner, der jetzt vom Bürgerblock auf 12 Jahre wiedergewählte Bürgermeister Seydel, der Hauptschuldige an dem 7-Millionen-Verlust der Stadtbank ist, läßt neben anderen von uns bereits angeführten Tatsachen auch eine offene Anfrage erkennen, die uns zur Veröffentlichung übermittelt wurde.

Wir fordern im Interesse der breiten Oeffentlichkeit, die über den Stadtbankskandal und alle seine Nebenerscheinungen Aufklärung verlangen kann, daß sich der wiedergewählte Herr Bürgermeister zu der Offenen Anfrage äußert. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Nachdem sich herausgestellt hat, daß unsere Stadtväter sowohl wie auch der Staatsanwalt blind, taub und unfähig sind, Unregelmäßigkeiten aufzudecken, wenn es sich um das fünfblättrige Kleeblatt handelt, welches unsere Stadt regiert, so fragen wir Herrn Bürgermeister Seydel hiermit öffentlich, wieviel Flaschen Wein, Hasen und Delikatessen er weit unter Preis von der Firma Pottel & Broskowski dafür erhalten hat, daß das um RM. 30 000 überzogene, der Firma bei der Stadtbank geführte Konto nicht abgedeckt wurde, obgleich der „Eizredakteur", Herr Stadtbankdirektor Berger, verlangt hatte, daß diese Summe sofort zurückzuzahlen sei, da der Firma nur RM. 50 000 zugebilligt waren.

Jede Flasche wurde nur mit RM. 1,— berechnet,

obgleich deren Wert ein vielfaches betrug.

Sollte Herr Seydel keine Antwort geben, so werden wir mit Vergnügen noch etwas nachhelfen.

Mehrere Hallenser."

Warnung vor einem Schwindler!

Seit längerer Zeit macht sich eine Reihe von Schwindelfirmen die Notlage kinderreicher Arbeiterfamilien zunutze, um für teures Geld wertlose Apparate zu Scheiden- und Gebärmutterspülungen an den Mann zu bringen. Sie läßt sich für Klyso- und Schlauchapparate, die bei den einschlägigen hallischen Firmen für wenige Mark zu haben sind, 15 Mark bezahlen. Sie verschweigt dabei, daß die fraglichen Apparate für den beabsichtigten Zweck völlig wertlos sind. Die Uebervorteilungen der Versandfirmen veranlassen selbstverständlich auch die Untervertreter zu strafbaren Betrügereien. So hat ein Vertreter namens Schlenker, der als Mann von etwa 25 bis 30 Jahren von sehr gewandtem Auftreten geschildert wird, in einer Reihe von Haushalten die Frauen zum Bezuge eines Klysoapparates zum Preise von 15 Mark beschwätzt. Er hat sich dann anscheinend am Ort für billiges Geld einen ähnlichen Apparat besorgt und diesen dann zu den Frauen gebracht, dabei auch die 15 Mark kassiert. Jetzt kommt die Lieferfirma aus Berlin-Spandau und liefert den gleichen Apparat noch einmal, fordert auch von neuem die 15 Mark, so daß die Leute doppelt geschädigt sind. Es muß daher dringend davor gewarnt werden, Spülapparate pp. überhaupt von unbekannten Reisenden zu kaufen bzw. dort zu bestellen. Es gibt am Ort genug Fachgeschäfte, bei denen diese Apparate preiswert und gegen vernünftige Beratung zu kaufen sind.

Vor allem ist den Männern anzuraten, ihre Frauen vor diesen Bestellungen zu warnen, da nämlich der Ehemann für die fragliche Bestellung mit seinem Einkommen haftet.

Opfer der Abtreibungsparagraphen

Gestern vormittag begann unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Callmann eine Schwurgerichtsperiode. Verhandelt wurde gegen den bei der hiesigen Zuckerraffinerie seit langen Jahren beschäftigten, bereits bejahrten Werkmeister Paul Rudloff, dem **Verbrechen gegen den Paragraphen 218 des StrGB. in Tateinheit mit fahrlässiger Tötung** zur Last gelegt wurde.

Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt wurde, soll die Schuld des Angeklagten ergeben haben und endete mit einer Verurteilung des Angeklagten zu einer **Gefängnisstrafe von einem Jahr.** Aus der Urteilsbegründung ist zu entnehmen, daß R. bei einem jungen Mädchen im vorigen Jahr einen Eingriff vorgenommen hat. Das betr. junge Mädchen hat R. zu diesem Zweck in dessen Wohnung aufgesucht, es mußte sich gleich danach in ein hiesiges Krankenhaus begeben, da sich Komplikationen einstellten. Hier wurde festgestellt, daß bei dem Eingriff innere Organe verletzt waren, die den Tod des Mädchens zur Folge hatten. Der Angeklagte soll derartige Eingriffe mehrfach vorgenommen und sich dadurch einige Sachkenntnis erworben haben. Daß der Angeklagte für den fraglichen Fall Bezahlung entgegengenommen hat, hielt das Gericht nicht für erwiesen. Es billigte ihm aus diesem Grunde „mildernde Umstände" zu und verurteilte ihn zu obiger Strafe, von der 6 Monate und 3 Wochen der erlittenen Untersuchungshaft in Anrechnung kommen. Ein Haftentlassungsantrag des Verteidigers, Dr. Fackenheim, wurde wegen — „Fluchtverdachts" abgelehnt.

Es zeigt sich wieder einmal, daß sich die besitzende und herrschende Klasse Rechte anmaßt, die ihr nicht zugesprochen werden können, da sie keine Verpflichtung kennt, für die Folgen ihres mittelalterlichen Gebärzwanges aufzukommen. Nicht nur die Verstorbene, sondern auch der Verurteilte ist als ein Opfer dieses Schandparagraphen zu betrachten. Es ist ein offenes Geheimnis, daß „feine Damen" immer einen Arzt finden, der sie gegen entsprechende Bezahlung, die allerdings ein Mädchen aus der wertätigen Bevölkerung nicht aufbringen kann, über die Folgen eines Geschlechtsaktes hinweghilft, ohne damit die Gesundung oder gar das Leben einer solchen „Dame" zu gefährden. Proletarierinnen, die nicht aus Bequemlichkeit, sondern aus einem Verantwortungsgefühl heraus, die Geburt eines Kindes verhindern wollen, werden in die Hände der Laien getrieben, die dann leicht solche bedauerlichen Folgen verursachen.

Fort mit den Schandparagraphen 218 und 219!

Der Mörder seiner Braut am Tatort

Wie wir erfahren, fand am Tatort bei Landsberg, wo bekanntlich der Bäckergeselle Bruno Bär aus Gräfenhainichen seine hochschwangere Braut vor einen Zug stieß, so daß sie von diesem getötet wurde, ein Lokaltermin statt.

Bär soll bei dieser Gelegenheit am Tatort gesagt haben, daß sich seine Braut selbst vor den Zug geworfen habe. Wie weit dies den Tatsachen entspricht wird die weitere Untersuchung ergeben müssen. Es scheinen allerdings Zweifel über die Glaubwürdigkeit Bärs zu bestehen. Der Vater der Getöteten geriet während des Termins in starke und begreifliche Erregung, versuchte sich auf den Täter zu stürzen, schrie ihn als Mordbuben an und war kaum zu halten. Der Täter wurde nach Halle in das Gerichtsgefängnis zurückgeführt.

Halle, die Stadt religiöser Verkauftheit

Wie wir hören, hat das städtische Verkehrsamt erreicht (!), daß unsere Stadt in das Besuchsprogramm einer größeren amerikanischen Lutheraner-Gesellschaft aufgenommen wurde. Der Besuch gilt der in der Marktkirche aufbewahrten Original-Totenmaske des Reformators und ist für den 15. August in Aussicht genommen.

Werktätige helft bei der Durchführung der Kinderhilfe der IAH.

Die am Sonntag, dem 19. Juni, stattgefundene Landeskonferenz nahm einstimmig untenstehende Entschließung an.

Die IAH. Halle beabsichtigt, ein- und mehrtägige Kinderwanderungen durchzuführen, ferner 150 Kinder während der Ferien zu Familien auf das Land zu schicken. Diese Arbeit kann nur durch Opferwilligkeit der Arbeiter in den Betrieben durchgeführt werden.

An die Funktionäre der Betriebe und Delegierte der Baustellen wird daher die Aufforderung gerichtet, Sammellisten vom Bureau der IAH., Große Steinstraße 16, anzufordern.

Entschließung:

Die von den Unternehmern durchgeführte Rationalisierung und damit verbundene ungeheure Steigerung der Arbeitsleistung und Produktion hat weder zur Wiedereinführung des Achtstundentages, noch zur Erhöhung der Löhne geführt. Die Folge ist, eine weitere Verschärfung des sozialen Elends breiter werktätiger Schichten. Hunderttausende von Arbeitern sind seit Jahren erwerbslos, ohne Hoffnung, in die Betriebe wieder zu kommen. Die Folgen sind Krankheiten und Unterernährung, unter denen am stärksten die Kinder zu leiden haben. Die Widerstandsfähigkeit der Arbeiterschaft kann nur erhalten und gefördert werden, wenn die Arbeiter in den Betrieben ihren erwerbslosen Brüdern Solidarität der Tat entgegenbringen.

Die Kinderhilfe der IAH. soll diese Arbeit erfüllen. Die Verschickung von Kindern Erwerbsloser zu Arbeiterfamilien in anderen Orten, die Durchführung von Kinderwanderungen sind geeignet, eine enge Verbindung zwischen den Erwerbslosen und den Arbeitern in den Betrieben herzustellen.

Die Landeskonferenz vom Sonntag, dem 19. Juni 1927, verpflichtet alle Ortsgruppen, in diesem Sinne sich praktisch an der Kinderhilfe der IAH. zu beteiligen. Die Delegierten appellieren an die gesamte werktätige Bevölkerung, diese Arbeit durch Bereitstellung von Pflegestellen, Unterstützung der Sammlungen und durch die Erwerbung der Mitgliedschaft der IAH. tatkräftig zu fördern.

Zank und Streit, wo Herrschsucht regiert

Die Klage von seiten der Mieterschaft über Schikanen und Stänkereien der verschiedenen Hausbesitzer nehmen kein Ende. Uns gehen täglich viele solcher Klagen zu, so daß es technisch gar nicht möglich ist, alle diese Schilderungen zum Abdruck zu bringen.

So werden jetzt wieder Beschwerden über den Hauswirt Kleine Ulrichstraße 14 geführt. Es soll danach kaum ein Tag vergehen, an dem hier nicht im oder vor dem Hause durch die Streitsucht des Hausbesitzers Zänkereien und sogar Schlägereien vorkommen. Wie uns versichert wird, ist der Ursprung solcher Auftritte darin zu suchen, daß der Hausbesitzer ohne Alkohol scheinbar nicht leben kann und in diesem „seligen" Zustande dann immer dazu neigt, seinen wahren Charakter zu offenbaren. Hier wäre es allerdings der Arbeiterschaft nicht schwer, auf dem Wege der **Selbsthilfe** Wandel zu schaffen. Der fragliche Hausbesitzer ist Inhaber eines Speiseeisgeschäftes. Wenn nun die dort wohnende und vorbeigehende Arbeiterschaft dafür sorgt, daß die Einnahmen dieses Geschäftsmannes ein wenig reduziert würden, so daß ihm nicht mehr die Möglichkeit gegeben wird, seine vereinnahmten Gelder in Alkohol umzusetzen, wäre es immerhin nicht ausgeschlossen, daß auch dieser Hausbesitzer endlich begreift, daß er von der Arbeiterschaft abhängig ist. **Solidarität aller dort wohnenden Arbeiter** ist für die sichere Wirkung natürlich Voraussetzung. Laßt doch dem Mann sein Eis. Er braucht es vielleicht selbst sehr nötig zur Abkühlung seines erhitzten Gemütes.

Der fliegende Affe

Gestern kam in Halle ein Affe mit dem Flugzeug vom Nordseebad Wangeroog an. Dieser kleine Flugpassagier wurde von Frau GeheimratRündler dem hiesigen Zoologischen Garten zum Geschenk gemacht. Es ist ein kleiner südamerikanischer Affe, der seine vorläufige Unterkunft im Elefantenhaus gefunden hat und später als willkommener Gast in das neue, bereits im Bau befindliche Haus einziehen wird.

Hallische Tageschronik

Unfälle durch Kraftwagen. Gestern Mittag kam beim Einbiegen von der Tor- in die Glauchauer Straße ein Radfahrer zu Fall und wurde hierbei von einem Lastkraftwagen angefahren. Der Radfahrer kam ohne Verletzungen davon. Das Fahrrad wurde stark beschädigt. — Gegen 3.45 Uhr nachmittags wurde in der Delitzscher-Straße ein Mann von einem Lastkraftwagen angefahren und zu Boden geworfen. Der Angefahrene klagte über Schmerzen im linken Arm und linken Bein. — In der Magdeburger Straße wurde ein Personenkraftwagen von einem anderen von hinten angefahren und leicht beschädigt. Personen kamen nicht zu Schaden.

Hilferufe. Gestern abend gegen 10.15 Uhr wurden von einem Bewohner der Giebichensteiner Straße aus der Saale kommende Hilferufe einer weiblichen Person wahrgenommen. Auch herbeieilende Polizeibeamte hörten die Hilferufe noch. Das sofortige Absuchen der Saale mit einem Boot war jedoch ohne Erfolg.

Eine billige Anerkennung. Das preußische Staatsministerium hat den kaufmännischen Angestellten Kurt Peinze in Halle, in Anerkennung der von ihm am 2. September 1926 im Bade bei Seeburg ausgeführten Rettung eines jungen Mannes vom Tode des Ertrinkens, die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Feriensonderzüge nach der hinterpommerschen Küste. Die Feriensonderzüge F. O. 57 von Leipzig und Halle nach Kolberg am 8., und von Leipzig am 16. Juli werden bis Köslin durchgeführt, und zwar: F. O. 57 am 9. Juli: Kolberg ab 19.50, Henkenhagen an 20.12, Timmenhagen an 20.27, Hohenfelde a 20.37, Alt-Bansin an 20.50, Güldenhagen an 21.04, Köslin an 21.21. — F. O. 57 am 16. Juli: Kolberg ab 19.39, Henkenhagen an 20.01, Timmenhagen an 20.16, Alt-Bansin an 20.38, Güldenhagen an 20.52, Köslin an 21.09 Uhr.

Achtung, kommunistische Metallarbeiter! Morgen, Mittwoch, abend 8 Uhr im Lokal „Goldene Kette" wichtige Fraktionssitzung. Kein Genosse darf fehlen.

Halle, Stadtteil Süden. Donnerstag, den 30. Juni, abends 8 Uhr, findet in „Loests Hof", Merseburger Straße, eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Stadtteils statt. Thema: Teuerung — Kriegsgefahr — Faschismus Referent: Genosse Grade.

Theater und Konzerte

Stadttheater. In der heutigen Vorstellung der „Götterdämmerung" verabschiedet sich Alfred Schülz in der Partie des Hagen. Den Siegfried singt Anton Wißmann vom Stadttheater Erfurt a. G. Mittwoch „Der Biberpelz"; Donnerstag „Falstaff".

Das Mitteldeutsche Landestheater in Halle (Direktion: Hermann Lange) verpflichtete für die kommende Spielzeit an neuen Mitgliedern: Erica Boelter (Stadttheater Elbing), Elsa Hennies (Schauspielhaus Bremen), Alexander Marien (Deutsches Theater, Lodz), Franz Nicklisch (Staatl. Schauspielschule, Berlin), Georg Rothkegel (Rose-Theater, Berlin), Margarete Trapp (Landestheater, Karlsruhe), Werner Landry (Badische Bühne). Vom bisherigen Ensemble wurden wiederverpflichtet: Dr. Hans Altmann, Erich Anselemi, Kurt Kugel, Hilde Peine, Ruth Schumann, Elly Schwarz, Heinrich Spennrath, Erich Thorwelt, Curt Zilliger.

Walhalla-Theater. Die Abschiedsvorstellung der erfolgreichen Operette „Die lustige Witwe" von Franz Lehar findet unwiderruflich Donnerstag, 30. Juni, statt.

Große Anti-Kolonialkundgebung

unter Mitwirkung des hallischen Arbeiter-Sängerchors.

Der Riffkabyle Achmed Hassan Mattar spricht am Donnerstag, dem 30. Juni, 8 Uhr abends, im „Volkspark".

Liga gegen koloniale Unterdrückung. IAH., (Ortsgruppe Halle.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270628-12/fragment/page=0006

Der sozialistische Aufbau der Sowjetunion

10 Jahre Landwirtschaft

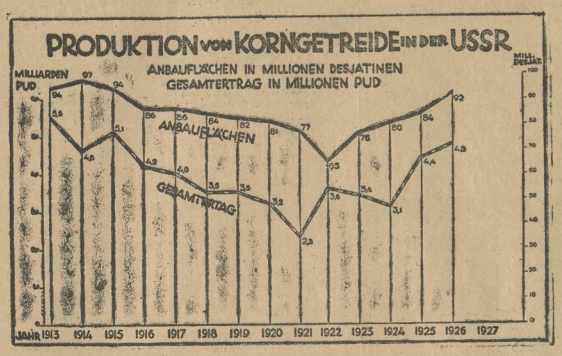
Es sind uns allen noch die Jahre des Bürgerkrieges in Erinnerung, als die antibolschewistische Liga gegen die Sowjetregierung hetzte und ihre größten Triumphe damit ausspielte, daß die Anbaufläche in Rußland, einem typischen Agrarland, nach der Revolution immer mehr zurückging. Als infolge einer Naturkatastrophe die Hungersnot einsetzte, da triumphierten die Feinde der Arbeiterklasse. Jene Zeiten sind längst dahin. Die Sowjetunion exportiert jetzt Getreide ins Ausland, die Anbaufläche hat diejenige der Vorkriegszeit bereits erreicht.

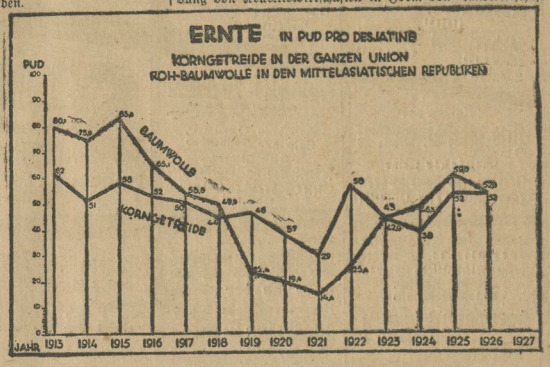
Der gesamte Ertrag von Korngetreide in der USSR. überschreitet die Zahl von 5 Milliarden Pud (1 Pud = 16 Kilo).

Der Rückgang in der Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten, über den die Weißgardisten und Menschewisten jeder Art wiederholt frohlockt haben, hat seine Ursache in der veränderten Lebenslage der Bauernschaft. Der „Muschik", der von den drückenden Lasten und Abgaben freigeworden ist, ißt nicht mehr Brot mit Häcksel, wie unter dem Zaren, sondern konsumiert selbst viel Getreide und füttert sein Vieh gut. Wenn die Gesamternte momentan das Vorkriegsniveau bereits erreicht hat, so bleibt die Warenmenge der landwirtschaftlichen Produkte infolge des gesteigerten Konsums hinter der Vorkriegszeit zurück.

besonders kennzeichnend ist die Entwicklung des Baumwollanbaus, der 1923 bereits um das Dreifache das Vorjahr übertraf. Die Politik der Sowjetregierung geht dahin, durch eine richtige Preispolitik und eine Regulierung der Marktverhältnisse im Rahmen der staatlichen Planwirtschaft eine weitere Entfaltung dieser Kulturen zu sichern. Dadurch allein würde die Industrie der Sowjetunion eine sichere Basis für die Beschaffung der Rohstoffe erhalten und vom ausländischen Import möglichst unabhängig werden.

ein. Im Jahre 1921 bestanden bereits etwa 16 000 Kollektivwirtschaften in der Landwirtschaft. Nach der Einführung der NEP. sehen wir einen Rückgang der Kollektivwirtschaften in der NSFSR. (Europäisches Rußland ohne die Ukraine). Das hat seine Ursache darin, daß viele der Kollektivwirtschaften, die in der Zeit des Kriegskommunismus gebildet waren, keine genügende Wirtschaftsbasis hatten. Erst nach der Einführung der NEP. beginnt eine planmäßige und stets zunehmende Bildung von Kollektivwirtschaften in Form von landwirtschaftlichen Kommunen, sogenannten landwirtschaftlichen Artells und landwirtschaftlichen Genossenschaften. Wenn der Prozentsatz der Bauernmasse, die von den Kollektivwirtschaften erfaßt ist, noch an und für sich verhältnismäßig klein ist, so spielen diese Kollektivwirtschaften eine bedeutende Rolle durch die Arbeitsmethoden und die kulturellen Fortschritte, die für die privaten Bauernwirtschaften vorbildlich wirken.





Kollektivisierung der Landwirtschaft

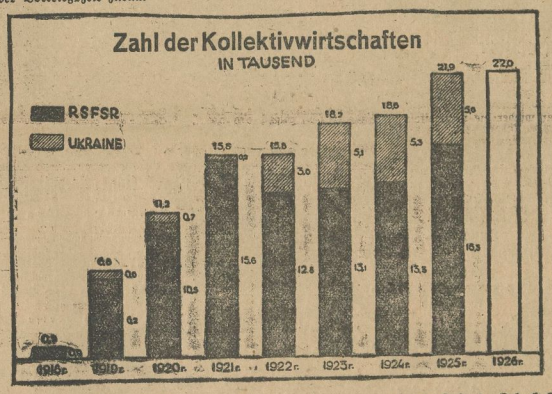
Jedoch die Zahlen über die Produktions- und Ernteverhältnisse der Sowjetunion allein geben kein wahres Bild über den Zustand der Landwirtschaft in den Sowjetrepubliken und die Bemühungen der Sowjetregierung auf diesem Gebiete. Eine der Hauptaufgaben der Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung besteht von Anfang an in der Vergesellschaftung der Landwirtschaft durch Bildung von Kollektivwirtschaften. Selbstverständlich ist die Vergesellschaftung der gesamten Landwirtschaft in einem riesigen Agrarland, wie es die USSR. ist, ein langwieriger Prozeß, der einige Jahrzehnte erfordert. Jedoch sind bereits in dieser Hinsicht bedeutende Fortschritte erzielt worden.

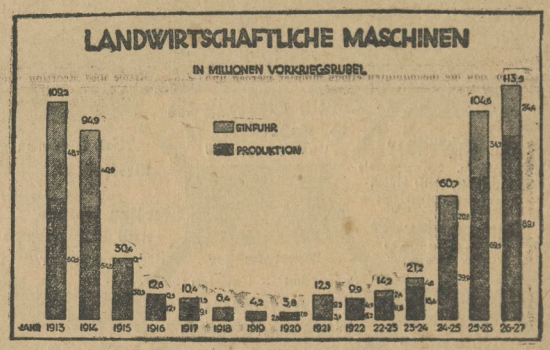
Der Prozeß der Kollektivisierung der Landwirtschaft setzte gleich nach der Oktober-Revolution, nach der Nationalisierung des Grund und Bodens und der Vertreibung der Gutsbesitzer

Maschinisierung der Landwirtschaft

Für die Umwälzung, die sich in den letzten Jahren des Sowjetregimes im russischen Dorfe und somit auch in der Gesamtwirtschaft des Landes vollzogen hat, zeugt am besten die Tafel, die die Einfuhr und die Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen zeigt. Im zaristischen Rußland wurde fast die Hälfte der gesamten landwirtschaftlichen Maschinen aus dem Auslande eingeführt, entsprechend der Abhängigkeit Rußlands vom ausländischen Kapital. Der Weltkrieg bringt einen jähen Sturz im Maschinenbau und unterbindet fast ganz die Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten. Inmitten der allgemeinen Verarmung des Landes bleibt der russische Bauer fast ganz und gar auf die primitiven Werkzeuge angewiesen, mit denen schon sein Urgroßvater gearbeitet hat. Der Bürgerkrieg und die Blockade durch die Konterrevolution schneiden die Einfuhr vollkommen ab und setzen die Eigenproduktion noch weit herab. 1921 beginnt der Aufschwung, zuerst langsam, dann geht er immer rascher und rascher. Die Bauernmasse, bereichert durch die politischen Erfahrungen der vier Jahre Sowjetrepublik und kulturell in ihren Ansprüchen gehoben, verlangt stürmisch nach landwirtschaftlichen Maschinen. Im Jahre 1926-27 überflügelt die Versorgung des Dorfes mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten bereits das Vorkriegsniveau. Dabei ist das Verhältnis von Eigenproduktion und Einfuhr besonders kennzeichnend. Die Eigenproduktion von landwirtschaftlichen Maschinen ist nunmehr soweit fortgeschritten, daß trotz des gesteigerten Bedarfes des Dorfes die Einfuhr von Maschinen aus dem Auslande 1926-27 kaum die Hälfte des Importes im Jahre 1913 beträgt. Die Eigenproduktion von landwirtschaftlichen Maschinen, die im letzten Vorkriegsjahr kaum 60 Prozent des Gesamtbedarfes betrug, ergibt jetzt bereits etwa 80 Prozent der landwirtschaftlichen Maschinen, — ein Sieg der Sowjetpolitik, die dahin geht, sich von den imperialistischen Ländern möglichst unabhängig zu machen.

Den Sowjetrepubliken gelingt es, trotz aller Schwierigkeiten und Bedrohungen von außen, die Wirtschaft selbständig aufzubauen. Eine Tabelle, wie die hier abgebildete, über die Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen, redet lauter und vernehmlicher als alle Chamberlain-Noten imstande wären, zu übertönen, dafür, daß die Arbeiter- und Bauernrepubliken sich vor den Kriegsrüstungen und Kanonen der Imperialisten nicht zu fürchten brauchen. Die Antwort, die die werktätigen Massen der Sowjetunion auf den Abbruch der Londoner Beziehungen zu der Sowjetregierung, auf die Ermordung des Genossen Wojkow und die frechen Vorstöße der Konterrevolution gegeben haben, illustriert das Bewußtsein der eigenen Kräfte und der bereits erlangten Errungenschaften, die ihren Ausdruck finden in Zahlen und Tafeln wie die hier abgebildeten.



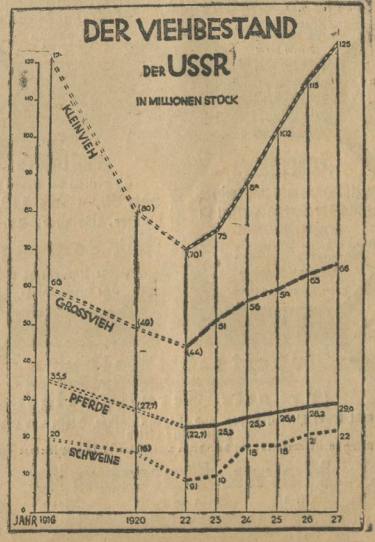


Der Wiederaufbau

Der stetige Wiederaufbau der Landwirtschaft ist das beste Anzeichen für die Wiederherstellung des Landes. Unsere Abbildung zeigt den Rückgang der Anbauflächen in den Kriegs- und Revolutionsjahren. Am schwersten wurde die Landwirtschaft der Sowjetrepubliken von den zwei aufeinanderfolgenden Mißernte-Jahren 1920-21 getroffen. In den zwei Jahren, die auf die katastrophale Hungersnot an der Wolga folgten, war die Anbaufläche auf 16,1 Millionen Desjatinen (eine Desjatine ist etwas größer als ein Hektar) herabgesunken. Der gesamte Ertrag an Korngetreide betrug 1921 knapp zwei Milliarden Pud.

Der Bürgerkrieg ist 1921 zu Ende, nach der Einführung der neuen ökonomischen Politik kommt das Jahr 1922 mit der guten Ernte, und die Wiederherstellungsperiode beginnt. Eine Verzögerung tritt infolge der Ernteverhältnisse 1923-24 ein. Von 1925 an vollzieht sich das Wachstum der Anbauflächen in raschem Tempo. Ebenso wächst der durchschnittliche Ertrag pro Desjatine. Hat aber die Anbaufläche das Vorkriegsniveau bereits erreicht, so bleibt der Ernteertrag noch etwas hinter dem Jahre 1913 zurück. Die Bemühungen der Sowjetregierung gehen dahin, durch Rationalisierung des Ackerbaues, durch Liquidierung der primitiven Arbeitsmethoden die Wirtschaft zu heben. Dafür gibt die Sowjetregierung jährlich riesige Summen aus.

Denselben Fortschritt zeigt der Viehbestand der USSR. Katastrophal war der Viehbestand im Hungerjahre 1921-22. Von 1922 ab befinden sich alle Zweige der Viehzucht in beständigem Wachstum. Verhältnismäßig am langsamsten entwickelt sich, der Natur der Sache entsprechend, die Pferdezucht. Die Sowjetregierung fördert sowohl die Pferdezucht wie auch alle übrigen Zweige der Viehzucht mit allen zu Gebote stehenden Mitteln.



Industriepflanzen

Eine bedeutende Rolle für die Entfaltung der Landwirtschaft der Sowjetunion spielt die Frage des Anbaus von Industriepflanzen, wie Baumwolle, Zuckerrüben, Flachs usw., der Produkte, die den Warencharakter der Landwirtschaft in erster Linie bestimmen. Grade diese Kulturen waren es, die unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Zerrüttung in den Jahren des Bürgerkrieges am stärksten zurückgegangen waren. Während die Anbauflächen für Korngetreide um ein Drittel zurückgegangen waren, verringerte sich die Anbaufläche von Zuckerrüben um das Dreifache und von Baumwolle um das Vierfache. In den letzten Jahren entwickelt sich der Anbau von Industriepflanzen in einem raschen Tempo. Be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270628-12/fragment/page=0007

Unsere Leser kaufen nur bei unseren Inserenten!

Fahrräder
Ia. Marken
10 Mark Anzahlung
3 Mark Wochenrate
Paul Lucke, Halle a. S., Bäckerstr. 1 (Glauchaer Str.)
Reparatur-Werkstatt
Emaillieren — Vernickeln

Bahnhofs-Tunnel
Inhaber: Ernst Kadler
Gaststätte für jedermann
Warme Speisen
zu jeder Tageszeit, zu billigsten Preisen
sowie gut gepflegte Biere
Jeden Mittwoch Schlachtefest!

Fahrräder
Anzahlung 10 Mk., Wochenrate 3 Mk.
Fr. Franke
Landwehrstraße 4 — Tel. 29478
Reparaturwerkstatt
Landwehrstraße 2

Vereine
bestellen am besten ihre
Drucksachen
bei der Produktiv-Genossenschaft in Halle a. S., Leipzigerstraße 24, die schnell und preiswert liefert
Fernruf 21045, 21047

RADIO- Apparate und Teile
liefert
Hermann Lissy
Langestr. 7
Telefon 23178
Radiowaren-Spezialgeschäft
Telefon 23178
Langestr. 7

SINGER
Nähmaschinen Akt.-Ges.
Zahlungserleichterungen
Teile — Nadeln — Reparaturen
Halle a. S., Leipziger Str. 23, Mühlweg 22
Bitterfeld, Mühlstr. 24

Familienbad Ammendorf-Skopau
Haltestelle der Fernbahn Halle-Merseburg
Schönstes Bad der Umgebung
Reinstes Flußwasser
10000 qm Luft- u. Sonnenbad in freier Natur
Für Familien herrliche Sitzgelegenheit unter uraltem Baumbestand

Fleischerei Otto Albricht, Glauchaer Straße 28
Empfehle meine
Fleisch- und Wurstwaren
Nur erste Qualität

Friedrichsbad Zwintschöna
Bahnhof Dieskau
Herrliches Schwimm-, Luft- und Sonnenbad
Kristallklares, sauerstoffhaltig. Quellwasser
Dieses Jahr auf ca. 200 Zellen erweitert

Flugplatz-Kasino
Der beliebte Ausflugsort aller Genossen
Max Weber
7 Minuten v. d. Endstation d. Linie 1

Leder im Ausschnitt
Spezialität: Eisenleder
Ferner reichhaltiges Lager in Damen-, Herren-, und Kinderschuhen
Hartmann & Hansen
Mansfelder Str. 4

Beerdigungs-Anstalt
Willy Lutze
Halle an der Saale
Krukenbergstraße Nr. 7
Geschäftsstelle des Deutschen Begräbn.-Versicherungs-Verein
Tel. 25920

Von 10 Mk. Anzahlung an
und 3 Mark Wochenrate erhalten Sie ein
Qualitätsrad
Nähmaschinen- und Fahrrad-Großvertrieb
K. Möller, Schmeerstr. 1

Niemberger Molkerei
empfiehlt ihre Produkte
Hauptniederlage Lindenstr. 52
Ferner Filialen:
Martinstr. 12, Beesenerstr. 1
Rannischstr. 22, Schlerstr. 16
Ludwig-Wucherer-Straße 57
Raffineriestr. 47 — Tel. 22416

Rind- u. Schweineschlächterei
Max Reußner
Langestr. 30 — Langestr. 30
Prima Fleisch- und Wurstwaren
Spezialität:
ff. Aufschnitt

Empfehle allen Genossen und Genossinnen meinen
Damen- und Herren-Friseursalon
Gute und schnelle Bedienung zugesichert
Rich. Kutzschbauch, Gr. Klausstr. 7

Uhren und Goldwaren
kaufen Sie reell und billigst bei
Amand Weiss
Halle an der Saale
Kleinschmieden 6

Schuhe und Stiefel
wie immer nur bei
Alzak
Steinweg 46—47
Ecke Taubenstraße

Kauft nach wie vor Eure
Farben und Tapeten
nur bei
Farben-Kramer
Mittelwache 9/10
Telefon 21465

Gewerkschaftshaus Halle
Harz 42/44
Übernachtung zu soliden Preisen
Guter und preiswerter Mittagstisch

Ia. Fahrräder
Nähmaschinen, Sprechapparate
sämtliche Ersatzteile billigst
— Eigene Reparaturwerkstatt —
Emaillieren und Vernickeln
August Kraft
Steinweg 51 — Geiststr. 49
Tel. 25156. Zahlungserleicht.

Otto Hänisch
Fahrräder
Turmstraße 156

Wo kauft man
Bettfedern
Inlettstoffe
fertige Betten
und Steppdecken
am besten?

Bei
Kreß & Co.
Halle a. d. S.
Pfännerhöhe 4 — Tel. 23332
Bettfedern-Reinigungsmaschine täglich in Betrieb

Hermann Schütze
Zigarren, Zigaretten und Tabake
Pfännerhöhe 52

Moritz Rosenthal
Leipziger Straße 1
(im alten Rathaus)
Herren- und Knabenbekleidung
fertig und nach Maß
Anerkannt billige Preise

Mineralwasser
Farben — Tapeten
Artikel zur Weinbereitung
Barbara-Drogerie
Merseburger Straße 104

F. Baumgärtel
Lessingstraße 26 — Ecke Roßplatz
Kolonialwaren
Speiseleinöl
jede Woche frisch eintreffend

Fahrräder
Triumph, Panther, Presto
Viktoria
Reparaturwerkstatt für alle Fabrikate
— Zahlungserleichterungen —
Paul Krause
jetzt Geiststraße 39

Nr. 48
Die preiswerteste und beste Zigarre, die zu
15 Pf.
geboten werden kann
Richard Schöne
Talamtstraße 5
am Hallmarkt
Fernruf 23478

Arbeiter
laßt Strapazierschuhe nur mit grünem Leder „Marke Goliath" besohlen
1 Jahr Haltbarkeit keine Seltenheit!
Kirchnerstraße 18a **Fußwohl** Wörmlitz Straße 9
Gr. Wallstr. 44, Seebener Str. 164
Auch Leder im Ausschnitt

Feinste
Fleisch- u. Wurstwaren
Aufschnitte
nur reines Schweinefett
Adolf Klingner
Fleischermeister
Schillerstraße 34
Tel. 24745

Johannes Thurm
empfiehlt ständig seine
prima Fleisch- und Wurstwaren

Hallmarkt-Drogerie
Paul Claus
Dreyhauptstr. 2 — Dreyhauptstr. 2
Farben — Lacke — Pinsel
schnelltrockn. Fußbodenfarben
streichfertige
Oelfarben

Willy Ackermann
Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren
Tel. 22485 Lessingstraße 29 Tel. 22485
Spez.: Thüringer Wurstwaren
Ferner:
Alle Sorten Fleischwaren in prima Qualitäten

Fahrräder
Opel, Phänomen und andere erstklassige Spezialmarken in großer Auswahl
Geringe Anzahlung, Wochenrate 3,— Mark
Reparaturen prompt und billig
Max Lange
Ludw.-Wucherer-Str. 63

Fahrräder
mit Freilauf und Gummi
von 60,— bis 110,—
Panzer, Gritzner, Corona
Fritz Lohrengel
Große Klausstraße 7
Ecke Oleariusstraße

Groß-Roßschlächterei
Karl Böhlert
Halle an der Saale, Oleariusstraße 3, Reilstr. 30, Tel. 28933
Ammendorf, Hauptstr. 30, Tel. 29
empfiehlt:
Prima Fleisch- u. Wurstwaren, warme Würstchen z. jd. Tageszeit

Liebings hausschlachtene Nietlebener Landwurst
schmackhaft gewürzt, rein verarbeitet, trotzdem billig
Wer sie einmal probiert hat, kommt immer wieder!
Verkaufsstelle:
Leipziger Straße 2

Stempel-Pfautsch
(Halle a. S.)
Nikolaistr. 6
Fernruf 23669

Gruden
Oefen, Herde
Gaskocher
Christian Glaser
Gr. Klausstr. 24

Arbeits-Bekleidung
für alle Berufszweige
Echt blaue Pilot-, Köper- und Leinen-Anzüge, Stoff- und Leder-Hosen aller Arten
in altbekannten, nur bewährten Qualitäten in jeder Preislage
Herm. Bauchwitz
Markt 4 — Halle a. d. S. — Markt 4

Ia
Marken-Fahrräder
liefert zu günstigsten Bedingung.
K. Regenhardt
Streiberstr. 40
Hof ptr.

Kolonialwaren u. Spirituosen
Spezialität: Gebrannte Kaffees
Oskar Haeder, Oleariusstr. 11

Zigaretten, Zigarren, Tabake
Otto Mucha, Großhdlg.
Lerchenfeldstraße 12 — Tel. 21730

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270628-12/fragment/page=0008

Aus der Provinz

Reaktionäre Kommunalverfassungsgesetze

Die Frucht der Koalitionspolitik in Preußen

Von Otto Kilian, M. d. L.

Acht Jahre hat die SPD. in Preußen das Innenministerium verwaltet. Nach Heine kam Severing, nach Severing Grzesinski. Um die Vertreter der Arbeiterinteressen gegen die Bourgeoisie zu verstärken, wäre es nötig gewesen, den kommunalen Verfassungsgesetzen einen entsprechenden Inhalt zu geben. Denn mit dem „gleichen" Wahlrecht allein ist nichts getan, solange die Bourgeoisie die wirtschaftliche Macht in Händen hält und ihre Interessen durch die staatliche und kommunale Bureaukratie auch in der Republik eifrigst vertreten werden. Dem proletarischen Element, das der sächsischen speziellen Vorbildung ermangelt, hätte nur durch eine ganz scharfe Wendung im Inhalt des Gemeindeverfassungsgesetzes ein größeres Gewicht in den Gemeinden verschafft werden können.

Die „Sozialdemokraten" in der preußischen Regierung haben seit 1919 alles getan, um diese Förderung und Stärkung des proletarischen Einflusses in den Gemeinden nicht zustande kommen zu lassen. Sie gaben der Koalition wegen auch auf dem Gebiete der Kommunalreform alle grundsätzlichen Forderungen der Arbeiterklasse, auch ihre eigenen Forderungen, preis.

Die SPD. hat auch auf dem Gebiete der Gemeindepolitik glatt vor dem Zentrum kapituliert.

Das beweist die Haltung ihrer preußischen Landtagsfraktion zu den kommunalen Verfassungsgesetzen, die in diesen Tagen parlamentarisch verabschiedet werden sollen. Entsprechend seiner Haltung im Reiche hat das Zentrum auch in Preußen immer reaktionäre Politik gemacht, hat es in den entscheidenden Fragen der SPD. die kalte Schulter gezeigt und mit den großkapitalistischen Rechtsparteien unverhüllt kapitalistische Interessenpolitik gemacht. Die Koalition mit der SPD. war den Jesuiten ein billiges Mittel, die Radikalisierung der Zentrum- und SPD.-Arbeiter aufzuhalten, vor allem aber, um den Einfluß des Zentrums und der katholischen Kirche auf den Staat gegenüber den protestantischen Rechtsparteien zu sichern. Obzwar die Arbeiterklasse dabei alles verlor und die Reaktion alles gewann, hält die SPD.-Führerschaft — der ihnen zugefallenen einkömmlichen Posten wegen — an der Koalition mit dem Zentrum fest. Die Jesuiten wurden infolgedessen immer dreister. Sie wußten, daß sie der SPD. alles bieten konnten. Und sie boten der SPD. alles bei der Beratung der kommunalen Verfassungsgesetze.

Das Zentrum hat sich im Laufe der jahrelangen Beratung dieser Gesetze immer mehr auf die reaktionäre Linie der Rechtsparteien begeben. Da seine Vertretung im Ausschuß das Jünglein an der Wage bildete, da obendrein der extreaktionär-agrarisch eingestellte Grebs — Herold die Führung hatte, wurde der Inhalt der beiden Kommunalverfassungsgesetze so reaktionär wie nur möglich. Das ist keine Uebertreibung; schon 1924 erklärte Herr Severing, daß er, weil aus seinen 1921 vorgelegten Entwürfen alle fortschrittlichen Gedanken entfernt waren, im neuen Landtag auf die Weiterberatung keinen Wert lege.

Tatsächlich legte Severing die Gesetzentwürfe auch nicht wieder vor; aber das Zentrum, geschäftig auf gemeinsames Arbeiten mit den Rechtsparteien auch im Landtage hinarbeitend, brachte die Gesetzentwürfe als Initiativanträge ein. Es wußte sich auch bei der SPD. durchzusetzen. Bei der zweiten Beratung der Städteordnung im Plenum z. B. griff die SPD. eine große Zahl wesentlicher Bestimmungen scharf an, stimmte in der Schlußabstimmung aber trotz der Ablehnung ihrer (und natürlich auch aller kommunistischen) Anträge für das Gesetz, das keinen anderen Inhalt hat, als sein Vorläufer aus der Zeit der schwärzesten Konterrevolution der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Wie die Städte-, so die Landgemeindeordnung, diese eher noch reaktionärer. Um nur einiges zur Charakteristik dieses erbärmlichen Produktes der Bürgerblockmehrheit in Preußen mit sozialdemokratischer Unterstützung zu nennen:

Die Staatsaufsicht einer reaktionären Bureaukratie, diese Bevormundung und Drosselung jeder auf proletarische Interessenvertretung abgestellten Gemeindepolitik soll bestehen bleiben einschließlich des Betätigungsrechtes. Von „kommunaler Selbstverwaltung", von der so oft geredet wird, wird in Zukunft keine Rede sein.

Wo die Autokratie von Regierungspräsidenten und Landräten nicht auskommt, wird die des Gemeindevorstehers herrschen, der sogar Gemeindevertretern durch Hinauschmiß die Mandate abnehmen kann! Daß diese Leute, wenn sie besoldet sind, auch noch im Amt bleiben können, selbst wenn sie sich durch ihre Gewaltpolitik unmöglich gemacht haben sollten, hat die SPD. sogar begünstigt, indem sie in einem Antrage zum § 45 die zwölfjährige Wahldauer für besoldete Gemeindevorsteher forderte!

Die privaten Wirtschaftskreise haben durchgesetzt, daß die Gesetze der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden scharfe Fesseln anlegen.

Die Gemeinden werden gezwungen, ihre Werke, Anstalten und Einrichtungen auf Ueberschußwirtschaft einzustellen.

Es darf nur das produziert oder geliefert werden, was die Privatwirtschaft nicht produziert oder liefert, weil dabei nichts zu verdienen ist oder Geld zugesetzt wird. Nicht genug, daß der Bürgerblock im Reiche die Besteuerung der Gemeindebetriebe beschlossen hat, — die preußische Gesetzgebung will ein gleiches tun, so hat sich die reaktionäre Landtagsmehrheit entschieden.

Die Bildung von größeren leistungsfähigen Gemeinden durch Zusammenlegung wird erschwert. Die in den Westprovinzen bestehenden Landbürgermeistereien und Aemter, ausgeklügelt reaktionäre Maßnahmen zur Verhinderung von festem gemeinschaftlichem Zusammenschluß und zur Bureaukratisierung auch der ländlichen Gemeindeverwaltungen, wobei das Zentrum zu einflußreichen Stellungen kommt, immer mit arbeiterfeindlicher Wirkung, sollen nach Beschluß der Provinzialinstanz auch auf die anderen preußischen Provinzen ausgedehnt werden können.

(Zweiter Teil folgt.)

Umgestaltung der Landwirtschaftskammern

Im Landwirtschaftsausschuß des Preußischen Landtages ist ein Antrag angenommen worden, in dem verlangt wird, daß das Ministerium dem Landtag schnellstens einen Gesetzentwurf vorlegt, der den Beschlüssen des Reichswirtschaftsrates vom Jahre 1922 entspricht, nämlich, die Landwirtschaftskammern umzugestalten. Nicht genug, daß die sogenannte Revolution im Jahre 1918 an den Landwirtschaftskammern, diesen Machtinstrumenten der Großagrarier, vorbeiging, auch der Beschluß des Reichswirtschaftsrates vom Jahre 1922 wurde bisher nicht durchgeführt.

Dieser Beschluß verlangte, daß die Kammern im Interesse aller in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerungsschichten zu öffentlich-rechtlichen Körperschaften umgestaltet werden müßten. Wenn dieser Beschluß bisher nicht durchgeführt wurde, lag es nur daran, daß die Minister der Großagrarier — bei den Deutschnationalen angefangen, bei den Sozialdemokraten aufgehört —, an der Zerstörung der Machtbefugnisse der Großagrarier in der Landwirtschaftskammer kein Interesse hatten.

Die Vertreter der Großagrarier im Preußischen Landtag, die Herren Schulze, Stapen (deutschnational), Stendel (Deutsche Volkspartei) und Rolhing (Zentrum) haben bei der Besprechung des Antrages auf Umgestaltung der Kammern im Ausschuß einen förmlichen Eiertanz aufgeführt. Herr Schulze meinte, wenn für die Kammern das demokratische Wahlrecht eingeführt würde, dann würden die Millionen von Kleinbauern und Landarbeitern (die heute noch nicht wählen dürfen) die Gutsbesitzer und Großbauern an die Wand drücken.

Er wollte also damit sagen: dann ist es mit der Herrschaft der Großagrarier in den Landwirtschaftskammern zu Ende.

Herr Stendel übte sich im Anträgeschreiben und -einbringen, um zu erreichen, daß die Angelegenheit wieder verschleppt wird.

Herr Rolhing versuchte, die erhitzten Gemüter zu besänftigen und wollte den Vertretern von links begreiflich machen, daß die Anträge Stendels dasselbe verlangten, wie der Antrag, der zur Debatte stand.

Alle Schiebungen und Verdrehungskünste der großagrarischen Vertreter nützten nichts, der Antrag auf Umgestaltung wurde angenommen. Wir sind schon jetzt gespannt auf den Inhalt des Gesetzentwurfes, der von der Preußenregierung dem Landtag vorgelegt werden soll.

Es wird höchste Zeit, daß die Landarbeiter, Kleinbauern und die Bauern, die bisher an die Landwirtschaftskammern Beiträge zahlen mußten, aber nicht wählen durften, endlich zu ihrem Rechte kommen und mitbestimmen können über Fragen, die die Landwirtschaft angehen.

Die Bestimmungen über das Ausverkaufswesen und insbesondere über die Saisonausverkäufe sind bekanntlich geändert worden. Danach dürfen die diesjährigen Sommer-Saisonausverkäufe nur in der Zeit vom 1. bis 31. Juli abgehalten werden. Die Dauer eines jeden Ausverkaufs darf einen Zeitraum von 14 Tagen nicht überschreiten. Zu frühes Beginnen oder zu spätes Beendigen des Ausverkaufes sind unter Strafe gestellt.

Genosse bedenke:

Unsere Kinder, die schon frühzeitig Not und Entbehrung kennen lernen, müssen zu freien, willensstarken Menschen erzogen und dem Einfluß der Kirche und reaktionären Schule entrissen werden; sie

gehören in den Jung-Spartakus-Bund

Unsere Jugend, die im Alter des Wachstums von skrupellosen Profitjägern ausgebeutet wird, muß durch Aufklärung und Anleitung zu tüchtigen Klassenkämpfern herangebildet werden; sie

gehört in den Kommunistischen Jugend-Verband

Unsere Frauen, die die miserable wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse am unmittelbarsten und schärfsten spüren, müssen unsere Mitstreiterinnen im Kampfe gegen alle Feinde des Proletariats werden; sie

gehören in die Kommunistische Partei

Darum bring sie alle mit in die Werbeveranstaltungen!

Von der Reichsbahn Dawes und Kompagnie

Leuna-Arbeiter werden wie Herdenvieh behandelt — Sonderzüge erhält die „Hautevolaute" — Knuffe und Puffe auf dem Bahnhof in Halle

Ein Leuna-Arbeiter sein heißt wirklich Kuli und Sklave sein. Nicht nur tagsüber im großen Anilin-Zuchthaus merkt man das, nein, auch auf dem Wege von und nach der Arbeit bekommt man das oft zu spüren.

Wie die Heringe zusammengedrängt stehen wir in den Abteilen. Hauptsächlich abends ist das schlimm. In den beiden ersten Zügen kann man umfallen vor Qualm und Gestank. Der Bahnverwaltung fällt es nicht ein, noch Wagen anzuhängen, damit die Menschen nicht so dicht stehen. Es ist ihr ja einerlei, wie die Massen transportiert werden, die Hauptsache: eine ordentliche Dividende springt dabei heraus.

Einige Beamte, die sich wahrscheinlich einen Dawes-Orden verdienen wollen, belästigen die Leuna-Fahrgäste auch unnötigerweise. Kürzlich ging so ein Herr Kontrollbeamter durch den Zug. Dieser Mann war nicht zufrieden nur die Fahrkarte mit Lichtbild zu sehen, er verlangte sogar den roten Leuna-Ausweis zu sehen. Ein Teil der Kollegen kam seinem Wunsche nach. Die meisten lehnten sich mit Recht gegen diese Maßnahme auf. Sie sagten dem Herrn: „Der Leuna-Ausweis geht Sie gar nichts an, wenn Sie den Richtigkeit der Photographie prüfen wollen, so sehen Sie sich die Gesichter der Leute an. Lassen Sie uns mit Ihren Mätzchen in Ruhe". Der Beamte blies sich noch gewaltig auf und es hatte nicht viel gefehlt, so klatschte es in dem Wagen.

Bei Ankunft der Züge in Halle sind wieder tüchtige Beamte mit **verschiedenen Praktiken!** Wenn die Leuna-Massen sich vom Bahnsteig die Treppen herunter ergießen, läßt gewöhnlich ein Beamter niemand von unten die Stufen hinauf. „Es ist genügend Zeit bis zur Abfahrt nach Thüringen" sagt er, „laßt die von Leuna kommenden erst herunter". Dieser Standpunkt ist immer noch der richtigste. Steht nun ein anderer Beamter an der Stelle, dann ist es umgekehrt. Dann brüllt der Mann: „Rechts gehen!" und versucht dabei eine Handvoll Leute, die so wie so noch zur Zeit wegkommen, gegen den Menschenstrom die Treppe hinaufzubugsieren. Natürlich gibt das Reibereien, denn wenn die Leuna-Arbeiter bemüht sind, Platz zu machen, scheitert das immer an dem ungeheuren Druck der Nachkommenden.

Der Stationsvorsteher, der gestern, Montag, zugegen war, hatte anscheinend seinen Spaß an der Balgerei. Auch er vertrat den lächerlichen Standpunkt, die Leuna-Arbeiter hätten Zeit, sie könnten warten. Der Mann hat natürlich noch nie in diesem Zuchthaus da draußen gearbeitet, sonst würde er verstehen können, mit welcher Hast man diesem Druck entfliehet. Außerdem wartet auf viele Proleten die Straßenbahn, oder sie müssen sich schnell einen Sitzplatz in einem der weitergehenden Züge erobern. Wer den ganzen Tag geschuftet hat, will auf der Heimfahrt seine müden Knochen etwas ausruhen. Alles das versteht der gute Mann in der roten Mütze nicht. Anstatt daß er seine vorgesetzte Behörde auf die unmöglichen Verkehrszustände aufmerksam macht, wendet er sich, wie so viele andere, gegen die Leuna-Proleten.

Die Dawes-Bahnverwaltung will eben nur Profite machen. Sie läßt noch lange keine Aenderung eintreten. Die Leuna-Proleten sollen eben als Stückgutes transportiert werden. Wenn es aber gilt, ein paar wohlgenährte Bourgeois und Beamte nach Lauchstädt zu den Goethe-Gedächtnisfeiern zu transportieren, dann wird gleich ein ganzer Extrazug gestellt. Anfang Juni war das nämlich der Fall. Da saßen in jedem Abteil nur zwei Mann.

Hoffen wir nun wenigstens, daß die Herren Verantwortlichen einmal darüber nachdenken, wer das meiste Geld auf die Bahn schleppt, die Proletenmassen oder die Vergnügungsreisenden?

Merseburg-Leuna-Querfurt

Der schweigsame „Korrüpel"

S' warn schon widder e Hosen Leide da un hamm jefriehschdidd

Das Blatt der Kleinbürger und der rückständigen Arbeiter, der „Merseburger Korrespondent", brachte von dem Besuch des Städtebaugesetzausschusses in Merseburg einen ellenlangen Bericht. Er schrieb so amüsant über den Bierabend im Hotel „Stadt Hamburg" in Halle, wo „unser Regierungspräsident Grützner" „etwas anderes" im Glase hatte als die anderen. Es war wirklich interessant für die Oeffentlichkeit, deshalb haben wir auch den „Klassenkampf"-Lesern diese Stellen nicht vorenthalten.

Nun sind wieder die niederrheinischen Bürgermeister in Krähwinkel Merseburg gewesen, die auch ordentlich gefrühstückt haben im Provinzial-Landtagsgebäude; diesmal schreibt der gute „Korredsch" oder „Korrüpel", wie ihn die Merseburger nennen, nicht so etwas intimes. Anscheinend ist er verlegen, weil er am vorigen Male so „getappst" kam.

Guter „Korrüpel", geniere dich nur nicht. Du hast nun einmal die guten Verbindungen zu den maßgebenden Stellen, du weißt doch immer, was in den Küchen hergerichtet wird. Behalt nicht alles für dich, sonst stirbst du noch an Alpdrücken.

Merseburg. Ueberfälle — Zusammenstoß — Rohrbruch. In der Sonnabendnacht wurde in der Lindenstraße ein junger Mann überfallen. Er wurde zu Boden geschlagen und beraubt. — Ein Polizeiuntermachtmeister der hiesigen Schutzpolizei wurde in den Teichanlagen von unbekannten Tätten mißhandelt. — An dem Krummen Tor erfolgte am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, ein Zusammenstoß. Der Motorradfahrer Giese kam auf seinem Rade, auf welchem sich noch ein kleines Mädel befand, die Grüne Straße herunter und wollte nach links in die Domstraße einbiegen. In demselben Moment fuhr ein Auto von Dodkowitz den Berg herauf, um durch das Krumme Tor zum Domplatz zu gelangen. Der Motorradfahrer wurde überfahren und kam mit dem kleinen Kinde unter den Wagen zu liegen. Derselbe mußte erst gehoben werden, um die Verletzten bergen zu können. Der Mann war besinnungslos und hatte eine Gehirnerschütterung und einen Schlüsselbeinbruch erlitten, während das Kind nur eine Fleischwunde am Kopf davontrug und die elterliche Wohnung aufsuchen konnte. Der Motorradfahrer mußte jedoch sofort nach dem hiesigen Krankenhause gebracht werden. — Ein Wasserrohrbruch in der Hallischen Straße an der Eisenbahnunterführung. Knietief im Wasser stehend mußten die städtischen Proleten den Schaden reparieren. Von solcher Arbeit haben die Leute im Rathaus natürlich keine Ahnung.

Groß-Kayna. Einer, der seine Zunft blamiert. Am Sonntag sollte nach vorheriger Vereinbarung der drei Sportkartelle Merseburg, Groß-Kayna und Mücheln der Sporttag in Groß-Kayna stattfinden. Alles war gut und sachlich vorbereitet, doch da wollten gewisse Elemente eine besondere Rolle spielen. So wurde dem Sportkartell Mücheln von dem bekannten Schubert aus Groß-Kayna ein Schreiben zugestellt, in dem der Mann mitteilte, daß Mücheln nicht mit seiner, **dem Sportkartell angeschlossenen, Kapelle** (RfB.) teilnehmen könne, sonst müßten die Kartelle Merseburg und Kayna fernbleiben. Dieser Beschluß war im Sportkartell Merseburg aber gar nicht gefaßt worden. Den Sabotieren kam es nur darauf an, Zersplitterung in die Reihen der Sportgenossen zu tragen. Mittags, als sich der Zug zum Umzug formierte, brachte es besagter Aucharbeiter Schubert fertig, **die Landjäger aufzufordern, die RfB.-Kapelle aus dem Zuge zu entfernen!** Aber die Beamten waren vernünftig genug, der frechen Aufforderung nicht nachzukommen. So formierte sich denn unter den Klängen der Schalmeienkapelle ein stattlicher Zug, der mit Leuten vom Schlage Schubert nichts zu tun haben will. Im Sinne der Arbeiter-Sportbewegung ist es gewiß nicht, einen Unterschied zu machen zwischen SPD.- und KPD.-Sportlern. Der SPD.-Mann blamiert eben schändlich seine Zunft. Hoffentlich ziehen die Sportgenossen in Kayna die Konsequenzen und lassen so schnell als möglich diese Saboteure in der Versenkung verschwinden, damit im nächsten Jahre es nicht wieder vorkommt, daß das Merseburger Rollkommando der Sipo „rein zufällig" nach Groß-Kayna kommt.

Aus dem Saalkreis

Ammendorf. Es gibt doch ganz besondere Blüten von Hausbesitzern, daß man sich fragt, sind diese krank oder ist es Niederträchtigkeit, wovon sie sich leiten lassen. So verlangt ein Hauswirt von einem Mieter, das Waschhaus nicht mündlich, sondern durch die Post zu bestellen. Auch briefliche Mitteilung ohne postialischen Weg wird nicht angenommen. Und dann kommt es vor, daß der Hauswirt abstreitet, eine Karte erhalten zu haben, also täte es not, der Mieter bedient sich zur Waschhausbestellung eines Einschreibebriefes. Ein anderer Hauswirt wieder händigt wohl den Schlüssel zum Waschhaus an den Mieter aus, resp. das Waschhaus wird angeschlossen, den Schlüssel aber behält der Hauswirt, so daß die Wäsche des Nachts über im unverschlossenen Raume steht. Das Waschhaus wird erst wieder verschlossen, wenn es nicht mehr benutzt wird. Wenn diese Mieter nun raffiniert wären, könnte das dem Hauswirt eine schöne Stange Geld kosten. Vielleicht würde er dann von seiner Krankheit kuriert. Wenn die betreffenden Hauswirte als Ausrede angeben, daß ihre Frauen darüber bestimmen, so beweisen sie damit nur, was sie als Hauswirt für Hampelmänner sind. Sollten diese Treibereien gegen die Mieter nicht aufhören, so werden wir noch deutlicher durch Veröffentlichung der betreffenden Namen. Vorläufig aber übergeben wir das Material den Kollegen der Betriebe, denn das zieht nämlich auch sehr gut. In Frage kommt einer aus dem Betrieb der Papierfabrik und der Grube v. d. Heydt. Im Archiv des Mieterverbandes der Ortsgruppe Ammendorf aber sind diese beiden Auchproleten sorgfältig mit eingetragen.

Ammendorf. Schlüssel gefunden am Sonnabend auf dem Schillerplatz. Anscheinend Korridorschlüssel. Abzuholen in der Volksbuchhandlung Ammendorf.

Dieskau. Große öffentliche Antikolonialkundgebung der IAH. Heute, Dienstag, abend 8 Uhr findet im Gasthof Frenzel eine Antikolonialkundgebung statt, in der der Rifkadnle Achmed Hassan Mattar spricht **„Gegen die imperialistische Kolonialherrschaft, für Selbstbestimmungsrecht der Nationen, für die nationale Revolution in China, für Unterstützung der Sowjetunion".** Die werktätige Bevölkerung von Dieskau, Zwintschöna und der umliegenden Orte muß diese Kundgebung zahlreich besuchen!

Sprechstunden der Redaktion täglich außer Montags und Sonnabends von 12 bis 1 Uhr vormittags und 4½5 bis 5½6 Uhr nachmittags. Sonnabends nur eine Sprechstunde von 2 bis 3 Uhr. Montags keine Sprechstunde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270628-12/fragment/page=0009

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Abrechnung mit den Faschisten in Freyburg

Die feigen Mordbanditen werden von Behörden geschützt — die Arbeiter dagegen unterdrückt

Am Sonntag, dem 19. Juni, hatten die „Nazis" in Freyburg Sonnenwendfeier. Die Veranstaltung wurde im Gaumaßstabe durchgeführt. Sie wies eine Beteiligung von 230 Mann auf. Sie war dazu ausersehen, an den Kommunisten einen Nachefeldzug vorzunehmen. Hinfier, der Gauführer, hatte das schon wiederholt gepredigt. Sogar in einer öffentlichen Versammlung in Weißenfels hatte dieser „Führer" zur **Begehung von Roheitsakten an den Versammlungsteilnehmern aufgefordert!**

Die Sonnenwendfeier fand statt und als Siegesbericht konnten die Nazis **sechs schwer verwundete Freyburger Arbeiter melden, die nach Mitternacht vor einem Lokale stehend**

von 60 Nazis überfallen

mit Schußwaffen, Schlagringen und Gummiknüppeln bearbeitet und niedergemacht wurden! Angesichts der fortgesetzten Terrorakte durch Angehörige und Führer der Nationalsozialisten ist die Arbeiterschaft der Blutherrschaft dieser Mordbanditen ausgesetzt, wenn ihr verboten wird, für ihren eigenen Schutz zu sorgen. Die Terrorherrschaft geht in Freyburg so weit, daß die organisierten Arbeiter nicht einmal ein Versammlungslokal bekommen. Die Freyburger Arbeiterschaft hatte, die Dinge voraussehnend, zu einer Kundgebung am gleichen Tage auf dem Schützenplatz aufgerufen. Diese war anfangs auch genehmigt. In letzten Augenblick wurde sie vom Bürgermeister Schäfer verboten. Die sechs schwer verletzten Arbeiter kommen nunmehr auf das Konto des Freyburger Polizeidezernenten, weil er die Nazis gewähren ließ und den Arbeitern den Selbstschutz verbot!

Auf der ganzen Linie

stoßt der Gegner vor. Besonders zeigt sich das in der Zollpolitik der Bürgerblockregierung. Eine Teuerungswelle wird über die werktätigen Massen hereinbrechen. Nur die kommunistische Presse berichtet darüber. Sorge dafür, Genosse, daß ab 1. Juli Dein Arbeitskollege, Dein Nachbar den „Klassenkampf" bestellt. Beeile Dich, es

ist eine Aufklärungskampagne zu führen

Am gestrigen Sonntag demonstrierte die Freyburger Arbeiterschaft in öffentlicher Kundgebung auf dem Schützenplatz gegen Kriegsgefahr und Faschismus. Neben der zahlreichen Beteiligung der Freyburger Arbeiter hatte der RFB. Weißenfels noch eine starke Unterstützung gesandt. Die Kundgebung begann programmmäßig mit dem Genossen Meißner, Weißenfels, als Redner. Die Freyburg terrorisierenden „Nazis" hatten nur Horchposten losgeschickt, die das Gefechtsfeld sondieren sollten. Ein offenbar von ihnen Abgesandter hatte sogar den Mut, in der Kundgebung das Wort zu nehmen, um die begangenen Verbrechen der „Nazis" vom Sonntag, dem 19. Juni, abzuschwächen. Er konnte aber dabei keine Lorbeeren ernten. Die Veranstaltung verlief ohne jedwede Störung.

Nach beendeter Kundgebung rückte der Weißenfelser RFB. per Auto ab. Unterwegs gab es eine unangenehme Ueberraschung. In Markröhlitz brach die Vorderachse des Autos. Drei Kameraden wurden verletzt, jedoch nicht erheblich. Die letzte Wegstrecke mußte zu Fuß zurückgelegt werden. Gegen 8 Uhr traf der RFB. in Weißenfels ein. Die Vorgänge in Freyburg geben der Arbeiterschaft die Lehre: **Die Nationalsozialisten können den Arbeiterboykotschlag nur dann durchführen, wenn sie in größeren Verbänden aufmarschieren!** Oertlich gesehen, sind sie nur eine verschwindende Gruppe, deren hervorstechendes Merkmal das Rowdytum ist. Ihre „Führer" sind von demselben Kaliber. Die Fälle Hinkler (Freyburg) und Göbel (Berlin) beweisen es. Hat die Arbeiterschaft örtlich ein wachsames Auge auf diese Banditen, dann kommen sie gar nicht auf. Dem Faschismus in Deutschland gilt vorwiegend unser Kampf. Die Anhänger sind Unternehmerspäslinge, die die Arbeiterschaft denunzieren, wo sie nur können. Im Falle Freyburg ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Dulden die Behörden das Auftreten eines Hinkler zum Arbeitermord und seine Mittäterschaft weiter, stehen wir nicht an zu erklären, daß es im Augenblick der Notwehr keine Sentimentalitäten mehr gibt. Wir werden Freyburg im Auge behalten und uns vor ähnlichen Angriffen zu schützen wissen.

Schwerer Reinfall der SPD., eine Warnung an die Sportgenossen in der Freien Turnerschaft Zeitz

Ein schweres Fiasko erlitt die Zeitzer SPD. am Mittwoch bei ihrer „großen" Kundgebung auf dem Altmarkt. Die eigentlichen Veranstalter waren die Sportgenossen der Freien Turnerschaft Zeitz. Die SPD. hatte diese Sportgenossen wieder einmal mißbraucht, um ihren festgefahrenen Parteikarren wieder etwas flottzumachen. Es zeigte sich aber, daß auch das nicht mehr hilft. Die Sportbewegung wird übrigens dadurch geschädigt, denn es wirkt doch eigentümlich, daß zwei Arbeiterturnvereine da sind und der eine immer versucht, für sich eine Extrawurst zu braten. Es wäre jedenfalls besser gewesen, wenn man eine Werbewoche für die Arbeiterturnsache gemeinsam durchgeführt hätte. Das ist aber in Zeitz nicht möglich gewesen, weil in dem einen Verein Kräfte am Werke sind, die durch den Verein für ihre bankrotte Politik immer noch Geschäfte machen wollen. Hoffentlich sind nun den Sportgenossen am Mittwoch die Augen aufgegangen. Die „Freie Turnerschaft" hatte eine ausländische Fußballmannschaft kommen lassen, aus dem blutroten Wien, aus dem Reiche der Zentristen. Diese Gelegenheit wollte sich die SPD. nicht entgehen lassen, politisches Kapital daraus zu schlagen. Und aus diesem Grunde wurde eine große Kundgebung arrangiert. Als Festredner war Herr Albert Bernholz gewonnen worden. Er kam angezogen mit der Fußballmannschaft, jedoch ohne die Massen, die kennen nämlich Albert. So kläglich wie diese Veranstaltung ist noch keine in Zeitz gewesen. Als Albert seine Bierrede schwang, hörten noch nicht einmal 100 Mann zu. Was er redete, brauchen wir wirklich nicht zu schreiben. Der ganze Aufzug hat gezeigt, daß die SPD. hier in Zeitz bei den Massen keinen Anklang mehr findet, nur schade, daß sich immer noch einige Organisationen von ihr mißbrauchen lassen. Wenn das nicht wäre, dann würde der Leichnam der Zeitzer SPD. schon längst auf dem Friedhof des Reformismus verfault sein.

Für die Kinderhilfe der IAH.

Die Gemeinde Aue, Kreis Zeitz, bewilligte dem Landesvorstand der IAH. zur Durchführung der Kinderhilfe einen Betrag von 50 Mark. Alle Gemeindevertreter der proletarischen Parteien müssen beihilfen in den Gemeindevertretungen fordern, da die IAH. die Hilfsorganisation des werktätigen Volkes ist, und alle Mittel im Interesse derselben verwendet.

Nasberger Gemeindepolitik

Nur im Interesse der werktätigen Massen wird gehandelt — Die Kommunisten setzen sich durch

Die letzte Sitzung der Gemeindevertreter stand im Zeichen sozialdemokratischer Kopflosigkeit. Sie glaubten, unsere Genossen an der Mitarbeit in der Gemeinde hindern zu können. Der Gemeindevorsteher bestellte, ohne die Gemeindevertretung zu fragen, einige Freunde zur Rechnungsprüfung. Außerdem wurden die Kirschen ohne die Einwilligung der Gemeindevertreter verpachtet. Unsere Genossen wiesen den Gemeindevorsteher ganz energisch zurecht und forderten, daß alle wichtigen Fragen im Gemeindeparlament zur Sprache kommen, anderenfalls werden sie zu anderen Mitteln greifen. Das Gemeindeoberhaupt war hierauf ganz verdattert. Er fragte, was er überhaupt noch allein tun könnte? Unsere Genossen gaben ihm hierüber die nötige Auskunft. Eins versteht unser Ortsvorsteher, nämlich, mit den Vorstandsmitgliedern der „deutschen Turnerschaft" Weingelage abzuhalten, wie es am Mittwoch, dem 15. Juni, der Fall war. Das gibt der gesamten Arbeiterschaft zu denken.

Der Finanzkönig Hädrich spielte sich wieder einmal päpstlicher als der Papst auf, indem er ausführte, daß keiner von den Vertretern imstande wäre, die Rechnungslegung nachzuprüfen.

Sie kämen alle nur, um ihm die Bude vollzuqualmen!

Für die Vergebung der Materialienanfuhr waren drei Bewerber vorhanden. Das billigste Angebot, 2,20 Mark pro Tonne, war vom Fuhrwerksbesitzer Braun eingegangen, dem auch die Anfuhr zugesprochen wurde. Die Bürgerlichen setzten sich für Dörring, Nasberg ein, der aber 45 Prozent teurer war als Braun.

Nachdem der Steuererheber die Abrechnung verlesen hatte, stellte unser Vertreter die Anfrage, wer die Prüfungskommission gewählt hat. Der Ortsvorsteher meinte, er habe bei der Geschichte im guten Glauben gehandelt! Unser Vertreter erklärte, daß die vielgepriesene „Demokratie der Sozialdemokraten" nicht so weit gehen kann, daß das Mitbestimmungsrecht der wirklichen Arbeitervertreter im Gemeindeparlament beschnitten wird. Sie Sozialdemokraten entlasteten ihren Steuererheber selbst, denn die Abstimmung ergab 6 gegen 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Die Firma Kunsch stellte erneut den Antrag, das Wassergeld herabzusetzen. Sie gibt an, daß sie der Gemeinde schon Entgegenkommen zeige, indem sie im Sommer acht Wochen 20 bis 30 Kinder in ihrem Beamtenbade baden ließ. Der sozialdemokratische Bürgermeister Scheffel will Herrn Kunsch auch „Entgegenkommen" zeigen, er will das Wassergeld im Sommerhalbjahr auf 7 Pf. pro Kubikmeter herabsetzen. Unser Vertreter Gippner stellt fest, daß die Firma Kunsch noch kein soziales Empfinden gegenüber der Arbeiterschaft gezeigt habe und nur aus den Knochen der Arbeiter ihre Profite quetscht. Er beantragt, daß der alte Satz bestehen bleibt. Dieser Antrag wurde auch einstimmig angenommen.

In der vorigen Sitzung war beschlossen, die Frau Deckwitz sollte innerhalb vier Wochen eine Wasseruhr einbauen, aber sie weigert sich dagegen. Die Sozialdemokraten wollten sich um diesen Punkt herumdrücken, was ihnen aber dank unserer Vertreter nicht gelang. Unser Genosse fragte hierauf an, was die Molkerei bezahlt und was die Firma Kunsch bezahlt. Nachdem unser Vertreter Auskunft erhalten hatte, beantragte er, 80 Mark pro Monat festzusetzen. Hierüber regten sich die Sozialdemokraten auf, denn es erschien ihnen zu hoch. Der Punkt wurde dann bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Auf Verlangen unserer Vertreter mußte die Friedhofsordnung geändert werden, weil sie Satzungen enthielt, die nicht mehr der Zeitgeist aussprachen. Hauptsächlich war es das Tragen der Leichen zum Friedhof. Es ist festgelegt worden, daß das Pflichttragen aufgehoben wird. Hier leistete sich der SPD.-Mann und Konsumlagerhalter Brückner etwas, was selbst gegen seine eigenen Genossen ging. Er führte aus, für ihn wäre es eine große Ehre, ein verstorbenes Gemeindemitglied auf den Friedhof zu tragen. Damit fand er natürlich bei den Bürgerlichen großen Anklang **Eine nette Blüte der SPD.!** Durch unseren Vertreter Gippner wurde dieser Held ins rechte Licht gerückt. Die Abstimmung in dieser Sache ergab sieben gegen vier Stimmen. Nachdem unter „Verschiedenes" einige Anfragen erledigt waren, stellte die kommunistische Fraktion folgende Anträge:

1. Sämtliche amtlichen Bekanntmachungen sind im „Klassenkampf" mit zu veröffentlichen. (Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.)

2. Die Gemeinde wird Mitglied des Konsumvereins. (Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen.)

Teuchern. Die Beglaubigung der Unterschriften auf den Invaliden-, Witwen-, Waisen- und Unfallrentenquittungen für den Monat Juli 1927 findet am Mittwoch, dem 29. Juni, im Polizeibureau in folgender Reihenfolge statt: Von 8 bis 9 Uhr vormittags Anfangsbuchstaben der Familiennamen A bis E, von 9 bis 10 Uhr F bis H, 10 bis 11 Uhr J bis L, 11 bis 12 Uhr M bis Q, 2 bis 3 Uhr nachmittags R bis St, 3 bis 4 Uhr Sch bis Z. Wegen Abwicklung eines regelrechten Verkehrs sind die angegebenen Zeiten möglichst einzuhalten.

Zeitz. Arbeiter von Zeitz, heraus zu den Werbeveranstaltungen der Partei! Große Filmvorführung am Mittwoch, dem 29. Juni, abends 8 Uhr im „Schützenhaus". Vortrag von Dr. Ausländer am Donnerstag, dem 30. Juni, abends 8 Uhr im „Schützenhaus". Kinder-Märchen-Nachmittag und Frauenwerbeabend am Freitag, dem 1. Juli, nachmittags 4 Uhr, und abends 8 Uhr im „Schützenhaus".

Grana. Motorradunfall. Auf der Straße Kretzschau—Grana verlor der Führer eines Motorrads die Gewalt über sein Rad dadurch, daß das Hinterrad ins Rutschen kam. Im kühnen Bogen flogen alle, nämlich Rad, Führer und Beifahrer, zwischen Kirschbäumen hindurch über den Chausseegraben. Dieses war ihr Glück, denn drüben landeten sie auf einer immerhin weichen Wiese, so daß sie mit dem Schrecken und nur leichteren Verletzungen davonkamen. Ein Arbeiter-Samariter aus Grana, welcher schnell zur Stelle war, leistete die erste Hilfe.

Galopp-Arbeit im Eislebener Stadtparlament

Durchpeitschung des Haushaltplanes — Die kommunistischen Anträge werden nicht behandelt — Der Nationale Bürgerring streicht im Wohlfahrtsetat 7000 Mark für die Erwerbslosen

Die letzte Sitzung vom 22. Juni hatte eine ziemlich umfangreiche Tagesordnung. Die ersten Punkte wurden durch Wahlen ausgefüllt. Lediglich bei der Behandlung der Eingabe des „Zentralverbandes der Invaliden und Witwen", das Mietverhältnis bei der MAG. betreffend, unterzog Genosse Müller die Wohnungspolitik dieses verrückten Konzerns einer gehörigen Kritik. Er führte aus, daß wenn ein Arbeiter eine sogenannte Werkswohnung innehat und sein Arbeitsverhältnis bei der MAG. löst, weil es ihm nicht mehr möglich ist, bei dem horrenden Lohn, der dort gezahlt wird, seine Familie zu ernähren, fliegt er rücksichtslos aus der Wohnung. Dabei haben manche Arbeiter nur eine Ein-Zimmer-Wohnung, wo vier bis fünf Personen zusammen hausen. In einem Bette schlafen sogar vier bis fünf Menschen. Auch die Invaliden und Witwen, die ein Menschenleben bei der Mansfeld A.-G. gearbeitet haben, werden auf die Straße gesetzt.

Stadtverordneter Mentzel (Nat. Bürgerring), seines Zeichens nach Direktor der MAG., versuchte die Ausführungen des Genossen Müller abzuschwächen, was ihm aber schlecht gelingt. Er versuchte die Maßnahmen der MAG. auf die allgemeine Wohnungsnot abzuschieben. Schließlich wird der Antrag dem Magistrat zur Erwägung überwiesen.

Zum Punkt Bewilligung eines Betrages zur Beschaffung von Ehrenpreisen zur Förderung von Turnen und Sport ergreift Genosse Damm das Wort. Er führt aus, daß diese Mittel besser zur Anschaffung eines Sportplatzes verwandt werden könnten. Die kommunistische Fraktion lehnt diese Mittel deshalb ab. Dann wurde in die Beratung der Haushaltpläne eingetreten. Hierzu hatte die KPD.-Fraktion vier Anträge eingereicht:

Für die Kinder der Pestalozzischulen

1. Alle Kinder der Pestalozzischule durch Spezialärzte auf Grund ihrer körperlichen oder geistigen Schwäche sorgfältig untersuchen zu lassen.
2. Die großen Ferien vor allem dazu zu benutzen, diese Kinder nach dem Ergebnis der Untersuchungen in Erholungs- oder Heilstätten unterzubringen.

Für Schulzahnpflege und Lernmittelfreiheit

1. Sofort alle Maßnahmen zu treffen zur Einführung obligatorischer Schulzahnpflege.
2. Sofort die Lernmittelfreiheit in den Volksschulen durchzuführen. Vor allem für Kinder, ganz gleich, welcher Schule dieselben angehören, deren Eltern ein Einkommen unter 3000 Mark haben.

Für Kinderspielplätze

Um den Kindern das Spielen sowie die Bewegung im Freien zu ermöglichen und sie vor den Gefahren der Straße zu bewahren, sind alle Plätze innerhalb unserer Stadt für derartige Zwecke einzurichten. Dazu geeignet sind: Mühlplatz, Mittelreibe, Klosterplatz, Turnplatz sowie die großen Rasenflächen im Stadtpark. Genügend Sitzplätze sind dort zu schaffen.

Für gesunde Regelung der Schulreinigungsarbeiten

1. Sämtliche Reinigungsarbeiten in öffentlichen Grundstücken, vor allem in Schulen, in eigene Regie zu nehmen.
2. Die dabei beschäftigten Personen nach Tarif zu entlohnen.

Die Dringlichkeit wird aber nicht anerkannt. Sie kommen deshalb überhaupt nicht zur Verhandlung. Es wird dann zur Beratung der einzelnen Haushaltpläne geschritten. Die Haushaltpläne der Stiftungen werden ohne nennenswerte Aussprachen und Aenderungen angenommen. Ebenfalls die Haushaltpläne der Schulen. Beim Etat kommt nochmals ein Magistratsantrag zur Sprache, die Umwandlung von zwei Studienassessorenstellen in Studienratsstellen. Derselbe verfällt aber, wie schon zweimal, der Ablehnung durch den Nationalen Bürgerring.

Der Wohlfahrtsetat verursacht eine längere Debatte. Der Sprecher des Nationalen Bürgerring beantragt 7000 Mark für die Erwerbslosen zu streichen, da das Erwerbslosenversicherungsgesetz, wenn auch nicht schon am 1. Oktober, so doch am 1. Januar in Kraft tritte. Dann würden die Mittel, die im Etat eingesetzt sind, nicht gebraucht werden. Der Stadtrat Winkler (Wohlfahrtsdezernent) führt aus, es sei nicht zu erwarten, daß eine Entspannung in der Erwerbslosenfrage durch das neue Gesetz eintreten würde. Da das Gesetz eine Einteilung in sieben Lohnklassen vorsieht und weil hier (in Hunger-Mansfeld) die meisten Arbeiter in eine niedrige Lohnstufe eingereiht werden, wird die Gefahr bestehen, daß sie dadurch weit weniger Unterstützung erhalten und deshalb noch Zuschuß vom Wohlfahrtsamt erhalten müssen. **Im übrigen hätte das Gesetz noch weit mehr Verschlechterungen.** Der Oberbürgermeister warnt ebenfalls vor Streichung. Auch die „Arbeitsgemeinschaft der Mitte", sowie die SPD. sind gegen die Streichung. Unser Genosse Müller geht dann mit dem Bürgerring sehr scharf ins Gericht. Er hält den Leuten ihre große Heuchelei vor. Daß den Erwerbslosen nichts genommen würde, sei eine Phrase, es stände fest, daß das Gesetz erhebliche Verschlechterungen brächte, von der Bürgerblockregierung sei nichts zu erwarten, um das Los der Erwerbslosen zu mildern. **Es solle hiermit nur bezweckt werden, ein größeres Heer billiger Lohnsklaven zu schaffen zur weiteren Senkung der Löhne!** Die Kommunisten beantragen daher, den Wohlfahrtsetat um einige 20 000 Mark zu erhöhen und nicht zu streichen, sie werden die gesamte werktätige Bevölkerung zum Kampf gegen jede Verschlechterung aufrufen. Der Wohlfahrtsetat wird trotzdem durch den Nationalen Bürgerring mit den Streichungen angenommen, weil diese Leute glauben, der Arbeiterschaft alles bieten zu können. Die Zukunft soll sie eines anderen belehren.

Dann steht der Kämmereikassenetat zur Verhandlung. Wieder macht der National-Bürgerring einen Vorstoß. Er beantragt, 12 345 Mark an Gehältern für die Gemeindebeamten zu streichen. Der Oberbürgermeister Clauß gerät dabei mit dem Bürgerring etwas in Konflikt. Im Laufe der Debatte erklärt er, daß, wenn die Differenzbeträge gestrichen würden, der Magistrat den Etat höchstwahrscheinlich ablehnen würde. Der Nationale Bürgerring streicht dann auch auf Grund seiner absoluten Mehrheit die 12 345 Mark für Gehälter. Mancher kleine Beamte, der sich solche Vertreter gewählt hat, kann nunmehr seine Dummheit einsehen!

Die Festsetzung der Gemeindesteuern erfolgt ebenfalls nach den Wünschen des Nationalen Bürgerrings, obwohl alles Sturm dagegen läuft. Da die Annahme des Etats durch den Nationalen Bürgerring gefährdet ist, schlägt der Magistrat vor, die ebenfalls schon einmal abgelehnte Biersteuer einzuführen, um mit dem Ertrag dann die Lohnsummensteuer zu senken oder die Grundvermögensteuer von 250 Prozent auf 240 Prozent herabzusetzen. **Beide Anträge verfallen der Ablehnung.** In der Endabstimmung wird der Etat gegen die Stimmen der KPD., SPD. und der Arbeitsgemeinschaft der Mitte **von dem Nationalen Bürgerring angenommen!**

Oberbürgermeister Clauß gibt die Erklärung ab, daß der Magistrat den Etat in seiner jetzigen Fassung kaum annehmen wird. Es wird deshalb beschlossen, einen Ausschuß als Einwendungskommission zu wählen, und zwar wird hierzu der Finanzausschuß bestimmt. Damit waren die Etatsberatungen zu Ende.

In der geschlossenen Sitzung wurde folgendes beschlossen: 1. Einer Umzugskostenbewilligung wird zugestimmt. 2. Die Eingabe eines ehemaligen städtischen Arbeiters auf Bewilligung von Unterstützung oder Ruhelohn wird dem Magistrat zur Erwägung oder eventuellen Berücksichtigung überwiesen. 3. Es wird die Aussetzung eines Verfahrens bis zur Erledigung vor dem Gewerbegericht beschlossen. 4. Von der Liste der niedergeschlagenen Forderungen wird Kenntnis genommen. 5. Der Versetzung eines städtischen Beamten in den Ruhestand zum 31. Oktober wird zugestimmt. Das Ruhegehalt wird aus der Ruhegehaltskasse gezahlt. 6. Zur Unterstützung an die Witwe eines früheren Beamten werden 200 Mark bewilligt.

Eisleben. Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. Mittwoch, den 29. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Volkshaus".

Eisleben. Ilse Berend-Groa kommt. Die revolutionäre Künstlerin, Genossin Groa, wirkt am morgigen Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, in einer Kinder-Märchen-Veranstaltung und abends 8 Uhr in einem Kunstwerbeabend im „Volkshaus". Dieser Hinweis mag allen Genossen genügen, rege Propaganda für die Veranstaltung zu machen.

Alsleben. Wegen der Aufwertung erschossen. Der Bildhauer Holzhausen, der nach einem Mordversuch an seinem Schwiegersohn Meise, dem Prokuristen der Saalemühle, sich eine Schroteladung in den Mund schoß, ist seinen Verletzungen erlegen. Er hatte zur Waffe gegriffen, weil eine Aufwertungssache nicht in seinem Sinne geregelt worden war.

Hettstedt. Ins hiesige Knappschaftskrankenhaus eingeliefert wurde der Geschäftsführer Wilhelm Koy, in Halle wohnhaft. Er ist auf der Chaussee Eisleben—Hettstedt in der Nähe des Weges nach Wolfsteds mit seinem Motorrad (wahrscheinlich infolge Schleuderns) gestürzt und erlitt dabei einen Bruch des linken Handgelenks.

Siersleben. Invalidenkonferenz. Die Ortsgruppenvorstände aus dem Mansfelder Gebirgskreise vom Zentralvorstand der Invaliden und Witwen Deutschlands tagten hier gestern in mehrstündiger Konferenz. Der außer den Ortsgruppenfunktionären anwesende 2. Gauvorsitzende Müller, Magdeburg, nahm nach Abwicklung des geschäftlichen Teiles und den einführenden Worten des Bezirks- und Kreisleiters Burghardt, Siersleben, das Wort zu interessanten Ausführungen über die allgemeine sozialpolitische Lage, worauf Diskussion erfolgte. Fürsorgefragen, wie solche in den heimatlichen Verhältnissen an sich liegen und durch die Aenderungen des Reichsinvalidenversicherungsgesetzes verschärft werden, bildeten mit den im Punkt Verschiedenes noch zu erledigenden internen Angelegenheiten das weitere Thema. Die Auswirkungen des am 1. Juli 1926 geänderten Reichsknappschaftsgesetzes wurden ebenfalls gründlich besprochen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270628-12/fragment/page=0010

Bitterfeld-Wittenberg

Wir klagen an!

Furchtbare Not trieb den Arbeiter H. aus Brehna dazu, von dem sogenannten graden Wege abzuweichen und zum Einbrecher zu werden. Seine Braut sah der Niederkunft entgegen. Er selbst war erwerbslos. Woher Geld nehmen, um das unbedingt Notwendige, wie Bettzeug und Wäsche, zu beschaffen? Ein Wechsel, von ihm unterschrieben, brachte das Gewünschte. Doch wie diesen einlösen? In der Verzweiflung kam er, gemeinsam mit dem ebenfalls erwerbslosen Arbeiter G. auf den naheliegenden Gedanken, sich nun gewaltsam Mittel dort zu verschaffen, wo sie im Ueberfluß vorhanden sind. Ein Einbruch wurde von beiden in der Brehnaer Molkerei verübt, bei dem ihnen eine Schreibmaschine und einige Kisten Zigarren, aber nicht das gewünschte Bargeld in die Hände fielen. Sie versuchten es noch einmal in der Post, aber auch hier vergeblich.

Die beiden Opfer dieser „göttlichen Gesellschaftsordnung" standen nun am Sonnabend vor dem Schöffengericht in Bitterfeld. Das Gericht verurteilte beide, und zwar G. zu acht und H. zu sechs Monaten Gefängnis. Von Rechts wegen. — So werden immer aufs neue die kalten Gesetzesparagraphen Menschen erdrosseln, Menschen ins Elend hinabstoßen, die unschuldig sind an ihrem Schicksal, die Opfer des furchtbaren Elends sind, auf dem sich eine kleine Schicht eine glänzende Existenz verschafft. Das Schuldkonto dieser Gesellschaft wird erneut aufgedeckt in einer

grauenerregenden Bilanz

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einer Uebersicht der Statistischen Korrespondenz entnimmt, haben im Freistaat Preußen im Jahre 1925 974 (533 männliche, 341 weibliche) Personen durch Mord oder Totschlag ihr Leben verloren. **Hingerichtet wurden 12 Personen (11 Männer, eine Frau).** Von 100 000 Lebenden starben durch Mord oder Totschlag 1925: 2,3, 1924: 2,3, 1923: 2,6, 1913: 2,1. Bei den einzelnen Provinzen betrug

	die Zahl der Tötungen 1925	die Sterbeziffer auf 100 000 Lebende 1925	1924
Ostpreußen	57	2,5	2,4
Brandenburg	57	2,2	1,9
Stadt Berlin	116	3,5	2,2
Pommern	44	2,8	2,2
Grenzmark Posen-Westpreußen	4	2,1	1,8
Niederschlesien	66	3,1	3,1
Oberschlesien	55	4,0	7,8
Sachsen	60	1,7	1
Schleswig-Holstein	48	3,2	3
Hannover	60	1,9	2,6
Westfalen	106	2,2	2,3
Hessen-Nassau	55	2,3	2,4
Rheinprovinz	146	2,0	2,3
Hohenzollernsche Lande	—	—	4,2

Im Staatsdurchschnitt hat sich die Sterbeziffer infolge Mordes und Totschlags mit 2,3 gegen 1924 nicht verändert. Von den Provinzen zeigt Oberschlesien, wie im Vorjahre, die höchste Sterbeziffer (4,0). Auffallend ist die Steigerung der Sterbeziffer von Schleswig-Holstein von 1,5 im Jahre 1924 auf 3,2 im Berichtsjahre. Besondere Ursachen für die ungewöhnliche Zunahme der Tötungen in dieser Provinz sind nicht ersichtlich.

Von den 874 Todesfällen durch Mord oder Totschlag entfallen 276 gegen 208 im Vorjahre, also fast ein Drittel aller Fälle, auf Kinder im ersten Lebensjahre. In der Hauptsache handelt es sich hierbei um uneheliche, neugeborene oder wenige Tage alte Kinder, die meistens von der eigenen Mutter getötet worden sind. Im Alter von 1 bis 5 Jahren befanden sich 24, im Alter von 5 bis 15 Jahren 37 Getötete. Ueber 15 Jahre alt waren 537 Personen.

Nach dem Beruf entfallen von den über 15 Jahre alten Getöteten auf Land- und Forstwirtschaft 72 männliche, 13 weibliche; Industrie und Handwerk 170 männliche, 20 weibliche; Handel und Verkehr 57 männliche, 11 weibliche; Beamte und Angehörige der freien Berufe 26 männliche; Gesundheitswesen und Wohlfahrtspflege 2 männliche, 3 weibliche; Häusliche Dienste 3 männliche, 19 weibliche. Als Rentner oder Pensionäre waren 16 Männer und 10 Frauen bezeichnet.

Was die Art der Tötung betrifft, so kamen die Neugeborenen überwiegend durch Ertränken, dann aber auch durch Erwürgen und Ersticken ums Leben, während die übrigen Tötungen am häufigsten durch Erschießen (221 Fälle), sodann durch Erschlagen (136 Fälle) und durch Erstechen (127 Fälle) herbeigeführt wurden.

Diese furchtbaren Zahlen erbringen aufs neue den Beweis, daß die Todesstrafe und alle anderen Strafen niemals dazu dienen werden, die Zahl der „Verbrechen" zu vermindern. Nur die Beseitigung der Ursache, nämlich der kapitalistischen Gesellschaft, wird es ermöglichen, die Zahl derjenigen, die sich an der menschlichen Gesellschaft vergehen, auf ein Mindestmaß zu beschränken. Wir aber wollen geloben, erneut und verstärkt auf unser Ziel hinzuarbeiten. Besonders muß jetzt immer wieder der Schrei ertönen: „Fort mit dem § 218, fort mit der Todesstrafe!" Die Frauen müssen mit uns gemeinsam kämpfen, um diese Schande endlich aus der Welt zu schaffen.

Bitterfeld. Der Magistrat teilt mit: Es mehren sich die Fälle, in denen Vertreter von Bauunternehmungen usw. wegen Zuweisung von Beträgen aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds bei dem Herrn Preußischen Minister für Volkswohlfahrt in Berlin vorstellig werden. Um Reibungen und Schwierigkeiten, die bei einem solchen Vorgehen unvermeidbar sind, nicht aufkommen zu lassen, wird darauf hingewiesen, daß Sonderüberweisungen für bestimmte Bauvorhaben von dem Herrn Minister grundsätzlich nicht bewilligt werden.

Bitterfeld. Die werktätige Bevölkerung von Bitterfeld und Umgebung bekundet ihre Solidarität mit den unterdrückten kolonialen Völkern. Am Mittwoch, dem 29. Juni, wird der Rifkabyle Achmed Hassan Mattar, ehemaliger Völkerbundsdelegierter, im „Gesellschaftshaus" über die Unterdrückung der kolonialen Völker sprechen. Die Spielmannszüge des RFB. von Bitterfeld, Holzweißig und Ramsin, sowie die gesamte werktätige Bevölkerung, treffen sich um 7½ Uhr zwecks Empfang des Genossen Mattar am Bahnhof.

Greppin. Mittwoch abend pünktlich 8 Uhr im Gasthof Schmidt wichtige Funktionärsitzung der Partei. Alle Funktionäre und Gemeindevertreter der Partei haben zu erscheinen. Ebenso muß die Jugend und JUH. dazu einen Vertreter entsenden.

Wittenberg. Heu als Hindernis. Am Sonntagnachmittag gegen ½2 Uhr ereignete sich am Restaurant „Elbschlößchen", Kleinwittenberg, ein Motorradunfall. Umherliegendes Heu geriet in die Kette des Motorrades und brachte das Rad dadurch zum Stillstand. Durch den plötzlichen Stillstand wurde der Mitfahrer Planert, Piesteritz, vom Rade geschleudert, er erlitt Hautabschürfungen im Gesicht und innere Verletzungen. Der Führer des Rades, Fiedler, Kleinwittenberg, erlitt einen Bruch des linken Wadenbeines. Beide Verletzte wurden per Auto in ihre Wohnungen gebracht.

Wittenberg-Piesteritz. Sonnenwendfeier der Arbeitersport. Am Sonnabend fand in Piesteritz unter der Teilnahme der Arbeiter-Sportler, der Jugend und der anderen Arbeiterorganisationen eine gut gelungene Sonnenwendfeier an der Piesteritzer Badeanstalt statt. Unter den Klängen der Spielmannszüge der Sportler und des RFB. marschierten die Teilnehmer nach der Elbe. Dort erwarteten sie schon die Schwimmer, die ein Wasserballwettspiel zum Austrag brachten. Darauf folgten sportliche Aufführungen bis zum Beginn der offiziellen Feier. Mit dem Gesang: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" wurde diese eröffnet. Nach einer Rezitation hielt der Genosse G. Lehmann die Feuerrede, die ausklang in den Worten: „Aus der Flamme neuen Mut und neue Kraft zu schöpfen für den Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Welt." Die Jugend führte darauf ein Feuerstück auf, und der JSB. einen Sprechchor. Nach dem gemeinsamen Liede: „Die Internationale" formierten sich die Teilnehmer zum Fackelzug, der am Volksheim sein Ende fand. Die SAJ. veranstaltete ihre eigene Feier! Trotz schlechter Propaganda war der Besuch doch ein guter. Der Platz an der Badeanstalt eignet sich vorzüglich für solche Veranstaltungen. Die Feier wurde somit zu einer Einleitung des Reichs-Arbeitersporttages.

Nützt die Frauen-Jugend-Kinder-Woche

wirklich zur revolutionären Stärkung unserer gesamten Parteiorganisation aus. Es sind gute Kräfte genug vorhanden, um in allen Orten Werbeveranstaltungen zu organisieren. Stellt die Genossen bei der allgemeinen Agitation gleichzeitig ein

zur Werbung für den „Klassenkampf"

Neues aus aller Welt

Erdbeben auf der Krim

Am Sonntagmittag wurden in Sebastopol, Simferopol, Kertsch und Jalta sowie an anderen Stellen der Krim heftige Erdstöße von fünf Sekunden Dauer wahrgenommen, die von starken, unterirdischem Getöse begleitet waren. An vielen Gebäuden zeigten sich Risse; an mehreren Stellen ereigneten sich Bergstürze. Das Erdbeben, das anscheinend die ganze Halbinsel in Mitleidenschaft gezogen hat, wird auf vulkanische Veränderungen des Bodens des Schwarzen Meeres zurückgeführt.

Bürgerliche Ehemoral

Der Wiener Sensationsprozeß gegen die Frau des Sängers Grosavescu endete mit dem Freispruch der Angeklagten. Er hat eine Ehetragödie im Gefolge gehabt, die man nicht anders als einen furchtbaren Kommentar des Wiener Freispruches bezeichnen kann. Der Fabrikant Eugen Eschinger in Mährisch-Ostrau hat seine junge Frau am Sonntag durch Revolverschüsse getötet und sich dann widerstandslos von der Polizei verhaften lassen.

Das „Montagblatt" gibt hierüber folgende Einzelheiten: Eugen Eschinger, der Besitzer einer Motoren- und Maschinen-Reparatur-Werkstatt, war seit sechs Jahren mit seiner Frau, die aus Wien gebürtig ist, verheiratet. Aus der Ehe ging ein jetzt drei Jahre altes Kind hervor. Die Frau fühlte sich vernachlässigt und quälte ihren Mann ständig mit Eifersucht. Die Verhältnisse wurden so unerträglich, daß eine Scheidung ernstlich erwogen wurde. Die Frau fuhr am Donnerstag nach Wien, wohnte dort dem Grosavescu-Prozeß bei und kehrte am Sonnabend nachts nach Hause zurück. Sie brachte aus Wien Zeitungen mit, woraus sie dem Mann über den Prozeß vorlas. Es kam zwischen den Ehegatten mitten in der Nacht zu heftigen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Frau offen erklärte: „So muß es allen Männern ergehen, die ihre Frau vernachlässigen. Auch ich werde mich an Dir rächen." Der Streit dauerte bis in die frühen Morgenstunden. Dann begaben sich die beiden Ehegatten zu Bett. Am Morgen standen sie sich als unversöhnte Gegner wieder gegenüber. Der Mann hatte vor Aufregung nicht schlafen können. Als um 9 Uhr das Mädchen mit dem Kind fortgeschickt war, las die Frau in den Morgenblättern den Freispruch der Frau Grosavescu. Neuerdings bemächtigte sich ihrer die größte Aufregung. Sie sagte: „Wenn ich Dich jetzt erschieße, dann werde ich genau so freigesprochen, wie die Grosavescu." Was sich dann abgespielt hat, ist noch nicht aufgeklärt. Plötzlich gab der Mann sechs Schüsse gegen seine Frau ab, von denen sie fünf tödlich in den Kopf trafen. Bald nach der Tat erschien eine Gerichtskommission bei dem Fabrikanten.

Opfer des Kapitals

Bergmannsloos. Auf Schachtanlage „Viktor" III und IV gerieten, wie das „B. T." aus Bochum meldet, drei Häuer unter herabfallende Gesteinsmassen. Zwei konnten nur noch als Leichen geborgen werden, der dritte wurde schwer verletzt. Auf der Zeche „Erin" wurden ebenfalls zwei Kohlenhäuer verschüttet und erlitten schwere Brustverletzungen.

Schweres Explosionsunglück. Beim Verladen von Altessen in einem Altwarengeschäft am Trännenberg in Magdeburg, explodierte ein in einem Sack befindlicher Zünder einer Granate. Dem Mann, der das Eisen verlud, wurden beide Beine weggerissen. Sein Zustand ist hoffnungslos. Polizeiliche Ermittlungen wurden sofort eingeleitet.

Tödlich verunglückte auf dem Bahnhof Köthen der 21jährige Streckenarbeiter Walter Kreisel aus Molau.

Auch ein „Betriebs"-Unfall

Die bürgerliche Presse berichtet aus Goslar: Als Herzog Ernst von Braunschweig und Lüneburg bei der Besichtigung seiner Domäne Lichtenberg bei Gebhardshausen auch der Schmiede einen Besuch abstattete, wurde er von einem kleinen Unfall insofern betroffen, als ihm ein kleiner Eisensplitter ins Auge flog. Der Herzog suchte eine Augenklinik in Goslar auf, wo der Schaden alsbald behoben werden konnte, da die Verletzung nur geringfügig war. — Na, also! Aber trotzdem bringt man diese „ungeheuer wichtige" Meldung, weil es doch ein richtiggehender Herzog ist. Uebrigens, wenn es ein falscher gewesen wäre, hätte man diese wichtige „Hof"-Nachricht auch gebracht, siehe — Fall Domela. Wieviel Tausenden von Proleten passiert täglich dasselbe — die haben aber höchstens den Lohnausfall zu tragen.

Ein Chauffeur durch das Jagdgewehr seines Chefs umgekommen

Ein Fabrikant aus Plauen i. V. fuhr am Sonnabend mit seinem Auto auf die Rehbockjagd. Als er heimfahren wollte, nahm der 44 Jahre alte Chauffeur Wesser das Jagdgewehr seines Chefs vom Tisch. Dieses entlud sich und verletzte den Chauffeur am linken Oberschenkel so schwer, daß der Tod durch Verbluten eintrat.

Beim Schützenfest erschossen

Aus Woltersdorf (Kreis Saatzig) wird gemeldet, beim Schießen der Schützenvereinsmitglieder wurde der 25jährige Sohn des Landwirts Weller, der als Anzeiger fungierte, erschossen.

Die blamierte Polizei

(JSJ.) Die tschechoslowakische Polizei erlebte in den letzten Tagen eine Blamage nach der anderen. Sie hat ein richtiggehendes Kommunistennest in Bratislava entdeckt, mit Kurierzentrale, Paßfälscherlager, Geheimdruckerei und wie sonst noch der landesübliche Kram heißt. Verhaftungen folgten darauf, doch je mehr man verhaftete, desto weniger blieb von den entdeckten Wundern zurück. Am Ende konnte nur der Parteisekretär Werschik in Haft gehalten werden, weil man bei ihm ganz besonders konspirative Tätigkeiten vermutete. Wie jetzt die Polizei triumphierend meldet, wurde er als „Führer einer geheimen Lenin-Schule" entlarvt und der Polizei gelang es „nach mehrwöchentlicher angestrengter Arbeit diese Schule in Magyjzombat (Slowakei) auszuforschen". Diese Nachricht entfesselt in der Tschechoslowakei einen Sturm der Heiterkeit, da dort jedermann — außer der Polizei — weiß, daß die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei in dem Lande mehrere Dutzende von politischen Kursen abhält, die den Namen Lenin-Schule führen, deren Lehr- und Stundenplan in jeder Parteizeitung tagtäglich zu lesen sind!

Ausschreitungen eines betrunkenen Droschkenchauffeurs

Ein Berliner Droschkenchauffeur fuhr Sonnabend abend ohne Licht mit einer Stundengeschwindigkeit von 80 Kilometern die Oranienburger Chaussee entlang und gefährdete Passanten und Automobilisten. Die Kraftdroschke stieß schließlich auf einen Plattenwagen auf, dessen Führer vom Bock geschleudert und schwer verletzt wurde. Als ein Polizeikommissar den anscheinend betrunkenen Chauffeur feststellen wollte, fielen dieser und die beiden Fahrgäste über den Beamten her, dem dabei der Daumen der rechten Hand abgebissen wurde. Erst als Landjäger zu Hilfe kamen, gelang es, die Leute zu überwältigen und festzunehmen.

Der Starkstrom-Tod

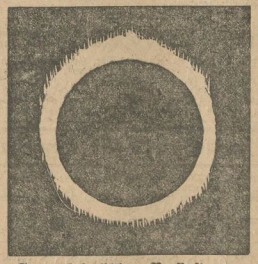
Im Betriebe der städtischen Brauerei in Jena ist der Schlosser Paul Schneider aus Jena dadurch tödlich verunglückt, daß er versehentlich mit einer Eisenstange die Starkstromleitung berührte. Der Verunglückte war 33 Jahre alt.

Auf zur Galavorstellung!

Sonnenfinsternis morgen Mittwoch früh 5.20 Uhr

Am morgigen Tage wird uns der alte gute Begleiter der Mutter Erde, der Mond, eine kurze, und indem wir auf günstiges Wetter hoffen, eindrucksvolle Galavorstellung vorführen. Das heißt, diese wird nur für diejenigen stattfinden, die am morgigen Tage sehr frühzeitig auf den Beinen sein werden. Die angekündigte Sonnenfinsternis wird bereits kurz nach fünf Uhr vor sich gehen. Dann wird der Mond langsam, aber sicher, unserem Planeten das Licht abgraben und damit allen kultivierten und unkultivierten Primitiven gewaltige Gänsehäute über die diversen Rücken jagen. Allerdings wird eine vollständige Verdunkelung der Sonne nicht eintreten, so daß die allerschlimmsten Prophezeiungen auf nicht allzu fruchtbaren Boden fallen dürften. Immerhin werden eine ganze Anzahl alter Tanten beiderlei Geschlechts von Weltuntergang, bevorstehenden Kriegs- und Pestilenzgefahren in Verbindung mit dieser unschuldigen Naturerscheinung faseln.

Die Verfinsterungen des Tagesgestirns sind durchaus keine Seltenheit. Sie wechseln aber in Erscheinungsform und Dauer ganz außerordentlich. Eine totale Sonnenfinsternis für einen bestimmten Punkt unseres Planeten wird in einem Jahrtausend überhaupt nur viermal eintreten. Beispielsweise erlebte Berlin die letzte im Jahre 1887 und wird die nächste erst im Jahre 2135 zu sehen bekommen. Wie kommt nun eine totale Verfinsterung zustande? Sie kann nur in den Gebieten in Erscheinung treten, über denen Mond und Sonne genau hintereinander stehen. Es kann jedoch der Fall eintreten, daß der Mond zwar vor der Sonne steht, sie jedoch nicht völlig zu verdecken vermag, weil der Abstand der Erde von der Sonne wechselt. Er schwankt um die Kleinigkeit von vier Millionen Kilometern. Ueberall an dem Rande des Mondes wird die Sonne hervorleuchten. Es gibt dann eine ringförmige Finsternis, wie sie auf der Südhalbkugel unseres Planeten am 3. Januar d. J. zu sehen war. Wenn der Kernschatten des Mondes in größter Ausdehnung die Erdoberfläche trifft, so erleben wir eine totale Finsternis, die bis zu acht Minuten anhalten kann, diese Erscheinung in ihrer extremsten Form ist allerdings am seltensten.



Anblick der Sonne bei völliger Verfinsterung; am Rande ihre Atmosphäre (Korona) sichtbar

Die Wissenschaft benutzt nun diese einzigartige Möglichkeit der Sonnenfinsternis, um näheren Aufschluß über die Beschaffenheit der Sonnenoberfläche zu erhalten. Man sieht also, daß solche Ereignisse nicht nur allen möglichen Aposteln die Gelegenheit zur Prophezeiung eines garantiert echten Weltuntergangs geben, daß nicht nur ängstliche Gemüter bei diesen Gelegenheiten Testamente machen, sondern daß immerhin auch für ernsthafte Menschen dabei etwas Ersprießliches herausspringen kann. Die Expeditionen, die von astronomischen Wissenschaftlern am 29. Juni nach Norwegen reisen, werden mit Fernrohr, Kamera und anderen Apparaten die wichtige Aufgabe haben, die Beobachtung der glutflüssigen explosionsartig Hunderttausende von Kilometern emporsteigende Massen der sogenannten Protuberanzen und die Untersuchung der gasförmigen Hülle der Sonne, der sogenannten Korona, vorzunehmen. Auch die Nachprüfung der Relativitätstheorie wird zu den wichtigen wissenschaftlichen Aufgaben dieser Expedition gehören. Immerhin keine Kleinigkeit, wenn man bedenkt, daß die zur Verfügung stehende günstige Zeit für die Beobachtungen nur Dreiviertelminute beträgt.

Gewaltige Explosionen (Protuperanzen) auf der Sonne; Höhe 280000 Kilometer

Alle Freunde eines seltenen Naturschauspiels werden also nochmals darauf hingewiesen, sich diese Gelegenheit nicht entgehen zu lassen und morgen früh pünktlich zur Galavorstellung unseres Erdtrabanten auf den Beinen zu sein. Selbst bei trübem Wetter wird sich die Finsternis dem menschlichen Auge vernehmbar bemerkbar machen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270628-12/fragment/page=0011

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Wie Volksvertreter die Interessen der Hochwassergeschädigten wahrnehmen

Obwohl die wirtschaftliche Lage der durch das Hochwasser geschädigten Bevölkerung schlecht ist, die Wunden aus den Jahren 1925 und 1926 noch nicht geheilt sind und im Frühjahr 1927 erneut große Teile in Preußen durch Ueberschwemmung gelitten haben, ist die preußische Regierung, die von den Sozialdemokraten bis zu der Volkspartei unterstützt wird, nicht dazu übergegangen, von der Wortemacherei zu einer ausreichenden Hilfe der Geschädigten zu kommen. Im Monat April lagen dem Landwirtschaftsausschuß und dem Plenum des Landtags ungefähr 30 Anträge vor, über die stundenlang geredet wurde und von denen dann auch 28 zur Annahme empfohlen und nur zwei abgelehnt wurden.

Wenn 28 Anträge angenommen worden sind, wird der Geschädigte sagen, dann wird ganz bestimmt die praktische Hilfe nicht ausbleiben. Gewiß hat der Staat einige Millionen zur Verfügung gestellt, es steht aber fest, daß diese nicht ausreichten, um allen Hochwassergeschädigten nur einigermaßen wieder auf die Beine zu helfen. Auch steht fest, daß diejenigen Hochwassergeschädigten, die einer Unterstützung am dringendsten bedurften, wenig oder nichts bekommen haben.

Die vielen Anträge der bürgerlichen Parteien, die angenommen wurden, deren Inhalt absolut nichts Konkretes verlangt, haben keine Hilfe gebracht. Die Anträge wurden ja auch nur deshalb angenommen, weil sie die Regierung nach keiner Richtung hin festlegten. Die zwei Anträge, die abgelehnt wurden, stammten von der Kommunistischen Partei und wurden deshalb von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen abgelehnt, weil darin die Mittel verlangt wurden, die zur Unterstützung der Geschädigten und zur Verhütung künftiger Ueberschwemmungen gebraucht werden.

Neuerdings hatten sich die Herren Volksvertreter wieder mit Anträgen zu beschäftigen, die anläßlich der im Frühjahr 1927 eingetretenen Hochwasserkatastrophe dem Landtag unterbreitet wurden. Diesmal waren es nicht so viele. Nur die Kommunisten hatten ihre Forderungen, die ihnen die Geschädigten aufgegeben hatten, wieder vorgelegt.

Die Volksvertreter der preußischen Koalitionsparteien reden aber nicht mehr gern über die Notlage der Hochwassergeschädigten, sie wollen keinen großen Lärm machen und verhüten alles, was im Landtage dazu führen könnte, weil sie wissen, daß sich das Volk in diesen Fragen nicht mehr länger mit Worten abspeisen läßt. Die Anträge werden jetzt hinter den Kulissen von einem kleinen Ausschuß, in dem von jeder Fraktion nur ein Abgeordneter sitzt, mit dem Bemerken „durch die Erklärungen des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten erledigt" stillschweigend begraben.

Diese stillschweigende Versenkung der Forderungen und Wünsche der Hochwassergeschädigten, die durch die kommunistischen Abgeordneten dem Landtage vorgelegt und vorgetragen werden, können sich die bürgerlichen Volkvertreter nur erlauben, wenn unter den Hochwassergeschädigten selbst Friedhofsruhe eingetreten ist. Die ganze Gesellschaft hat eine sehr gute Nase, je nach der Stimmung unter der Bevölkerung richtet sich ihre Stellung im Parlament.

Deshalb sagen die Kommunisten den Hochwassergeschädigten: Wenn Ihr wünscht, daß Eure Forderungen im Parlament in Zukunft zur Sprache kommen sollen, dann müßt Ihr draußen etwas mithelfen, dadurch daß die Geschädigten etwas mobiler werden und uns im parlamentarischen Kampfe unterstützen.

„Die schwarze Schmach" in Delitzsch!

Wir haben schon oft im „Klassenkampf" die Maskenaufzüge bei den sogenannten „Wiedersehenstagen" der Kriechervereine angeprangert und mit Recht der verdienten Lächerlichkeit preisgegeben. Die wacligen Knochengestelle der rotbestreiften Monokelträgern ziehen nun wahrscheinlich bei den Treudeutschen nicht mehr. Und so hatte man sich nach Delitzsch zum Sonntag vor acht Tagen zum Gardefest etwas ganz besonderes geholt. Den leibhaftigen schwarzen Kesselpauker von „S. M." Hören wir, was die „Delitzscher Allgemeine Zeitung" zu diesem Affentheater als Niederschlag der Stimmung weiter bürgerlicher Kreise zu sagen hat. Sie schreibt am Sonnabend:

„Aber den Scherz mit dem Neger hätte man unterlassen sollen. Wenn man fragen würde, wer die Hauptperson im Zuge war, so würde bestimmt der anführende Schwarze als der Held des Tages bezeichnet werden. Mag der Afrikaner auch noch eine so gute „nationale" Gesinnung an den Tag legen, mag seine Treue zu S. M. auch noch so unerschütterlich sein, heute, wo man von der schwarzen Schmach redet, wo die Frage der Rasse in gewissen Kreisen eine große Rolle spielt, sollte so etwas kaum für möglich gehalten werden. **Sogar als „Kamerad" bezeichnete man diesen schwarzen Kesselpauker.** Was er wohl gedacht haben muß, als sich das gesamte Interesse der Zuschauer auf ihn richtete, als man ihn **in bestimmten Straßen mit Blumen förmlich überschüttete**, gerade so, als hätte ihn die höchstpersönlich verhinderte Majestät zum Vertreter des Hauses Doorn ernannt. Er war sich aber seiner Bedeutung vollauf bewußt. Das zeigte sich deutlich in seinem Gesicht und in **seinen possenhaften Bewegungen.** Und merkwürdig:

Je mehr er seine sinnlichen Lippen zu einem grätschenden Grinsen verzog, desto mehr überhäufte man ihn mit Blumen."

Wir haben diesem Urteil einer bürgerlichen Zeitung nur noch hinzuzufügen, daß wir uns über den Blödsinn dieser Kreise überhaupt nicht mehr wundern. Wir sind sogar auf noch viel mehr gefaßt. Es ist klar, daß man diesen „schwarzen Kameraden" hauptsächlich deswegen so begeistert aufnahm, weil „S. M." an ihm ein Spielzeug seiner übergeschnappten Launen gehabt hatte. Der Byzantinismus dieser Leute wird u. E. sehr bald dahin führen, daß bei einer der nächsten schwarzweißroten Paraden

der „verlassene Klosettsitz"

von „S. M." unter Bedeckung einer Traditionskompagnie der republikanischen Reichswehr, schwarzweißrot bebändert, im Triumph durch die Reihen begeisterter Spießbürger getragen werden wird. Wie mire es übrigens, wenn der Lieschenbund ein solches Symbol als Wappen aufnehmen würde? Heil! Wir hätten gern noch gewußt, ob man „ihn", den schwarzen Kesselpauker, als Vortänzer bei den Klängen der Jazz-Band benutzt hat. Der muß es doch am besten können!

Frauen, erwacht!

Die Tatsache, daß Millionen von Frauen sich in unmittelbarer geistiger Abhängigkeit von Reaktion und Kirche befinden, ist allbekannt. Wir wissen auch, daß diese Abhängigkeit zu einem ungeheuren geistigen Stumpfsinn führt, der höchstens dann einmal unterbrochen wird, wenn die Frau den Mann vom Kampf um seine Rechte als Arbeiter abhält oder wenn der Mann gar seinen Kindern eine andere als von Kirche und Staat vorgeschriebene Erziehung angedeihen lassen will. Gewiß ist gegenüber der Zeit vor dem Kriege auch hierin manches besser geworden. Aber der geistige Nebel, mit dem die Kirche die Hirne insbesondere der Frauen umgibt, ist heute noch so dicht, daß trotz Krieg und aller Erfahrungen aus demselben gerade für die Frauen Kirche und Reaktion heute noch eine fast unumschränkte Herrschaft unter diesen ausüben. Eine Statistik, die vom amtlicher Seite über die Ergebnisse der Religionsauszählung auf Grund der letzten Volkszählung aufgestellt worden ist, stellt fest, daß der Anteil der Bevölkerungsteile, die weder der christlichen (evangelischen oder katholischen) noch der jüdischen Kirche angehören, von 0,4 Prozent im Jahre 1910 immerhin auf 2,5 Prozent im Jahre 1925 angewachsen ist. Man darf aber dabei nicht vergessen, daß in diese Zahlen auch noch die zahlreichen Sekten mit einbegriffen sind, zu deren Angehörigen gerade die Frauen einen großen Prozentsatz stellen. Im Grunde genommen ist also die Zahl der Frauen, die sich wirklich zu einer freien Weltanschauung durchgerungen haben — gar nicht von einer revolutionären zu sprechen — außerordentlich gering. Dies benutzend, machen Kirche und Reaktion auch immer wieder die verzweifeltsten Anstrengungen, um die Frauen für sich zu ködern, weil sie wissen, daß sie dadurch insbesondere der revolutionären Arbeiterschaft hemmend entgegenwirken.

So wird aus Delitzsch über eine Johannisfeier im „Frauenverband" berichtet. Vorsichtig bereiten diese Leute bereits jetzt die nächstjährigen Wahlen vor und versuchen, die Frauen für sich zu gewinnen. Dann hielt ein Pastor Valentin eine Rede, in der er sehr realpolitische Forderungen als „Ideale" für das „deutsche Volk" hinstellt. Die geistige Einheit unseres Volkes will er und meint natürlich Einheit in monarchistischem Sinne. Er sagt zwar, daß es bedauerlich sei, daß der „vierte Stand" so abseits vom nationalen Leben steht — damit meint er die Arbeiterklasse —, gibt natürlich aber nicht die Gründe an, daß das selbstverständlich ist, weil der „vierte Stand" von den drei andern „nationalen" Ständen — d. h. der Ausbeuterklasse — ausgepowert wird bis aufs Blut. Das aber müssen die Arbeiterfrauen endlich erkennen und daraus die Lehre ziehen, sich von diesen Pastoren und Agrariern und satten Bürgersleuten nicht mit Redensarten und dummen Phrasen einfangen zu lassen, sondern ihren Weg zu ihrer eigenen Befreiung allein Schulter an Schulter mit den Kommunisten zu gehen.

In diesen Tagen begeht eine greise Vorkämpferin der unterdrückten Frauen, unsere alte Genossin Klara Zetkin, ihren 70. Geburtstag. Die Kommunistische Partei ruft anläßlich dieses Gedenktages eines langen Lebens, daß nur der Befreiung der Arbeiterklasse gewidmet war, alle Arbeiterfrauen auf, sich freizumachen von dem Einfluß ihrer Unterdrücker, zu uns zu kommen, zur roten Front, damit sie dereinst vor ihren Kindern nicht beschämt dastehen müssen. Wir brauchen die Frauen, einmal, damit sie den Männern anfeuernd zur Seite stehen und zum anderen, damit sie die Kinder, unsere Zukunft, bereits in unserem Sinne erziehen. Die Frau hat neben Kochtopf und Strickstrumpf hier eine ungeheure Aufgabe zu erfüllen. Sage keine, das kann ich nicht, dazu fehlt mir die Erfahrung, die Schulbildung, das Talent, die Frau soll und muß sich freimachen davon, daß sie glaubt, immer einen geistigen Vormund haben zu müssen. Und hierin muß ihr natürlich auch der Mann behilflich sein. Vorwärts, Ihr Frauen, im Geiste unserer alten Genossin Klara Zetkin!

Mühlberg. Auf zum roten Treffen! Am 2. und 3. Juli findet in Mühlberg ein Untergau-Treffen des Roten Frontkämpfer-Bundes statt. In dieser reaktionären Gegend der erste Aufmarsch der roten Front. Es ist Pflicht aller Kameraden und Genossen, geschlossen an diesem Kampftage der Arbeiterschaft aufzumarschieren, um den Schwarzweißroten und ihrem Anhang zu zeigen, wie stark der Gedanke des klassenbewußten Proletariats und seiner Abwehr gegen die beabsichtigten Zollerhöhungen und verschiedrien Steuerlasten, gegen imperialistische Kriegsgefahr und Bürgerblock-Regierung ist. Also auf zum Roten Tag am 2. und 3. Juli in Mühlberg.

Bereitet

die Klara-Zetkin-Werbewoche für die „Rote Hilfe" vom 3. bis 9. Juli 1927

vor!

Die Marktkleinhandelspreise in Halle am 28. Juni

Obst und Gemüse:		
Tafeläpfel	1 Pfd.	0,80—1,00 Mk.
Apfelsinen	1 Stck.	0,10—0,20 „
Bananen	1 Stck.	0,10—0,20 „
Süße Kirschen	1 Pfd.	0,45—0,50 „
Pfirsiche	1 Pfd.	0,60—0,80 „
Erdbeeren	1 Pfd.	0,55—0,65 „
Stachelbeeren	1 Pfd.	0,25 „
Johannisbeeren	1 Pfd.	0,40 „
Heidelbeeren	1 Pfd.	0,60—0,65 „
Aprikosen	1 Pfd.	0,55—0,65 „
Tomaten	1 Pfd.	0,35—0,50 „
Grüne Bohnen	1 Pfd.	0,35—0,40 „
Salat-Gurken	1 Stck.	0,10—0,40 „
Radieschen	1 Bd.	0,05—0,08 „
Rhabarber	1 Pfd.	0,10 „
Spargel	1 Pfd.	0,40—1,00 „
Wirsingkohl	1 Kopf	0,20—0,25 „
Blumenkohl	1 Kopf	0,40—0,80 „
Salat	1 Kopf	0,05—0,08 „
Neue Mohrrüben	1 Schock	0,60 „
Spinat	1 Pfd.	0,10 „
Kohlrabi, neue	1 Mbd.	0,75—0,90 „
Zwiebeln	1 Pfd.	0,20—0,25 „
Neue Zwiebeln	1 Bd.	0,20 „
Rapunzchen	1 Pfd.	0,30 „
Selerie	1 Bd.	0,20 „
Porree	1 Bd.	0,15—0,20 „
Schoten	1 Pfd.	0,20 „
Fische:		
Hechte	1 Pfd.	1,50—1,60 „
Fr. Aal	1 Pfd.	2,50—3,00 „
Schleie	1 Pfd.	0,40 „
Schleie	1 Pfd.	2,00 „
Weißfisch	1 Pfd.	0,40—1,00 Mk.
Heringe, Norm.	1 Stck.	0,05—0,06 „
Heringe, Schotten	1 Stck.	0,10—0,15 „
Matjesheringe	1 Stck.	0,10—0,15 „
Bücklinge	1 Pfd.	0,70 „
Schellfisch, ger.	1 Pfd.	0,60 „
Seefuchs, ger.	1 Pfd.	0,60 „
Aal, ger.	1 Pfd.	3,50—4,00 „
Wild und Geflügel:		
Enten	1 Pfd.	1,10—1,40 „
Gänse	1 Pfd.	1,20—1,50 „
Hühner	1 Pfd.	1,00—1,30 „
Tauben	1 Stck.	0,70—0,90 „
Rehfleisch	1 Pfd.	0,60—2,20 „
Kaninchen, Stall	1 Pfd.	1,00—1,10 „
Kaninchen, wild	1 Pfd.	0,90—1,00 „
Sonstiges.		
Butter, Molk.	1 Stck.	1,00—1,10 „
Butter, Bauern	1 Stck.	0,85—0,95 „
Quark	1 Pfd.	0,30 „
Käse	1 Stck.	0,10—0,20 „
Pflaumenmus	1 Pfd.	0,50 „
Kartoffeln, alte	1 Pfd.	0,09—0,10 „
Kartoffeln, neue	1 Pfd.	0,20—0,23 „
Kartoffeln, ausl.	1 Pfd.	0,20—0,23 „
Eier	1 Stck.	0,11—0,12 „
Zitronen	1 Stck.	0,05—0,06 „
Meerrettich	1 Stck.	0,20—0,40 „
Petersilie	1 Pfd.	0,30 „
Schnittlauch	1 Bund	0,05 „
Rettiche	1 Stck.	0,05—0,08 „
Pfifferlinge	1 Pfd.	0,60—0,70 „
Champions	1 Pfd.	1,80—2,00 „

Fleisch- und Wurstwaren

Je Pfund

Rindfleisch:	
Kochfleisch	0,90—1,00 Mk.
Bratenfleisch	1,10—1,30 „
Delikatessfleisch	0,70—1,10 „
Kalbfleisch:	
Kochfleisch	1,00—1,10 „
Bratenfleisch	1,20—1,30 „
Hammelfleisch:	
Kochfleisch	1,00 „
Bratenfleisch	1,10—1,20 „
Schweinefleisch:	
Kamm und Koteletten	1,10—1,30 „
Bauch und fettes Fleisch	0,80—0,90 „
Ziegenfleisch	0,60—0,80 Mk.
Rossfleisch	0,60—0,70 „
Wurstwaren:	
Schlachtwurst	2,00—2,30 „
Knackwurst	1,40—1,60 „
Mettwurst	1,40—1,60 „
Zervelatwurst	2,30 „
Schwartenwurst	1,00—1,10 „
Rotwurst, frisch	1,00—1,10 „
Rotwurst, geräuch.	1,20—1,30 „
Leberwurst, frisch	1,00—1,10 „
Leberwurst, geräuch.	1,20—1,30 „
Schinken, roh	2,00—2,30 „
Schinken, gekocht	2,30—2,50 „
Speck, fett, geräuch.	1,00—1,10 „
Speck, mager, geräuch.	1,20—1,30 „

Amtliche hallische Produkten-Notierungen vom 28. Juni 1927

Für 1000 kg	alte Ernte	neue Ernte	Für 100 kg	alte Ernte	neue Ernte
Weizen	290—295	260—265	Viktoriaerbsen	—	—
Roggen	284—288	240—243	Futtererbsen	—	—
Braugerste	260—270	ruhig	Raps	—	—
Wintergerste	—	210—215	Weizenkleie, mittel	14,50—15,00	ruhig
Futtergerste	250—255	gefragt	Weizenkleie, grob	14,50—15,00	ruhig
Hafer	264—274	ruhig	Roggenkleie	14,50—15,00	ruhig
Mais	188	ruhig	Malzkeime	—	—
			Trockenschnitzel	13,50—14,00	—

Wie wird das Wetter?

Für das mittlere Norddeutschland: Langsame Besserung bevorstehend. Für das übrige Deutschland: Im Osten noch leichte Niederschläge.

Verantwortlich: Kurt Kühn, Merseburg, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S.

Werbt für den „Klassenkampf"!

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473. — Postscheckkonto Leipzig 107001.
Arthur Sämisch, Bezirks-Schreibr. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Stadtteil Süden. Donnerstag, 30. Juni, abends 8 Uhr, in Loeffs Hof außerordentliche Mitgliederversammlung. Referent Genosse Grade.
Bruchdorf. Donnerstag, 30. Juni, abends 8 Uhr, bei Große Mitgliederversammlung. Alle Parteigenossen müssen dazu erscheinen.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfeld. Mittwoch, den 29. Juni, abends 8 Uhr, Fortsetzung des Gewerkschaftskursus, wozu alle Gewerkschaftsfunktionäre und Genossen erscheinen müssen.
Bitterfeld. Donnerstag, 30. Juni, abends 8 Uhr, Sitzung der engeren UBL. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Neumark. Mittwoch, den 29. Juni, abends 8 Uhr, in Schumanns Gasthaus Fortsetzung der gemeinsamen Versammlung des KJV. und der KPD. Alle Kameraden und Genossen müssen wieder erscheinen.
Lützen. Mittwoch, den 29. Juni, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" Vortrag der Genossen Dr. Friedländer über das Thema: „Die Befreiung der Frau."
Merseburg. Mittwoch, 28. Juni, abends 7 Uhr, in der Buchhandlung Unterbezirksleitungssitzung. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Naundorf b. Lauchhammer. Mittwoch, 29. Juni, abends 8 Uhr, bei Dambowski wichtige Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Donnerstag, 30. Juni, abends 8 Uhr, im „Herrmannsgarten" Filmvorstellung.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Adresse der Gauleitung des RFB. Halle-Merseburg: Fritz Brückner, Halle a. d. S., Große Klausstraße 10.

Bureauzeit des Sekretariats des RFB. vormittags 9 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 7 Uhr. Mittwochs und Sonnabends von 3 bis 1 Uhr und 3 bis 8 Uhr abends. Postscheckkonto: Leipzig. Konto Nr. 14 971. Fritz Brückner, Halle.

Die IAH. veranstaltet am Donnerstag, 30. Juni, eine Antikolonialkundgebung, daran beteiligt sich auch der Rote Frontkämpfer-Bund. Der RFB. tritt zu folgenden Zeiten und auf unten ersichtlichen Plätzen an:
Abteilung 1 (Süden): Antreten Roßplatz 7 Uhr abends durch Dessauer Straße, Ludwig-Wucherer-Straße, Wilhelmstraße, Hord, Schorlemerstraße, Paradeplatz.
Abteilung 2 (Süden): Antreten Johannisplatz abends 7 Uhr; durch Liebenauer Straße, Steinweg, Hannische Straße, Alter Markt, Meterstraße, Oleariusstraße, Kleine Ulrichstraße, Bergstraße, Paradeplatz.
Abteilung 3 (Westen): Antreten Weingärtenplatz abends 7 Uhr; durch Glaucharer Straße, Moritzkirchof, Gutjahrstraße, Oleariusstraße, Kleine Ulrichstraße, Bergstraße, Paradeplatz.
Abteilung 4 (Norden): Antreten Wettiner Platz abends 7 Uhr; durch Wettiner Straße, Hermannstraße, Große Wallstraße, Paradeplatz.
Abteilung 5 (Zentrum): Antreten Paradeplatz abends 7.15 Uhr.
Rote Jungfront bei den Abteilungen, ab Paradeplatz geschlossen.
Spielmannszug bei den Abteilungen, ab Paradeplatz geschlossen.
Abmarsch vom Paradeplatz 7.30 Uhr; durch Große Wallstraße, Kirchtor, Burgstraße, „Volkspark".

Untergau Halle-Saalkreis

Halle. Abteilung 5 (Zentrum). Heute abend 8 Uhr außerordentlich wichtige Mitgliederversammlung bei Wölzel, Unterberg. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht. Referent anwesend.
Ammendorf. Heute abend 8 Uhr im „Burgschlößchen" Uebungsstunde des Spielmannszuges. Jeder Spielmann hat zu erscheinen.
Spielleute Halle. Abteilung 4, Norden. Mittwoch, den 29. Juni, abends 1/2 8 Uhr, im Lokal „Lüderitzberg" Appell, anschließend Versammlung. Jeder Kamerad, der nicht erscheint, hat sein Instrument abzugeben.

Jungfront

Achtung, Funktionäre. Heute abend 8 Uhr Funktionärkurkus in der „Kette".

Untergau Bitterfeld

Greppin. Donnerstag, 30. Juni, abends 7 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.

Untergau Mansfeld (Gebirgskreis)

Hettstedt. Dienstag, 28. Juni, Uebungsstunde der Hornisten abends 8 Uhr.
Hettstedt. Mittwoch, 29. Juni, Uebungsstunde der Tambours abends 8 Uhr.
Hettstedt. Donnerstag, 30. Juni, Uebungsstunde der Hornisten abends 8 Uhr.

Untergau Torgau-Liebenwerda

Am Sonnabend, 2. Juli, und Sonntag, 3. Juli, findet in Mühlberg das Untergautreffen statt. Kameraden, welche Quartiere benötigen, werden ersucht, sich nachher schriftlich beim Kameraden Max Paul, Mühlberg a. E., Lindenstraße 4, anzumelden. Alle Ortsgruppen sind verpflichtet, am Treffen teilzunehmen.

Untergau Zeitz

Zeitz. Mittwoch, 29. Juni, 7 Uhr, Propagandaausmarsch. Treffpunkt Herberge.

Untergau Merseburg

Merseburg. Spielmannszug. Dienstag, 28. Juni, abends pünktlich 1/2 8 Uhr, an der Naumburger Straße Uebungsstunde.

Untergau Wittenberg

Wittenberg-Pieltersitz. Mittwoch, den 29. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal „Stadt Hamburg" Ortsgruppen-Funktionärsitzung.

Untergau Weißenfels

Jungfront

Weißenfels. Mittwoch, den 29. Juni, Abendausmarsch. Antreten 1/20 Uhr am Rosalestpweg. Jeder Kamerad muß erscheinen.
Halle. Mittwoch 1/8 Uhr abends Spielen auf der Peißnitz. Kommt alle.
Halle. Gruppe Westen und Zentrum. Alle Mitglieder, welche Material zur Sonnenwendfeier noch in ihrem Besitz haben, werden hierdurch ersucht, selbiges auf der Peißnitzwiese abzurechnen. Bei Regenwetter erfolgt Abrechnung im Jugendbureau.
Halle. Metallarbeiter Donnerstag abend 8 Uhr im Gesellschaftshaus Klosterstraße Jugendfektionsversammlung. Thema: Moderne Berufsausbildung. Ref. Koll. Helmuth. Sorgt für einen guten Besuch.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Donnerstag, 8 Uhr abends, Stadtgruppe 1 im Jugendheim; Stadtgruppe 2 im Gewerkschaftshaus Zusammenkunft.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Bockwitz. Mittwoch Gruppenabend: Der Staat und wir. Demokratie oder Diktatur.
Mückenberg. Donnerstag Gruppenabend. Politische Lage und Aufgabe des KJVD.

Unterbezirk Mansfeld

Eisleben. Mittwoch Gruppenabend.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung i. Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Zeitz. Mittwoch, den 29. Juni, nachmittags 5 Uhr, Gruppenabend am Sportplatz, bei ungünstiger Witterung in der Herberge. Gruppenführer haben dort abzurechnen. Mittwoch, den 29. Juni, abends 8 Uhr, gehen die Eltern ins „Schützenhaus" zur Ausländerversammlung.
Halle. Mittwoch nachm. 6 Uhr in der Produktiv. Versammlung der Bezirke 1 und 2.
Halle. Donnerstag nachm. 6 Uhr in der Produktiv. Musikübungsstunde.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Adresse der Gauleitung des RFMB. Halle-Merseburg: Anne Schumann, Halle a. S., Sternstraße 1 pt., bei Lichtenstein.
Bureauzeit der Gauleitung ist wie folgt: Von Montag bis Freitag nachmittags von 3 bis 6 Uhr und Sonnabends von 3 bis 5 Uhr.

An alle Ortsgruppen! Wir machen nochmals alle Ortsgruppen darauf aufmerksam, daß unbedingt in diesem Monat noch mit der Gauleitung abgerechnet werden muß.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
Fernruf 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Genosse, bezahlst Du Deinen Beitrag richtig? Mit dieser Woche ist der Monatsbeitrag für Juni fällig. Nach dem Verbandsstatut gelten alle Mitglieder als ausgeschlossen, welche länger als acht Wochen im Rückstande sind. Du, Genosse, bringe sofort Dein Buch in Ordnung, denn in den nächsten Tagen ist Kontrolle.

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Gr. Steinstr. 16 H. pt. Teleph. 29150

Halle. Mittwoch, 29. Juni, 6 Uhr, im Bureau Sitzung der Kinderhilfskommission.
Mücheln. Mittwoch, 29. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Mitgliederversammlung.
Wittenberg. Mittwoch, 29. Juni, abends 7 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Bericht vom Landeskongreß der IAH. Erscheinen ist Pflicht.

Antikolonialkundgebungen finden statt:

Halle. Donnerstag, 30. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspark".
Bitterfeld. Mittwoch, den 29. Juni, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270628-12/fragment/page=0012

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark. ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 15 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047. 22231. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank. Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 45 Fritz Krob. Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | **Halle, Dienstag, 28. Juni 1927** | **7. Jahrgang * Nr. 149**

Wucherer und Kriegstreiber in Front

Steigert den Abwehrkampf in Betrieben und Gewerkschaften!

Der Handel unter den Regierungsparteien über den Anteil der einzelnen Gruppen an der Ausplünderung des deutschen Volkes durch die Zollerhöhungen scheint abgeschlossen zu sein. Wie aus Berlin gemeldet wird, soll neben dem Entwurf des Erwerbslosenversicherungs-Gesetzes auch die Zollvorlage fertiggestellt und in dieser Woche den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet werden. Es heißt, daß auch zwischen den Regierungsparteien eine Verständigung auf der Grundlage der im Reichsrat bereits eingebrachten Vorlagen erzielt worden wäre. Am Donnerstag soll die Zollvorlage im Reichsrat behandelt werden und am Freitag schon auf der Tagesordnung des Reichstages stehen. Die Zollvorlage garantiert den Großagrariern die Ausplünderung der werktätigen Massen bis zum Juli 1929. Das Mieterschutzgesetz, sowie das Sperrgesetz sollen ebenfalls noch vor den Ferien zur Entscheidung gebracht werden.

*

Nach dem großen außenpolitischen „Friedens"-Manöver mit Stresemanns „selbstbewußter" imperialistischer Rede sind die politischen Geschäftsleute der deutschen Republik intensiv mit der Durchpeitschung innerpolitischer Maßnahmen beschäftigt. Im Vordergrunde steht nach wie vor der Kampf um die Zollpolitik.

Da schon in dieser Woche die Zollvorlage vor den Reichstag kommen wird, ist die höchste Aktivität besonders der Betriebe, Gewerkschaften und Genossenschaften notwendig, um der Zollvorlage zu begegnen.

Wenn auch innerhalb der Regierungskoalition starke Meinungsverschiedenheiten über die Notwendigkeit der Agrarzölle vorhanden sind, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß der Vater dieser neuen Auswucherungsgesetze der Deutschnationale Schiele ist.

Hinter ihm steht das ganze Räuberpack der Großagrarier und versucht, dem braven Deutschen klarzumachen, daß der gegebene Ausweg aus den immer noch starken wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands die Erhöhung der Zollschranken sei. Daß das nicht zutrifft, weisen ihm sogar seine eigenen Ministerkollegen, allen voran Dr. Curtius, nach. Daß aber die Erhöhung der Agrarzölle nicht einmal im Interesse der breiten Bauernschaft liegt, sondern nur den Geldbeutel der Großagrarier ganz erheblich füllen würde, spricht sogar die „Deutsche Bauernzeitung", das Organ der landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe, aus. Dort lesen wir zu dieser Frage:

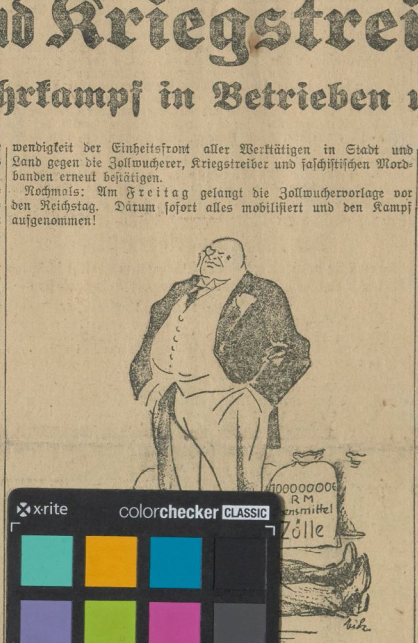
„Unter allen Umständen fällt der Vorteil eines hohen Kartoffelzolles ganz überwiegend an den Großgrundbesitz, der sich einen hohen Kartoffelpreis nicht nur im Speisekartoffelgeschäft, sondern auch in einem erhöhten Uebernahmepreis für den Spiritus aus den Guisbrennereien, für Kartoffelflocken und Saatgut herausrechnen kann. Wenn zum Ueberfluß der Kartoffelzoll gegen Polen auch noch als notwendig für die ländliche Siedlung hingestellt wird, so ist dies eine völlige Verkennung der Siedlungswirtschaft und der Tatsache, daß der Zoll sich doch auch in gesteigerten Güterpreisen auswirken würde."

Und so ist es in Wirklichkeit! Der bäuerliche Kleinbetrieb muß sich meistenteils noch Kartoffeln kaufen und wird durch die verschiedensten Preissteigerungen ebenfalls betroffen und erheblich belastet. Daß diese neue Belastung in erster Linie auf die Arbeiterschaft fällt, braucht nicht erst bewiesen zu werden.

Es ist als sicher anzunehmen, daß Schiele mit seinen Wucherplänen durchkommt, und zwar auch aus folgenden Gründen: Trotz aller Friedensreden weiß die deutsche Bourgeoisie genau, daß sie kriegerischen Auseinandersetzungen und Konflikten entgegengeht. Kriege sind eben die notwendige Folge imperialistischen Politik, die seit den Anfängen der relativen Stabilisierung von der deutschen Bourgeoisie betrieben wird. Daß in Kriegen die Ernährung eine ungeheure Rolle spielt und die Länder am längsten „durchhalten" können, die auf keine Einfuhr an Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Produkten angewiesen sind, hat der „Weltkrieg" zur Genüge bewiesen. Darum liegt die Erhöhung der Zölle nicht nur im Interesse der Großagrarier, sondern auch im Interesse der imperialistischen Kriegshetzer. Obwohl diese als Folge der gesteigerten Lebenshaltungskosten Abwehrbewegungen der Arbeiterklasse fürchten und darum sich den Forderungen der Agrarier gegenüber noch etwas „bockbeinig" verhalten, werden sie doch der Erhöhung und damit der Auswucherung der werktätigen Bevölkerung zustimmen, weil sie eben wissen, daß die deutsche Bourgeoisie zur Kriegführung die Unterstützung der Großagrarier braucht und sich möglichst unabhängig vom Auslandsmarkt machen muß. Die scheinbaren Differenzen zwischen den Regierungsparteien sind im wesentlichen also nur Scheingefechte.

Den engen Zusammenhang zwischen der Zollpolitik und der Kriegstreiberei des neudeutschen Imperialismus gilt es zu erkennen. Diese Erkenntnis wird uns dann die Notwendigkeit der Einheitsfront aller Werktätigen in Stadt und Land gegen die Zollwucherer, Kriegstreiber und faschistischen Mordbanden erneut bestätigen.

Rochmals: Am Freitag gelangt die Zollwuchervorlage vor den Reichstag. Darum sofort alles mobilisiert und den Kampf aufgenommen!



Die chinesische Revolution

und die Schwankungen der kleinbürgerlichen Schichten

Moskau, Ende Juni.

In dem rasenden Tempo, in dem sich die Ereignisse in China entwickeln, kommt die Tiefe und der Schwung der Revolution am klarsten zum Ausdruck. Kaum anderthalb Jahre trennen uns vom Beginn des Nordfeldzuges, der die nationale Armee aus den Grenzen von Kwantung in das Tal des Jangtse hinausführte. Wieviel geschah in diesen einigen Monaten, welch ungeheure Wandlungen in den Beziehungen der Klassenkräfte, wie sehr ist der Maßstab gewachsen, mit dem wir jetzt an die Abschätzung der Lage herantreten. In dieser Zeit sind Wupeifu, Sunthchuanfang und Tschangtschunschan, einer nach dem andern, geschlagen worden. Neue Millionen Massen von Arbeitern und Bauern sind in den revolutionären Kampf eingetreten. Das mächtige Anwachsen der Arbeiter- und Bauernbewegung einerseits, der offene und harte Druck der Imperialisten andererseits, beschleunigten die Differenzierung innerhalb des nationalrevolutionären Lagers. Tschangkaischek hat Verrat geübt, und mit ihm ist die Bourgeoisie, die bislang die führende Rolle spielte, in das Lager der Konterrevolutionäre abgewandert. Die Hegemonie übernimmt immer mehr und offensichtlicher die Arbeiterklasse. Aber gleichzeitig komplizieren sich die Methoden ihres Kampfes. Die Wuhan-Regierung und die Kuomintang stehen jetzt vor der Notwendigkeit, nicht an einer, sondern an zwei Fronten zu kämpfen: gegen Peking und gegen Nanking. Gleichzeitig zieht die revolutionäre Lösung der Agrarfrage, die von unten, von den Bauernverbänden vorgenommen wird, eine weitere Spaltung in den Reihen von Wuhan nach sich.

Dieser stürmische Wechsel der Ereignisse und Situationen vollzieht sich auf einem außerordentlich bunten Hintergrund, in einem Lande, wo gleichzeitig mit den neuen, modernen Methoden der kapitalistischen Ausbeutung noch die Ueberreste des wildesten Feudalismus bestehen, wo in einem außerordentlich komplizierten System die verschiedensten Verhältnisse nebeneinander vorhanden sind. Zwischen Schanghai und irgendeinem Sitschuan liegt nicht nur 1000 Kilometer Entfernung, sondern auch Jahrhunderte ökonomischer Entwicklung. Diese ungeheure Buntheit der vorhandenen Gesellschaftsformen, diese große Ungleichheit in der Entwicklung der verschiedenen Provinzen und Gegenden, der ungeheure Unterschied in dem Maße der Abhängigkeit von den Imperialisten, von dem Außenhandel, vom Markte überhaupt, alles das bringt auch eine große Vielfältigkeit der Interessen, eine große Anzahl von Zwischengruppen und Schichten mit sich. Das muß besonders in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung, in der die Umgruppierung der Klassenkräfte noch lange nicht beendet ist, in Betracht gezogen werden.

„Die Kraft der Kleinbourgeoisie ist die Kraft des Schwankens." Dieser Satz Lenins, angewendet auf das gegenwärtige China, bedeutet, daß man nicht damit rechnen dürfe, daß der Abfall Tschangkaischeks der letzte gewesen wäre, daß sein Uebergang auf die Seite der Konterrevolution eine endgültige Grenzlinie zwischen den Kräften für und gegen die bürgerlich-demokratische Revolution bedeutet. Im Gegenteil, der Inhalt der bürgerlich-demokratischen Revolution wird mit jedem Tag tiefer und bestimmter. Dies macht die weitere Differenzierung im Wuhan-Lager unvermeidlich. Die intellektuellen radikal-bürgerlichen Elemente der Kuomintang können ihrem Klassencharakter nach nur schwanken, sie können keine entschiedene und sichere Linie einnehmen. Wir müssen daher auf neuen Verrat, auf neuen Abfall gefaßt sein. Die Augen vor dieser Perspektive zu schließen, wäre ebenso sinnlos, wie durch sie in eine Panikstimmung zu verfallen.

Tschangkaischek hat offen Verrat verübt. Aber eine ganze Reihe ihm nahestehender Schichten befindet sich noch in der Kuomintang. Der Schwung der Arbeiter- und Bauernbewegung zog schon in ihrer ersten Periode den Abfall der Bourgeoisie nach sich. Die mächtige Entfaltung der Agrarrevolution von unten muß ein weiteres Abfallen der Bourgeoisie am nächsten stehender Gruppen zur Folge haben. Der Offiziersaufstand in Tschantscha hat in diesem Sinne eine symptomatische Bedeutung. Die Offiziere der Wuhan-Armee sind gegen die revolutionären Bauern aufgetreten, die sich dazu entschlossen hatten, den Grund und Boden und die Macht in ihre eigene Hände zu nehmen. Der soziale und politische Sinn dieses Auftretens der Offiziere war im Grunde der gleiche, wie beim Umsturz Tschangkaischeks.

Für die Halbheit, Unentschlossenheit und Charakterlosigkeit der Kleinbourgeoisie ist jedoch außerordentlich bezeichnend, daß die Kuominiang und die Wuhan-Regierung die Konterrevolution in Tschantscha nicht im Keime zu ersticken vermochten. Als der Moment kam, nicht in Worten, sondern in der Tat für die Agrar-

keine Profite sicher

Moskau

oskau, 27. Juni.

des Kriegsgerichts,
einen Revolverschuß
it und Motive noch

Rachealt

oskau, 27. Juni.
Moskauer Militär-
gen Beamten des
er erklärte, aus per-
Orloff gehandelt zu
eine 2½jährige Ge-
fängnisstrafe wegen Unterschlagung, die er dieser Tage verbüßt hatte. Am Tage vor dem Attentat war Belendorf auf Grund einer Selbstbezichtigung, wonach er angeblich Fälschungen verübt haben sollte, verhaftet, sodann aber als unzurechnungsfähig wieder freigelassen worden. Belendorf wurde nunmehr in eine Irrenanstalt gebracht, Orloffs Verwundung hat sich als ungefährlich herausgestellt.

*

Die deutsche bürgerliche Presse benutzt das neue Attentat, um erneut ihre Liebesdienste für Chamberlain zu beweisen. Die Nachtausgabe der „Vossischen Zeitung" nimmt als erstes Blatt zu dem Attentat Stellung. Zwar muß sie zugeben, daß „wegen der noch fehlenden Einzelheiten Schlüsse auf die Hintergründe des Mordversuches vorläufig nicht möglich sind". Das hindert aber das Blatt nicht, in der Manier des „Vorwärts" die Sowjetunion anzugreifen und eine eventuelle Verteidigung der Sowjetunion als „durch die Lage im Inneren bedingt" zu denunzieren. Das behauptet die „Vossische Zeitung" zur selben Zeit, wo ein anderes Blatt des Ullstein-Verlags, die „B. Z. am Mittag", Mitteilungen aus London veröffentlicht, die die Kriegsvorbereitungen der Torrie-Regierung und die zähe Arbeit der englischen Regierung erkennen lassen, den Aufmarsch der Konterrevolution gegen die Sowjetunion zu beschleunigen. Die Arbeiterschaft wird sich diese Tatsachen merken.

Fester denn je muß die rote Front um die Sowjetunion geschlossen werden. Volle Solidarität mit der chinesischen und russischen Revolution, unerschrockener Kampf gegen die Imperialisten und ihre Helfershelfer!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019270628-12/fragment/page=0013